

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 222

31 janvier 2006

SOMMAIRE

Arrows Investments, S.à r.l. Sicar, Luxembourg	10637
BG Umbrella Fund	10623
BG Umbrella Fund	10634
BG Umbrella Fund	10635
BG Umbrella Fund	10635
BG Umbrella Fund	10649
BG Umbrella Fund	10649
EvE Invest	10622
GIP InvestWorld	10623
GIP InvestWorld	10623
GIP InvestWorld	10623
GIP InvestWorld	10623
IT Funds, Sicav, Luxembourg	10623
Jakobsberg Centrum, S.à r.l., Luxembourg	10609
Martin Currie Global Funds, Sicav, Senningerberg	10649
Martin Currie Global Funds, Sicav, Senningerberg	10656
Pama Solidum, S.à r.l., Luxembourg	10648
UniEuroRenta Corporates 2012	10610
Walser Portfolio, Sicav, Luxembourg	10635

JAKOBSBERG CENTRUM, S.à r.l., Société à responsabilité limitée (en liquidation).

Capital souscrit: EUR 31.875,-.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 11, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 74.805.

Associé: DH REAL ESTATE NORDIC, S.à r.l. (anciennement JAKOBSBERG CENTRUM HOLDINGS, S.à r.l.)

Parts détenues: 1.271.

Récapitulatif des parts détenues depuis la constitution:

Constitution au 6 mars 2000: 124 parts détenues;

AGE au 15 mars 2000: 496 parts détenues (conversion de 125 parts de EUR 100 en 500 parts de EUR 25);

Augmentation de capital: 775 parts détenues;

Total au 29 septembre 2005: 1.271 parts détenues.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 29 septembre 2005.

Signature.

Enregistré à Luxembourg, le 3 octobre 2005, réf. LSO-BJ00180. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(088249.3/581/18) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 octobre 2005.

UniEuroRenta CORPORATES 2012, Fonds Commun de Placement.

VERWALTUNGS- UND SONDERREGLEMENT

Verwaltungsreglement

Präambel

Dieses Verwaltungsreglement tritt am 14. Dezember 2005 in Kraft und wird am 31. Januar 2006 im Mémorial veröffentlicht.

Dieses Verwaltungsreglement legt allgemeine Grundsätze für den von der UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A. gemäß Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen in der Form von «fonds commun. de placement» aufgelegten und verwalteten Fonds UniEuroRenta CORPORATES 2012 fest.

Die spezifischen Charakteristika des Fonds werden im Sonderreglement des Fonds beschrieben, in dem ergänzende und abweichende Regelungen zu einzelnen Bestimmungen des Verwaltungsreglements getroffen werden können. Ergänzend hierzu erstellt die Verwaltungsgesellschaft eine Übersicht «Der Fonds im Überblick», die aktuelle und spezielle Angaben enthält. Diese Übersicht ist integraler Bestandteil des Verkaufsprospektes. Ferner erstellt die Verwaltungsgesellschaft einen vereinfachten Verkaufsprospekt.

An dem Fonds sind die Anteilhaber zu gleichen Rechten und im Verhältnis der Zahl der gehaltenen Anteile beteiligt. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit weitere neue Fonds auflegen oder einen oder mehrere bestehende Fonds auflösen. Fonds können zusammengelegt oder mit anderen Organismen für gemeinsame Anlage verschmolzen werden.

Das Verwaltungsreglement und das Sonderreglement bilden gemeinsam als zusammenhängende Bestandteile die für den Fonds geltenden Vertragsbedingungen.

Art. 1. Die Fonds.

1. Jeder Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen («fonds commun de placement»), aus Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»), das unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird. Das jeweilige Fondsvermögen abzüglich der dem jeweiligen Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten («Netto-Fondsvermögen») muss innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des entsprechenden Fonds mindestens den Gegenwert von 1,25 Millionen Euro erreichen. Jeder Fonds wird von der Verwaltungsgesellschaft verwaltet. Die im jeweiligen Fondsvermögen befindlichen Vermögenswerte werden von der Depotbank verwahrt.

2. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Inhaber von Anteilen («Anteilhaber»), der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind im Verwaltungsreglement sowie im Sonderreglement des jeweiligen Fonds geregelt, die beide von der Verwaltungsgesellschaft mit Zustimmung der Depotbank erstellt werden.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt jeder Anteilhaber das Verwaltungsreglement, das Sonderreglement des jeweiligen Fonds sowie alle Änderungen derselben an.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft.

1. Verwaltungsgesellschaft ist die UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet die Fonds im eigenen Namen, jedoch ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des jeweiligen Fonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des jeweiligen Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung Anlageberater hinzuziehen, insbesondere sich durch einen Anlageausschuss beraten lassen. Die Kosten hierfür trägt die Verwaltungsgesellschaft, sofern im Sonderreglement des jeweiligen Fonds keine anderweitige Bestimmung getroffen wird.

5. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für jeden Fonds neben diesen Verkaufsunterlagen noch zusätzlich einen vereinfachten Verkaufsprospekt.

6. Die Verwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, ein Risikomanagement-Verfahren zu verwenden, das es ihr erlaubt, das mit den Anlagepositionen verbundene Risiko sowie ihren jeweiligen Anteil am Gesamtrisikoprofil des Anlageportfolios jederzeit zu überwachen und zu messen. Sie muss ferner ein Verfahren verwenden, das eine präzise und unabhängige Bewertung des Wertes der OTC-Derivate erlaubt. Sie muss regelmäßig der CSSF entsprechend dem von dieser festgelegten Verfahren für den Fonds die Arten der Derivate im Portfolio, die mit den jeweiligen Basiswerten verbundenen Risiken, die Anlagegrenzen und die verwendeten Methoden zur Messung der mit den Derivategeschäften verbundenen Risiken mitteilen.

Art. 3. Die Depotbank.

1. Die Depotbank für einen Fonds wird im jeweiligen Sonderreglement genannt.

2. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte des jeweiligen Fonds beauftragt. Die Rechte und Pflichten der Depotbank richten sich nach dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement, dem Sonderreglement des jeweiligen Fonds und dem Depotbankvertrag zu dem jeweiligen Fonds in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Die Depotbank hat jeweils einen Anspruch auf das ihr nach dem Sonderreglement des entsprechenden Fonds zustehende Entgelt und entnimmt es dessen Konten nur mit Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft. Die in Artikel 13 des Verwaltungsreglements und im Sonderreglement des jeweiligen Fonds aufgeführten sonstigen zu Lasten jeden Fonds zu zahlenden Kosten bleiben hiervon unberührt.

3. Alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte eines Fonds werden von der Depotbank in separaten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements sowie des Sonderreglements des jeweiligen Fonds verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Ein-

verständnis der Verwaltungsgesellschaft Dritte, insbesondere andere Banken und Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten beauftragen.

4. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

- a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- b) gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das jeweilige Fondsvermögen nicht haftet.

5. Die Depotbank ist an Weisungen der Verwaltungsgesellschaft gebunden, sofern solche Weisungen nicht dem Gesetz, dem Verwaltungsreglemen, dem Sonderreglement oder dem Verkaufsprospekt des jeweiligen Fonds in ihrer jeweils gültigen Fassung widersprechen.

6. Verwaltungsgesellschaft und Depotbank sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem jeweiligen Depotbankvertrag zu kündigen. Im Falle einer Kündigung der Depotbankbestellung ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen, da andernfalls die Kündigung der Depotbankbestellung notwendigerweise die Auflösung des entsprechenden Fonds zur Folge hat; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten als Depotbank vollumfänglich nachkommen

Art. 4. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik.

1. Die Anlageziele und die spezifische Anlagepolitik eines Fonds werden auf der Grundlage der nachfolgenden Allgemeinen Richtlinien und der ergänzenden respektive abweichenden Richtlinien im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegt.

2. Es werden ausschließlich Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben,

- a) die an einem geregelten Markt zugelassen sind oder gehandelt werden;
- b) die an einem anderen geregelten Markt in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union («Mitgliedsstaat»), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist gehandelt werden.
- c) die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden.
- d) sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder auf einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

Die unter Nr. 2 c) und d) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden innerhalb von Nordamerika, Südamerika, Australien (einschließlich Ozeanien), Afrika, Asien und/oder Europa amtlich notiert oder gehandelt.

e) Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren («OGAW»), die entsprechend der Richtlinie 85/611/EWG zugelassen wurden und/oder andere Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA») im Sinne des ersten und zweiten Gedankenstrichs des Artikels 1 (2) der Richtlinie 85/611/EWG gleichgültig ob diese ihren Sitz in einem Mitgliedsstaat oder einem Drittstaat unterhalten, sofern

* diese OGA entsprechend solchen Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der CSSF derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht (derzeit die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, die Schweiz, Hongkong, Japan und Norwegen),

* das Schutzniveau der Anteilinhaber dieser OGA dem Schutzniveau der Anteilinhaber eines OGAW gleichwertig und insbesondere die Vorschriften über die getrennte Verwahrung der Vermögenswerte, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und die Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind,

* die Geschäftstätigkeit der OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,

* der OGAW oder andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Vertragsbedingungen bzw. seiner Satzung insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder OGA anlegen darf;

f) Sichteinlagen oder andere kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten getätigt, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedsstaat hat oder, falls der Sitz des Kreditinstituts in einem Drittstaat liegt, es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der CSSF denen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind;

g) abgeleitete Finanzinstrumente («Derivate»), einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, erworben, die an einem der unter Absätzen a), b) oder c); bezeichneten geregelten Märkte gehandelt werden, und/oder abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden («OTC-Derivate»), sofern

* es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikels 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die der OGAW gemäß den in seinen Gründungsunterlagen genannten Anlagezielen investieren darf,

* die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der CSSF zugelassen sind;

* und die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative des Fonds zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Geschäft glattgestellt werden können,

h) Geldmarktinstrumente, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikels 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente bereits Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt, sie werden

* von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedsstaates, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert oder

* von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter den Buchstaben a), b) oder c) dieses Artikels bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder

* von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der CSSF mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert, oder

* von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

3. Wobei jedoch

a) bis zu 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in andere als die unter Nr. 2 dieses Artikels genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente angelegt werden dürfen;

b) weder Edelmetalle noch Zertifikate über diese erworben werden dürfen;

c) Optionsscheine, die als Wertpapiere gelten, nur in geringem Umfang erworben werden dürfen.

4. Techniken und Instrumente

a) Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen darf im Rahmen der Bedingungen und Einschränkungen, wie sie von der CSSF vorgegeben werden, Techniken und Instrumente, die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente zum Gegenstand haben, verwenden, sofern diese Verwendung im Hinblick auf eine effiziente Verwaltung und/oder Absicherung des jeweiligen Fondsvermögens erfolgt. Beziehen sich diese Transaktionen auf die Verwendung von Derivaten, so müssen die Bedingungen und Grenzen -mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 übereinstimmen.

Darüber hinaus ist es dem Fonds nicht gestattet, bei der Verwendung von Techniken und Instrumenten von seinen im Verkaufsprospekt (nebst «Der Fonds im Überblick») und diesem Verwaltungsreglement festgelegten Anlagezielen abzuweichen.

b) Der Fonds hat sicherzustellen, dass das mit Derivaten verbundene Gesamtrisiko den Gesamtnettowert seines Portfolios nicht überschreitet.

Bei der Berechnung des Risikos werden der Marktwert der Basiswerte, das Ausfallrisiko, künftige Marktfluktuationen und die Liquidationsfrist der Positionen berücksichtigt. Dies gilt auch für den nachfolgenden Absatz.

Der Fonds darf als Teil seiner Anlagepolitik und im Rahmen der Grenzen des Artikels 43 (5) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 Anlagen in Derivate tätigen, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen des Artikels 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht überschreitet. Investiert der Fonds in indexbasierte Derivate, so werden diese Anlagen bei den Anlagegrenzen des Artikels 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht berücksichtigt.

Wenn ein Derivat in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss es hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften des Artikels 42 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 mit berücksichtigt werden.

c) Wertpapierleihe

Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems oder eines Standardrahmenvertrages können Wertpapiere im Wert von bis zu 50% des Wertes des jeweiligen Wertpapierbestandes auf höchstens 30 Tage verliehen werden. Voraussetzung ist, dass dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch ein erstklassiges auf solche Geschäfte spezialisiertes Finanzinstitut organisiert ist.

Die Wertpapierleihe kann mehr als 50% des Wertes des Wertpapierbestandes in einem Fondsvermögen erfassen, sofern dem jeweiligen Fonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Der Fonds muss im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann bestehen in flüssigen Mitteln, in Aktien von erstklassigen Emittenten, die an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum amtlichen Handel zugelassen sind oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder Organismen gemeinschaftsrechtlichen, regionalen oder weltweiten Charakters begeben oder garantiert und zugunsten des jeweiligen Fonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden.

Echte, passiv gemanagte Indexfonds können ebenfalls bei der Wertpapierleihe eingesetzt werden, wenn der Gegenwert jederzeit dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Wertpapiere, die vom Wertpapierdarlehensnehmer selbst oder von einem Unternehmen, das zu der gleichen Unternehmensgruppe gehört, ausgestellt sind, sind als Sicherheit unzulässig.

Einer Garantie bedarf es nicht, sofern die Wertpapierleihe im Rahmen von CLEARSTREAM BANKING S.A., der CLEARSTREAM BANKING AKTIENGESELLSCHAFT, EUROCLEAR oder einem sonstigen anerkannten Abrechnungsorganismus stattfindet, der selbst zu Gunsten des Verleihers der verliehenen Wertpapiere mittels einer Garantie oder auf andere Weise Sicherheit leistet.

5. Pensionsgeschäfte

Ein Fonds kann Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften (repurchase agreements) kaufen, sofern der jeweilige Vertragspartner sich zur Rücknahme der Wertpapiere verpflichtet sowie Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften verkaufen. Dabei muss der Vertragspartner eines solchen Geschäftes ein erstklassiges Finanzinstitut und auf solche Geschäfte spezialisiert sein. Im Rahmen eines Wertpapierpensionsgeschäftes erworbene Wertpapiere kann der Fonds während der Laufzeit des entsprechenden Wertpapierpensionsgeschäftes nicht veräußern. Im Rahmen des Verkaufs von Wertpapieren in Form von Wertpapierpensionsgeschäften ist der Umfang der Wertpapierpensionsgeschäfte stets auf einem Niveau zu halten, das es dem Fonds ermöglicht, jederzeit seiner Verpflichtung zur Rücknahme von Anteilen nachzukommen.

6. Risikostreuung

a) Es dürfen maximal 10% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten angelegt werden. Der Fonds darf nicht mehr als 20% seines Vermögens in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung anlegen.

Das Ausfallrisiko bei Geschäften des Fonds mit OTC-Derivaten darf folgende Sätze nicht überschreiten:

10% des Netto-Fondsvermögens, wenn die Gegenpartei ein Kreditinstitut im Sinne von Artikel 41 (1) f) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 ist

und 5% des Netto-Fondsvermögens in allen anderen Fällen.

b) Der Gesamtwert der Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapieren und Geldmarktinstrumente die Verwaltungsgesellschaft mehr als 5% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens angelegt hat, darf 40% des betreffenden Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen.

Ungeachtet der einzelnen Obergrenzen darf die Verwaltungsgesellschaft bei ein und derselben Einrichtung höchstens 20% des jeweiligen Fondsvermögens in einer Kombination aus

- von dieser Einrichtung begebenen Wertpapiere oder Geldmarktinstrumenten und/oder
- Einlagen bei dieser Einrichtung und/oder
- von dieser Einrichtung erworbenen OTC-Derivaten investieren.

c) Die unter Nr. 6 Lit. a), erster Satz dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Fondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 35% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens, in denen die zu erwerbenden Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat oder anderen internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten angehören begeben oder garantiert werden.

d) Die unter Nr. 6 Lit. a), erster Satz dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Fondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 25% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens, in denen die zu erwerbenden Schuldverschreibungen von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das seinen Sitz in einem Mitgliedstaat hat und kraft Gesetzes einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegt, durch die die Inhaber dieser Schuldverschreibungen geschützt werden sollen. Insbesondere müssen die Erlöse aus der Emission dieser Schuldverschreibungen nach dem Gesetz in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen in ausreichendem Maße die sich daraus ergebenden Verpflichtungen abdecken und die mittels eines vorrangigen Sicherungsrechts im Falle der Nichterfüllung durch den Emittenten für die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der laufenden Zinsen zur Verfügung stehen.

e) Sollten mehr als 5% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens in von solchen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen angelegt werden, darf der Gesamtwert der Anlagen in solchen Schuldverschreibungen 80% des betreffenden Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten.

f) Die unter Nr. 6 Lit. b) erster Satz dieses Artikels genannte Beschränkung des Gesamtwertes auf 40% des betreffenden Netto-Fondsvermögens findet in den Fällen des Lit. c), d) und e) keine Anwendung.

g) Die unter Nr. 6 Lit. a) bis d) dieses Artikels beschriebenen Anlagegrenzen von 10%, 35% bzw. 25% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens dürfen nicht kumulativ betrachtet werden, sondern es dürfen insgesamt nur maximal 35% des Netto-Fondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten desselben Emittenten oder in Einlagen oder Derivative bei demselben angelegt werden.

Gesellschaften, die im Hinblick auf die Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluss (Abl. L 193 vom 18. Juli 1983, S.1) oder nach den anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften derselben Unternehmensgruppe angehören, sind bei der Berechnung der in dieser Nr. 6 dieses Artikels vorgesehenen Anlagegrenzen als ein einziger Emittent anzusehen.

Der jeweilige Fonds darf 20% seines Netto-Fondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumente ein und derselben Unternehmensgruppe investieren.

h) Unbeschadet der in Artikel 48 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 festgelegten Anlagegrenzen kann die Verwaltungsgesellschaft für den jeweiligen Fonds bis zu 20% seines Netto-Fondsvermögens in Aktien und Schuldtiteln ein und desselben Emittenten zu investieren, wenn die Nachbildung eines von der CSSF anerkannten Aktien- oder Schuldtitelindex das Ziel der Anlagepolitik des jeweiligen Fonds ist. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass:

- * die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist;
- * der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, auf den er sich bezieht, und
- * der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird.

Die vorgenannte Anlagegrenze erhöht sich auf 35% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens in den Fällen, in denen es aufgrund außergewöhnlicher Marktverhältnisse gerechtfertigt ist, insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Diese Anlagegrenze gilt nur für die Anlage bei einem einzigen Emittenten.

i) Unbeschadet der Regelung von Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 dürfen unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung, bis zu 100% des jeweiligen NettoFondsvermögens in übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten angelegt werden, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem OECD-Mitgliedstaat oder von internationalen Organismen, denen ein oder mehrere EUMitgliedstaaten angehören, ausgegeben werden oder garantiert sind. In jedem Fall müssen die im jeweiligen Fondsvermögen enthaltenen Wertpapiere aus sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei der Wert der Wertpapiere, die aus ein und derselben Emission stammen, 30% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten darf.

j) Für den jeweiligen Fonds dürfen nicht mehr als 20% des Netto-Fondsvermögens in Anteilen ein und desselben OGAW oder ein und desselben anderen OGA gemäß Artikel 41 (1) e) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 angelegt werden.

Für den jeweiligen Fonds dürfen nicht mehr als 30% des Netto-Fondsvermögens in andere OGA angelegt werden. In diesen Fällen müssen die Anlagegrenzen des Artikels 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 hinsichtlich der Vermögenswerte der OGAW bzw. OGA, von denen Anteile erworben werden, nicht gewahrt sein.

Erwirbt ein OGAW Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger anderer OGA, die unmittelbar oder aufgrund einer Übertragung von derselben Verwaltungsgesellschaft oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, so darf die Verwaltungsgesellschaft oder die andere Gesellschaft für die Zeichnung oder die Rücknahme von Anteilen dieser anderen OGAW und/oder OGA durch den OGAW keine Gebühren berechnen. Generell kann es bei dem Erwerb von Anteilen an Zielfonds zur Erhebung einer Verwaltungsvergütung auf Ebene des Zielfonds kommen. Der Fonds wird dabei nicht in Zielfonds anlegen, die einer Verwaltungsvergütung von mehr als 3% unterliegen. Der Jahresbericht des Fonds wird Informationen enthalten, wie hoch der Anteil der Verwaltungsvergütung maximal ist, welche der Fonds sowie die Zielfonds zu tragen haben.

k) Die Verwaltungsgesellschaft hat sicherzustellen, dass das mit Derivaten verbundene Gesamtrisiko den Gesamtnetowert seiner Portfolios nicht überschreitet.

Bei der Berechnung des Risikos werden der Marktwert der Basiswerte, das Ausfallrisiko, künftige Marktflektuationen und die Liquidationsfrist der Positionen berücksichtigt. Dies gilt auch für die nachfolgenden Absätze.

Für den Fonds dürfen als Teil seiner Anlagepolitik und im Rahmen der Grenzen des Artikels 43 (5) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 Anlagen in Derivate erworben werden, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen des Artikels 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht überschreitet. Werden für den Fonds indexbasierte Derivate erworben, so werden diese bei den Anlagegrenzen des Artikels 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht berücksichtigt.

Sofern ein Derivat in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss es hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften des Artikels 42 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 mit berücksichtigt werden.

l) Es ist der Verwaltungsgesellschaft nicht gestattet, die von ihr verwalteten OGAW nach Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 dafür zu benutzen, um eine Anzahl an mit Stimmrechten verbundenen Aktien zu erwerben, die es ihr ermöglichen einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben.

m) Weiter darf die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds

* bis zu 10% der stimmrechtslosen Aktien ein und desselben Emittenten erwerben.

* bis zu 10% der ausgegebenen Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten erwerben.

* nicht mehr als 25% der ausgegebenen Anteile ein und desselben OGAW und/oder OGA erwerben.

* nicht mehr als 10% der Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten erwerben.

n) Die unter Nr. 6 Lit.. l) bis m) genannten Anlagegrenzen finden keine Anwendung soweit es sich um Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einem Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften, oder von einem Drittstaat begeben oder garantiert werden;

Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einer internationalen Körperschaft öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden; der ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören;

Aktien handelt, die der jeweilige Fonds an dem Kapital einer Gesellschaft eines Drittstaates besitzt, die ihr Vermögen im Wesentlichen in Wertpapieren von Emittenten anlegt, die in diesem Staat ansässig sind, wenn eine derartige Beteiligung für den jeweiligen Fonds aufgrund der Rechtsvorschriften dieses Staates die einzige Möglichkeit darstellt, Anlagen in Wertpapieren von Emittenten dieses Staates zu tätigen. Diese Ausnahmeregelung gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft des Staates außerhalb der Europäischen Union in ihrer Anlagepolitik die in Artikel 43, 46 und 48 (1) und (2) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 festgelegten Grenzen beachtet.

7. Flüssige Mittel

Ein Teil des Fondsvermögens darf in flüssigen Mitteln, die jedoch nur akzessorischen Charakter haben dürfen, gehalten werden.

8. Kredite und Belastungsverbote

a) Das jeweilige Fondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne des nachstehenden Lit. b) oder um Sicherheitsleistungen zur Erfüllung von Einschuss- oder Nachschussverpflichtungen im Rahmen der Abwicklung von Geschäften mit Finanzinstrumenten.

b) Kredite zu Lasten des jeweiligen Fondsvermögens dürfen nur kurzfristig und bis zu einer Höhe von 10% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens aufgenommen werden. Ausgenommen hiervon ist der Erwerb von Fremdwährungen durch «Back-to-Back» Darlehen.

c) Zu Lasten des jeweiligen Fondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden, wobei dies dem Erwerb von noch nicht voll eingezahlten Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten

ten oder anderen Finanzinstrumenten gemäß Artikel 41 (1) e), g) und h) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht entgegensteht.

9. Weitere Anlagerichtlinien

- a) Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig,
- b) Das jeweilige Fondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen oder Zertifikaten über solche Edelmetalle, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.
- c) Für den jeweiligen Fonds dürfen keine Verbindlichkeiten eingegangen werden, die, zusammen mit den Krediten nach Nr. 8 Lit. b) dieses Artikels, 10% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens überschreiten.

10. Die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die Prozentsätze nachträglich durch Kursentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber eine Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

11. Optionen

- a) Eine Option ist das Recht, einen bestimmten Vermögenswert an einem im Voraus bestimmten Zeitpunkt («Ausübungszeitpunkt») oder während eines im Voraus bestimmten Zeitraumes zu einem im Voraus bestimmten Preis («Ausübungspreis») zu kaufen (Kauf oder «Call»-Option) oder zu verkaufen (Verkaufs- oder «Put-Option»). Der Preis einer Call oder Put-Option ist die Options-«Prämie»,
- b) Die Verwaltungsgesellschaft kann unter Beachtung der in diesem Absatz erwähnten Anlagebeschränkungen für einen Fonds Call-Optionen und Put-Optionen auf Wertpapiere, Börsenindices, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente kaufen und verkaufen, sofern diese Optionen an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden.

Darüber hinaus können für einen Fonds Optionen der beschriebenen Art ge- und verkauft werden, die nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden («over-the-counter»- oder «OTC»-Optionen), sofern die Vertragspartner des Fonds erstklassige, auf solche Geschäfte spezialisierte Finanzinstitute sind.

- c) Die Summe der Prämien für den Erwerb der unter b) genannten Optionen darf 15% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen.
- d) Für einen Fonds können Call-Optionen auf Wertpapiere verkauft werden, sofern die Summe der Ausübungspreise solcher Optionen zum Zeitpunkt des Verkaufs 25% des jeweiligen Netto-Fondsvermögens nicht übersteigt. Diese Anlagegrenze gilt nicht, soweit verkaufte Call-Optionen durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind. Im Übrigen muss der Fonds jederzeit in der Lage sein, die Deckung von Positionen aus dem Verkauf ungedeckter Call-Optionen sicherzustellen.
- e) Verkauft die Verwaltungsgesellschaft für einen Fonds Put-Optionen, so muss der entsprechende Fonds während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende Zahlungsbereitschaft verfügen, um den Verpflichtungen aus dem Optionsgeschäft nachkommen zu können.

12. Finanzterminkontrakte

- a) Finanzterminkontrakte sind gegenseitige Verträge, welche die Vertragsparteien berechtigen beziehungsweise verpflichten, einen bestimmten Vermögenswert an einem im Voraus bestimmten Zeitpunkt zu einem im Voraus bestimmten Preis abzunehmen beziehungsweise zu liefern.
- b) Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Fonds Finanzterminkontrakte als Zinsterminkontrakte sowie als Kontrakte auf Börsenindices kaufen und verkaufen, soweit diese Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen oder anderen geregelten Märkten gehandelt werden.
- c) Durch den Handel mit Finanzterminkontrakten kann die Verwaltungsgesellschaft bestehende Aktien- und Rentenpositionen gegen Kursverluste oder Zinsänderungsrisiken absichern. Mit dem gleichen Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft Call-Optionen auf Finanzinstrumente verkaufen oder Put-Optionen auf Finanzinstrumente kaufen.

Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf, in Relation zum Underlying, grundsätzlich den Gesamtwert der abgesicherten Werte nicht übersteigen.

- d) Ein Fonds kann Finanzterminkontrakte zu anderen als zu Absicherungszwecken kaufen und verkaufen.

Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das jeweilige Netto-Fondsvermögen zu keiner Zeit übersteigen. Hierbei bleiben Verpflichtungen aus Verkäufen von Call-Optionen außer Betracht, die durch angemessene Werte im jeweiligen Fondsvermögen unterlegt sind.

13. Sonstige Techniken und Instrumente

- a) Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für einer, Fonds sonstiger Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern die Verwendung solcher Techniken und Instrumente im Hinblick auf die ordentliche Verwaltung des jeweiligen Fondsvermögens erfolgt.
- b) Dies gilt beispielhaft für Tauschgeschäfte mit Währungen oder Zinssätzen, welche im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften vorgenommen werden können oder für Zinsterminvereinbarungen. Diese Geschäfte sind ausschließlich mit erstklassigen, auf solche Geschäfte spezialisierte Finanzinstitute zulässig und dürfen, zusammen mit den in Ziffer 12, Buchstabe d) dieser Allgemeinen Richtlinien der Anlagepolitik beschriebenen Verpflichtungen, grundsätzlich den Gesamtwert der von dem jeweiligen Fonds in der entsprechenden Währung gehaltenen Vermögenswerte nicht übersteigen.
- c) Sofern dies im Sonderreglement eines Fonds ausdrücklich bestimmt ist, kann die Verwaltungsgesellschaft für einen Fonds auch Wertpapiere (Credit Linked Notes) sowie Techniken und Instrumente (Credit Default Swaps) zum Management von Kreditrisiken einsetzen, sofern diese von erstklassigen Finanzinstituten begeben wurden, mit der Anlagepo-

litik des jeweiligen Fonds in Einklang zu bringen sind und die Anlagegrenzen gemäß Ziffer 6, Buchstaben a) und f) beachtet werden.

Bei einer Credit Linked Note handelt es sich um eine vom Sicherungsnehmer begebene Schuldverschreibung, die am Laufzeitende nur dann zum Nennbetrag zurückgezahlt wird, wenn ein vorher spezifiziertes Kreditereignis nicht eintritt. Für den Fall, dass das Kreditereignis eintritt, wird die CLN innerhalb einer bestimmten Frist unter Abzug eines Ausgleichsbetrages zurückgezahlt. CLN's sehen damit neben dem Anleihebetrag und den darauf zu leistenden Zinsen eine Risikoprämie vor, die der Emittent dem Anleger für das Recht zahlt, den Rückzahlungsbetrag der Anleihe bei Realisierung des Kreditereignisses zu kürzen. Der jeweilige Fonds wird dabei ausschließlich in CLN's investieren, die als Wertpapiere im Sinne des Artikels 41 (I) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 gelten.

Für den jeweiligen Fonds können auch Credit Default Swaps («CDS») auf Einzeltitel oder Baskets abgeschlossen werden. Im Wesentlichen ist ein CDS ein Finanzinstrument, das die Trennung des Kreditrisikos von der zu Grunde liegenden Kreditbeziehung und damit den separaten Handel dieses Risikos ermöglicht. Meist handelt es sich um eine bilaterale, zeitlich begrenzte Vereinbarung, die die Übertragung von definierten Kreditrisiken (Einzeloder auch Portfoliorisiken) von einem Vertragspartner zum anderen festlegt. Der Verkäufer des CDS (Sicherungsgeber, Absicherungsverkäufer, Protection Seller) erhält vom Käufer (Sicherungsnehmer, Absicherungskäufer, Protection Buyer) in der Regel eine auf den Nominalbetrag berechnete periodische Prämie für die Übernahme des Kreditrisikos. Diese Prämie richtet sich u.a. nach der Qualität des oder der zu Grunde liegenden Referenzschuldner(s) (=Kreditrisiko). Solange kein Kreditereignis (Credit Events, Default Events) stattfindet, muss der CDS-Verkäufer keine Leistung erbringen. Bei Eintritt eines vorher definierten Kreditereignisses zahlt der Verkäufer den Nennwert. Der Käufer hat das Recht, ein in der Vereinbarung qualifiziertes Asset des Referenzschuldners anzudienen. Die Prämienzahlungen des Käufers werden ab diesem Zeitpunkt eingestellt. Im Falle eines Kreditereignisses innerhalb eines CDS Baskets kann der Kontrakt um den ausgefallenen Namen bereinigt und mit reduziertem Nennwert weitergeführt werden. Es besteht auch die Möglichkeit der Vereinbarung einer Ausgleichszahlung in Höhe der Differenz zwischen dem Nominalwert der Referenzaktiva und ihrem Marktwert nach Eintritt des Kreditereignisses («cash settlement»).

Das Engagement der aus den CDS entstehenden Verpflichtungen muss sowohl im ausschließlichen Interesse des Fonds als auch im Einklang mit seiner Anlagepolitik stehen. Bei den Anlagegrenzen gem. Artikel 4, Ziffer 6 des Verwaltungsreglements sind die dem CDS zu Grunde liegenden Anleihen als auch der jeweilige Emittent zu berücksichtigen.

Die Bewertung von Default Swaps erfolgt nach nachvollziehbaren und transparenten Methoden auf regelmäßiger Basis. Die Verwaltungsgesellschaft und der Wirtschaftsprüfer werden die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz der Bewertungsmethoden und ihre Anwendung überwachen. Sollten im Rahmen der Überwachung Differenzen festgestellt werden, wird die Beseitigung durch die Verwaltungsgesellschaft veranlasst.

Die Summe der CDS und den übrigen Techniken und Instrumenten darf zusammen den Nettovermögenswert des jeweiligen Fonds nicht überschreiten.

14. Devisenkurssicherung

a) Zur Absicherung von Devisenkursrisiken kann ein Fonds Devisenterminkontrakte sowie Call und Put-Optionen auf Devisen kaufen oder verkaufen sofern solche Devisenkontrakte oder Optionen an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt oder sofern die erwähnten Optionen als OTC-Optionen im Sinne von Ziffer 11 b) gehandelt werden unter der Voraussetzung, dass es sich bei den Vertragspartnern um erstklassige Finanzinstitutionen handelt, die auf derartige Geschäfte spezialisiert sind.

b) Ein Fonds kann zu Absicherungszwecken außerdem auch Devisen auf Termin verkaufen beziehungsweise umtauschen im Rahmen freihändiger Geschäfte, die mit erstklassigen, auf solche Geschäfte spezialisierten Finanzinstitutionen abgeschlossen werden.

c) Devisenkurssicherungsgeschäfte setzen in der Regel eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Werten voraus. Sie dürfen daher grundsätzlich die in der gesicherten Währung vom Fonds gehaltenen Werte weder im Hinblick auf das Volumen noch bezüglich der Restlaufzeit überschreiten.

15. Zero-Bonds, andere verzinsliche Wertpapiere ohne laufende Zinszahlung und inflationsgesicherte Anleihen

a) Im Rahmen der Anlagegrenzen darf die Verwaltungsgesellschaft auch Schuldverschreibungen ohne Zinskupon (Zero-Bonds oder andere verzinsliche Wertpapiere ohne laufende Zinszahlung) erwerben. Beim Erwerb von Zero-Bonds wird die Verwaltungsgesellschaft wegen der regelmäßig längeren Laufzeiten und fehlenden Zinszahlungen der Bonitätsbeobachtung und -beurteilung der Emittenten besondere Aufmerksamkeit widmen. In Zeiten steigender Kapitalmarktzinsen kann die Handelbarkeit solcher Anleihen eingeschränkt sein. Die Erträge werden bei Verkauf oder Einlösung in der Aufwands- und Ertragsrechnung ausgewiesen.

b) Die Verwaltungsgesellschaft kann zur Erreichung des Anlageziels für einen Fonds inflationsgesicherte Anleihen erwerben, um eine angemessene Rendite unter Berücksichtigung der Realzinsen zu erreichen.

Art. 5. Anteile an einem Fonds und Anteilklassen.

1. Anteile an einem Fonds werden durch Anteilzertifikate, gegebenenfalls mit zugehörigen Ertragscheinen, verbrieft, die auf den Inhaber lauten, sofern im Sonderreglement des jeweiligen Fonds keine andere Bestimmung getroffen wird.

2. Alle Anteile eines Fonds haben grundsätzlich gleiche Rechte und sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse berechtigt.

3. Das jeweilige Sonderreglement eines Fonds kann für den entsprechenden Fonds unterschiedliche Anteilklassen vorsehen, die sich hinsichtlich bestimmter Ausgestaltungsmerkmale, wie z. B. der Ertragsverwendung, der Vergütung, dem Ausgabekostenaufschlag oder sonstigen Merkmalen unterscheiden. In diesem Zusammenhang berechnen Anteile der Klasse A zu Ausschüttungen, während auf Anteile der Klassen T und C keine Ausschüttung bezahlt wird. Anteilscheinklassen, für die kein Ausgabekostenaufschlag erhoben wird, erhalten grundsätzlich den Zusatz «-net-». Anteilscheine, die ausschließlich institutionellen Anlegern vorbehalten sind, erhalten den Zusatz «M». Weitere Einzelheiten zu Anteilscheinklassen werden gegebenenfalls im jeweiligen Sonderreglement des Fonds geregelt.

4. Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Vornahme von Zahlungen auf Anteile bzw. Ertragscheine erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank sowie über jede Zahlstelle.

5. Falls für einen Fonds mehrere Anteilklassen eingerichtet werden, erfolgt die Anteilwertberechnung (Artikel 7) für jede Anteilklasse durch Teilung des Wertes des Fondsvermögens, der einer Klasse zuzurechnen ist, durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile dieser Klasse.

Art. 6. Ausgabe von Anteilen und die Beschränkung der Ausgabe von Anteilen.

1. Die Ausgabe von Anteilen erfolgt zu dem im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegten Ausgabepreis und zu den dort bestimmten Bedingungen. Die Verwaltungsgesellschaft hat bei der Ausgabe von Anteilen eines Fonds die Gesetze und Vorschriften aller Länder, in welchen Anteile angeboten werden, zu beachten.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Fonds jederzeit nach eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des jeweiligen Fonds, im Interesse der Anlagepolitik oder im Falle der Gefährdung der spezifischen Anlageziele eines Fonds erforderlich erscheint.

3. Zeichnungsanträge werden an jedem Tag, der zugleich Bankarbeitstag und Börsentag in Frankfurt am Main ist, angenommen («Handelstag»). Der Erwerb von Anteilen erfolgt grundsätzlich zum Ausgabepreis des jeweiligen Handelstages.

Zeichnungsanträge, die bis spätestens 16.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Handelstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes dieses Handelstages abgerechnet. Die Berechnung des Anteilwertes wird für einen Handelstag am Bewertungstag gemäß Artikel 7, Ziffer 1. durchgeführt, sodass die entsprechende Abrechnung für die Anleger ebenfalls am Bewertungstag vorgenommen wird.

Zeichnungsanträge, welche nach 16.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Handelstag eingehen, gelten als am folgenden Handelstag eingegangen und werden auf der Grundlage des Anteilwertes des folgenden Handelstages abgerechnet. Da die Berechnung des Anteilwertes für den folgenden Handelstag jedoch erst am nächsten Bewertungstag durchgeführt wird, erfolgt eine entsprechende Abrechnung für die Anleger ebenfalls erst am nächsten Bewertungstag.

Die Verwaltungsgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Ausgabe von Anteilen auf der Grundlage eines unbekanntes Anteilwertes abgerechnet wird.

4. Der Ausgabepreis ist innerhalb von drei Bewertungstagen nach dem entsprechenden Handelstag in der Fondswährung zahlbar.

5. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt.

6. Die Depotbank wird auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zinslos zurückzahlen.

Art. 7. Anteilwertberechnung.

1. Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegte Währung («Fondswährung»).

Er wird unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr beauftragten Dritten an jedem einem Handelstag folgenden Tag, der zugleich Bankarbeitstag und Börsentag in Frankfurt am Main («Bewertungstag») ist, berechnet. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des jeweiligen Netto-Fondsvermögens durch die Zahl der am Handelstag im Umlauf befindlichen Anteile dieses Fonds.

2. Das Netto-Fondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs des dem Bewertungstag vorhergehenden Börsentages bewertet. Soweit Wertpapiere an mehreren Börsen amtlich notiert sind, ist die Börse mit der höchsten Liquidität maßgeblich.

b) Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, die aber an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs des dem Bewertungstag vorhergehenden Handelstages sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c) Falls solche Kurse nicht marktgerecht sind oder falls für andere als die unter Buchstaben a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt werden, werden diese Wertpapiere ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsregeln (z. B. auf Basis der Markttrendite) festlegt.

d) Sofern dies im jeweiligen Sonderreglement ausdrücklich bestimmt ist, werden die Bewertungskurse der unter a) oder b) genannten verzinslichen Anlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als 6 Monaten unter Konstanthaltung der daraus berechneten Anlagerendite, sukzessive dem Rückzahlungspreis angeglichen. Variabel verzinsliche Anlagen werden grundsätzlich nach der linearen Fortschreibungsmethode bewertet. Nach dem Kauf wird für jedes Papier die Fortschreibungslinie errechnet. Der Kaufkurs wird bis zum Rückzahlungsdatum auf diese Linie hin zu- oder abgeschrieben. Bei größeren Änderungen der Marktverhältnisse kann die Bewertungsbasis der einzelnen Anlagen den aktuellen Markttrenditen angepasst werden.

e) Die Bankguthaben werden zum Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

f) Festgelder mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als 30 Tagen werden zum Renditekurs bewertet, sofern ein entsprechender Vertrag zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Bank, bei der das jeweilige Festgeld angelegt wurde, geschlossen wurde, gemäß dem die Festgelder jederzeit kündbar sind und der Renditekurs dem Realisationswert entspricht.

g) Sofern dies im jeweiligen Sonderreglement ausdrücklich bestimmt ist, werden die Zinserträge bis einschließlich zum dritten Bewertungstag nach dem jeweiligen Handelstag bei Berücksichtigung der entsprechenden Kosten in die Bewer-

tung einbezogen. Sollte das jeweilige Sonderreglement eine von Artikel 6, Ziffer 4. abweichende Zahl von Bewertungstagen bestimmen, innerhalb derer der Ausgabepreis nach dem entsprechenden Handelstag zahlbar ist, werden die Zinserträge für die Anzahl Bewertungstage nach dem jeweiligen Handelstag bei Berücksichtigung der entsprechenden Kosten in die Bewertung einbezogen.

h) Anlagen, welche auf eine Währung lauten, die nicht der Währung des jeweiligen Fonds entspricht, werden zu dem unter Zugrundelegung des WM/Reuters-Fixing um 17.00 Uhr (16.00 Uhr Londoner Zeit) ermittelten Devisenkurs des dem Bewertungstag vorhergehenden Börsentages in die Währung des jeweiligen Fonds umgerechnet. Gewinne und Verluste aus gemäß Artikel 4 Ziffer 14 abgeschlossenen Devisentransaktionen werden jeweils hinzugerechnet oder abgesetzt.

i) Forderungen, z. B. abgegrenzte Zinsansprüche und Verbindlichkeiten, werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

3. Sofern für einen Fonds zwei Anteilklassen gemäß Artikel 5 Ziffer 3. des Verwaltungsreglements eingerichtet sind, ergeben sich für die Anteilwertberechnung folgende Besonderheiten:

a) Die Anteilwertberechnung erfolgt nach den unter Ziffer 1. dieses Artikels aufgeführten Kriterien für jede Anteilklasse separat.

b) Der Mittelzufluss aufgrund der Ausgabe von Anteilen erhöht den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens. Der Mittelabfluss aufgrund der Rücknahme von Anteilen vermindert den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens.

c) Im Falle einer Ausschüttung vermindert sich der Anteilwert der - ausschüttungsberechtigten - Anteile der Anteilklasse A um den Betrag der Ausschüttung. Damit vermindert sich zugleich der prozentuale Anteil der Anteilklasse A am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens, während sich der prozentuale Anteil der - nicht ausschüttungsberechtigten - Anteilklasse T am gesamten Netto-Fondsvermögen erhöht.

4. Für jeden Fonds kann ein Ertragsausgleich durchgeführt werden.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann für umfangreiche Rücknahmeanträge, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Fonds befriedigt werden können, den Anteilwert auf der Basis der Kurse des Bewertungstages bestimmen, an welchem sie für den Fonds die erforderlichen Wertpapierverkäufe vornimmt; dies gilt dann auch für gleichzeitig eingereichte Zeichnungsaufträge für den Fonds.

6. Falls außergewöhnliche Umstände eintreten, welche die Bewertung nach den vorstehend aufgeführten Kriterien unmöglich oder unsachgerecht erscheinen lassen, ist die Verwaltungsgesellschaft ermächtigt, andere, von ihr nach Treu und Glauben festgelegte, allgemein anerkannte und von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsregeln zu befolgen, um eine sachgerechte Bewertung des Fondsvermögens zu erreichen.

7. Die Verwaltungsgesellschaft kann den Anteilwert im Wege eines Anteilsplittings unter Ausgabe von Gratisanteilen herabsetzen.

Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwertes.

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, für einen Fonds die Berechnung des Anteilwertes zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:

a) während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein anderer Markt, wo ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte des jeweiligen Fonds amtlich notiert oder gehandelt wird, geschlossen ist (außer an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse beziehungsweise an dem entsprechenden Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Anlagen eines Fonds nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung beziehungsweise Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlichen, in denen Anteile des jeweiligen Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, sowie allen Anteilhabern mitteilen, die Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

Art. 9. Rücknahme von Anteilen.

1. Die Anteilhaber eines Fonds sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu dem im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegten Rücknahmepreis und zu den dort bestimmten Bedingungen zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Handelstag.

2. Rücknahmeanträge werden an jedem Tag, der zugleich Bankarbeitstag und Börsentag in Frankfurt am Main ist, angenommen («Handelstag»). Die Rücknahme von Anteilen erfolgt grundsätzlich zum Rücknahmepreis des jeweiligen Handelstages.

Rücknahmeanträge, welche bis spätestens 16.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Handelstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden zum Anteilwert dieses Handelstages abgerechnet. Die Berechnung des Anteilwertes wird für einen Handelstag am Bewertungstag gemäß Artikel 7, Ziffer 1. durchgeführt, sodass die entsprechende Abrechnung für die Anleger ebenfalls am Bewertungstag vorgenommen wird.

Rücknahmeanträge, welche nach 16.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Handelstag eingehen, gelten als am folgenden Handelstag eingegangen und werden zum Anteilwert des folgenden Handelstages abgerechnet. Da die Berechnung des Anteilwertes für den folgenden Handelstag jedoch erst am nächsten Bewertungstag durchgeführt wird, erfolgt eine entsprechende Abrechnung für die Anleger ebenfalls erst am nächsten Bewertungstag.

Die Verwaltungsgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Rücknahme von Anteilen auf der Grundlage eines unbekanntem Anteilwertes abgerechnet wird

3. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von drei Bewertungstagen nach dem entsprechenden Handelstag, sofern im Sonderreglement nichts anderes bestimmt ist.

4. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, umfangreiche Rücknahmen, die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen eines Fonds befriedigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Fonds ohne Verzögerung verkauft wurden. Anleger, die ihre Anteile zur Rücknahme angeboten haben, werden von einer Aussetzung der Rücknahme sowie von der Wiederaufnahme der Rücknahme unverzüglich in geeigneter Weise in Kenntnis gesetzt.

5. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z. B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere, von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

6. Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Fonds Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft oder des jeweiligen Fonds erforderlich erscheint.

Art. 10. Rechnungsjahr und Abschlussprüfung.

1. Das Rechnungsjahr eines Fonds wird im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegt.

2. Der Jahresabschluss eines Fonds wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

Art. 11. Ertragsverwendung.

1. Die Ertragsverwendung eines Fonds wird im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegt.

2. Die Ausschüttung kann bar oder in Form von Gratisanteilen erfolgen.

3. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Erträge aus Zinsen und/oder Dividenden abzüglich Kosten («ordentliche Netto-Erträge») sowie netto realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Ziffer 1. des Verwaltungsreglements sinkt.

4. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt.

5. Ausschüttungsberechtigt sind im Falle der Bildung von Anteilklassen gemäß Artikel 5 Ziffer 3. des Verwaltungsreglements ausschließlich die Anteile der Klasse A. Im Falle einer Ausschüttung von Gratisanteilen gemäß Ziffer 2. sind diese Gratisanteile der Anteilklasse A zuzurechnen.

Art. 12. Dauer und Auflösung eines Fonds sowie die Zusammenlegung von Fonds.

1. Die Dauer eines Fonds ist im jeweiligen Sonderreglement festgelegt.

2. Unbeschadet der Regelung gemäß Ziffer 1. dieses Artikels kann ein Fonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden, sofern im jeweiligen Sonderreglement keine gegenteilige Bestimmung getroffen wird.

3. Die Auflösung eines Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

a) wenn die im Sonderreglement des jeweiligen Fonds festgelegte Dauer abgelaufen ist;

b) wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne dass eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt;

c) wenn die Verwaltungsgesellschaft in Konkurs geht oder aus irgendeinem Grund aufgelöst wird;

d) wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Ziffer 1. des Verwaltungsreglements bleibt;

e) in anderen, im Gesetz vom 20. Dezember 2002 oder im Sonderreglement des jeweiligen Fonds vorgesehenen Fällen.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann bestehende Fonds auflösen, sofern seit dem Zeitpunkt der Auflegung erhebliche wirtschaftliche und/oder politische Änderungen eingetreten sind oder das Vermögen des Fonds unter den Gegenwert von 15 Millionen Euro sinkt.

In den beiden Monaten, die dem Zeitpunkt der Auflösung eines auf bestimmte Zeit errichteten Fonds vorangehen, wird die Verwaltungsgesellschaft den entsprechenden Fonds abwickeln. Dabei werden die Vermögensanlagen veräußert, die Forderungen eingezogen und die Verbindlichkeiten getilgt.

Die Auflösung bestehender, unbefristeter Fonds wird mindestens 30 Tage zuvor entsprechend Ziffer 5 veröffentlicht. Die in Ziffer 5 enthaltene Regelung gilt entsprechend für sämtliche nicht nach Abschluss des Liquidationsverfahrens eingeforderten Beträge.

5. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung eines Fonds führt, wird die Ausgabe von Anteilen eingestellt. Die Rücknahme ist weiterhin möglich wobei die Liquidationskosten im Rücknahmepreis berücksichtigt werden. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare («Netto-Liquidationserlös»), auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder, gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank ernannten Liquidatoren unter die Anteilhaber des jeweiligen Fonds nach deren Anspruch verteilen.

Der Netto-Liquidationserlös, der nicht zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen worden ist, wird, soweit dann gesetzlich notwendig, in Euro umgerechnet und von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der Anteilhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo dieser Betrag verfällt, soweit er nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von dreißig Jahren dort angefordert wird.

6. Die Anteilhaber, deren Erben beziehungsweise Rechtsnachfolger oder Gläubiger können weder die Auflösung noch die Teilung des Fonds beantragen.

7. Auf Beschluss des Verwaltungsrates können Fonds zusammengelegt werden, in dem ein Fonds in einen anderen eingebracht wird. Diese Zusammenlegung kann beispielsweise erfolgen, wenn die Verwaltung eines Fonds nicht mehr in wirtschaftlicher Weise gewährleistet werden kann oder im Falle einer Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Situation. Im Fall einer Zusammenlegung von Fonds wird die Verwaltungsgesellschaft die Absicht der Verschmelzung den Anteilhabern des einzubringenden Fonds durch eine entsprechende Hinweisbekanntmachung mindestens einen Monat zuvor mitteilen. Den Anteilhabern steht dann das Recht zu, ihre Anteilscheine zum Anteilwert ohne weitere Kosten

zurückzugeben. Die Zusammenlegung ist nur zulässig, wenn der aufzunehmende Fonds die Vorschriften von Teil 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über die Organismen für gemeinsame Anlagen erfüllt.

Art. 13. Allgemeine Kosten.

1. Neben den im Sonderreglement des jeweiligen Fonds aufgeführten Kosten können einem Fonds folgende Kosten belastet werden:

- a) bankübliche Spesen für Transaktionen in Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten des Fonds und für deren Verwahrung;
- b) Kosten der Vorbereitung, der amtlichen Prüfung, der Hinterlegung und Veröffentlichung der Fondsreglements einschließlich eventueller Änderungsverfahren und anderer mit dem Fonds im Zusammenhang stehenden Verträge und Regelungen (wie beispielsweise Vertriebsverträge oder Lizenzverträge) sowie der Abwicklung und Kosten von Zulassungsverfahren bei den zuständigen Stellen;
- c) Kosten für den Druck und Versand der Anteilzertifikate sowie die Vorbereitung, den Druck und Versand der Verkaufsprospekte sowie der Jahres- und Zwischenberichte und anderer Mitteilungen an die Anteilinhaber in den zutreffenden Sprachen, Kosten der Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie aller anderen Bekanntmachungen;
- d) Kosten der Fondsadministration sowie andere Kosten der Verwaltung einschließlich der Kosten von Interessensverbänden;
- e) Honorare der Wirtschaftsprüfer;
- f) etwaige Kosten von Kurssicherungsgeschäften;
- g) ein angemessener Teil an den Kosten für die Werbung und an solchen, welche direkt in Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;
- h) Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber handeln;
- i) Kosten und evtl. entstehende Steuern, die auf das Fondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des Fonds erhoben werden;
- j) Kosten etwaiger Börsennotierung(en) und die Gebühren der Aufsichtsbehörden und/oder Kosten für die Registrierung der Anteile zum öffentlichen Vertrieb in verschiedenen Ländern, sowie der Repräsentanten und steuerlichen Vertretern sowie der Zahlstellen in den Ländern, in denen die Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind;
- k) Kosten für das Raten eines Fonds durch international anerkannte Ratingagenturen;
- l) Kosten für die Einlösung von Ertragscheinen sowie für den Druck und Versand der Ertragschein-Bogenerneuerung;
- m) Kosten der Auflösung einer Fondsklasse oder des Fonds.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann aus den jeweiligen Fonds kalendertäglich eine gegebenenfalls in der Übersicht «Der Fonds im Überblick» geregelte erfolgsabhängige Vergütung erhalten, um den die Wertentwicklung der umlaufenden Anteile die Wertentwicklung eines Referenzindexes übersteigt.

Die als Entgelte und Kosten gezahlten Beträge werden in den Jahresberichten aufgeführt.

Alle Kosten und Entgelte werden zuerst dem laufenden Einkommen angerechnet, dann den Kapitalgewinnen und erst dann dem Fondsvermögen.

Die mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Vermögenswerten verbundenen Kosten und Bearbeitungsgebühren werden in den Einstandspreis eingerechnet bzw. beim Verkaufserlös abgezogen.

Art. 14. Verjährung und Vorlegungsfrist.

1. Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 12 Ziffer 5 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

2. Die Vorlegungsfrist für Ertragscheine beträgt fünf Jahre ab Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung. Ausschüttungen, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgefordert worden sind, verjähren zugunsten des jeweiligen Fonds. Die Verwaltungsgesellschaft ist ermächtigt, aber nicht verpflichtet, Ausschüttungsbeträge an Anteilinhaber, die ihre Ansprüche auf Ausschüttung erst nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend machen, zu Lasten des Fondsvermögens auszahlten.

Art. 15. Änderungen. Die Verwaltungsgesellschaft kann das Verwaltungsreglement und/oder das Sonderreglement mit Zustimmung der Depotbank jederzeit ganz oder teilweise ändern.

Art. 16. Veröffentlichungen.

1. Die erstmals gültige Fassung des Verwaltungsreglements und der Sonderreglements sowie eventuelle Änderungen derselben werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt und im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg («Mémorial») veröffentlicht.

2. Ausgabe- und Rücknahmepreis können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erfragt werden.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für jeden Fonds einen Verkaufsprospekt, einen vereinfachten Verkaufsprospekt, einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

4. Die unter Ziffer 3. dieses Artikels aufgeführten Unterlagen eines Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und bei jeder Zahlstelle erhältlich.

5. Die Auflösung eines Fonds gemäß Artikel 12 des Verwaltungsreglements wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens zwei überregionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht.

Art. 17. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache.

1. Das Verwaltungsreglement sowie die Sonderreglements der jeweiligen Fonds unterliegen dem Recht des Großherzogtums Luxemburg. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Verwaltungsreglements sowie der jeweiligen Sonderreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.

2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und jeden Fonds im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den jeweiligen Fonds beziehen, der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in welchem Anteile eines Fonds öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind.

3. Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements und der Sonderreglements ist maßgeblich, falls im jeweiligen Sonderreglement nicht ausdrücklich eine anderweitige Bestimmung getroffen wurde.

Art. 18. In-Kraft-Treten. Das Verwaltungsreglement, jedes Sonderreglement sowie jegliche Änderung derselben treten am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft, sofern nichts anderes im Sonderreglement des jeweiligen Fonds bestimmt ist.

Die Unterschrift der Depotbanken erfolgt bezüglich der von ihnen im Einzelfall übernommenen Depotbankfunktion. Der Name der Depotbank ist jeweils im Sonderreglement genannt.

Luxemburg, den 14. Dezember 2005.

UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A. / WGZ-BANK LUXEMBOURG S.A.

Die Verwaltungsgesellschaft / Die Depotbank

Unterschriften / Unterschriften

Sonderreglement UniEuroRenta CORPORATES 2012

Für den UniEuroRenta CORPORATES 2012 ist das am 31. Januar 2006 im Mémorial veröffentlichte Verwaltungsreglement, das am 14. Dezember 2005 in Kraft tritt, integraler Bestandteil.

Ergänzend beziehungsweise abweichend gelten die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements, das in der derzeit gültigen Fassung im Mémorial vom 31. Januar 2006 veröffentlicht ist und am 14. Dezember 2005 in Kraft tritt.

Art. 19. Anlageziel. Ziel der Anlagepolitik von UniEuroRenta CORPORATES 2012 (der «Fonds») ist die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite des angelegten Kapitals bei gleichzeitiger Beachtung wirtschaftlicher und politischer Risiken sowie des Währungsrisikos.

Die Performance des Fonds wird in dem jeweiliger vereinfachten Verkaufsprospekt angegeben.

Die Anleger werden darauf hingewiesen, dass die Wertentwicklung in der Vergangenheit keinen Rückschluss auf eine zukünftige Wertentwicklung zulässt; sie kann sowohl höher als auch niedriger ausfallen. Es kann keine Zusicherung gegeben werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden.

Art. 20. Anlagepolitik. Das Vermögen dieses Fonds wird überwiegend in Unternehmensanleihen internationaler Emittenten angelegt. Daneben können Pfandbriefe, Staatsanleihen, Anleihen von supranationalen Organisationen, High Yield Anleihen, festverzinsliche Staats- und Unternehmensanleihen von Schuldern aus Ländern der Emerging Markets sowie sonstige fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere (einschließlich Zero-Bonds und, sofern diese als Wertpapiere gemäß Artikel 41, Abs. 1 des Luxemburger OGAW-Gesetzes gelten, in Asset Backed Securities, Collateralized Bond Obligations etc.) erworben werden. Vorgenannte Wertpapiere werden im Wesentlichen an Wertpapierbörsen oder an anderen geregelten Märkten eines EU-Staates, die anerkannt und für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäß ist gehandelt.

Die Investition des Fondsvermögens erfolgt überwiegend in Titel guter Bonität. Die für den Fonds erworbenen Vermögenswerte lauten auf Währungen weltweit. Die nicht auf den Euro lautenden Vermögenswerte werden prinzipiell währungsgesichert.

Der Fonds kann auch von den in Artikel 4, Ziffer 13, Buchstabe c) des Verwaltungsreglements aufgeführten Techniken und Instrumenten zum Management von Kreditrisiken Gebrauch machen sowie abgeleitete Finanzinstrumente gemäß Artikel 4 nutzen.

Der Fonds legt höchstens 10% seines Netto-Fondsvermögens in andere Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren oder in andere Organismen für gemeinsame Anlagen gemäß Artikel 4, Ziffer 2, Buchstabe e) des Verwaltungsreglements an.

Art. 21. Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis von Anteilen.

1. Die Fondswährung ist der Euro.

2. Anteile werden an jedem Handelstag ausgegeben. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Ausgabe von Anteilen zu jedem Zeitpunkt gemäß Artikel 6, Ziffer 2. des Verwaltungsreglements endgültig einstellen oder vorübergehend aussetzen, insbesondere wenn sie erachtet, dass das Anlageziel des Fonds bei weiterer Ausgabe von Anteilen gefährdet ist. Die Einstellung beziehungsweise die Aussetzung der Ausgabe von Anteilen wird in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlicht, in denen der Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen ist.

Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements zuzüglich eines Ausgabeaufschlages von bis zu 4% des Anteilwertes. Der ermittelte Ausgabepreis wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet. Der Ausgabeaufschlag wird zu Gunsten der Verwaltungsgesellschaft und der Vertriebsstelle erhoben und kann nach der Größenordnung des Kaufauftrages gestaffelt werden. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert.

Art. 22. Anteile.

1. Die Anteile werden in Globalzertifikaten verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.
2. Alle Anteile haben gleiche Rechte.

Art. 23. Ertragsverwendung.

1. Die im Fonds vereinnahmten Zins- und Dividendenerträge sowie sonstige ordentliche Erträge abzüglich der Kosten werden nach Maßgabe der Verwaltungsgesellschaft ausgeschüttet.
2. Die Verwaltungsgesellschaft kann neben den ordentlichen Nettoerträgen die realisierten Kapitalgewinne, die Erlöse aus dem Verkauf von Bezugsrechten und/oder die sonstigen Erträge nicht wiederkehrender Art, abzüglich realisierter Kapitalverluste, ganz oder teilweise bar oder in Form von Gratisanteilen ausschütten.

Art. 24. Depotbank. Depotbank ist die WGZ-BANK LUXEMBOURG S.A.**Art. 25. Kosten für die Verwaltung und Verwahrung des Fondsvermögens.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, vom Fonds eine jährliche Verwaltungsvergütung von bis zu 0,8% auf das Netto-Fondsvermögen zu erhalten, die auf der Basis des kalendertäglichen Nettovermögens des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen und am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar ist. Darüber hinaus kann die Verwaltungsgesellschaft für die Hauptverwaltungstätigkeiten, wie zum Beispiel die Fondsbuchhaltung sowie das Reporting, eine monatliche Vergütung in Höhe von bis zu 2.000,- Euro und eine variable Vergütung in Höhe von bis zu 0,10%, die auf der Basis des kalendertäglichen Nettovermögens des Fonds während des entsprechenden Monats berechnet wird, erhalten. Die monatliche Vergütung ist am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar. Die jeweils angefallenen Kosten werden im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

2. Die Depotbank erhält aus dem Fondsvermögen ein jährliches Entgelt für die Tätigkeit als Depotbank in Höhe von bis zu 0,05%, mindestens jedoch 25.000 Euro p.a., das auf der Basis des kalendertäglichen Nettovermögens des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen und am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar ist. Sofern der Mindestbetrag von 25.000 Euro nicht erreicht wird, gleicht die Verwaltungsgesellschaft aus ihrem Vermögen die Differenz aus. Eine Belastung des Fondsvermögens erfolgt insofern nicht.

Daneben erhält die Depotbank eine Depotgebühr in Höhe von bis zu 0,0225% p.a., die auf Basis des kalendertäglichen Wertpapierbestands des Fonds während des entsprechenden Monats zu berechnen und am ersten Bewertungstag des Folgemonats zahlbar ist.

Die Depotbank erhält außerdem eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu Euro 150,- je Transaktion, die nicht über sie gehandelt wird.

Daneben werden ihr die an Broker zu zahlenden Kommissionen, Drittverwahrgebühren, sowie Transaktionskosten, die ihr in Rechnung gestellt werden, erstattet.

Art. 26. Rechnungsjahr. Das Rechnungsjahr des Fonds endet jedes Jahr am 31. März, erstmals am 31. März 2007.

Art. 27. Dauer des Fonds. Der Fonds wird nur für eine begrenzte Zeit gebildet. Die Verwaltungsgesellschaft wird den Fonds bis spätestens 30. November 2012 abwickeln. Dabei werden die Vermögenswerte veräußert, die Forderungen eingezogen und die Verbindlichkeiten getilgt.

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich das Recht vor, insofern seit dem Zeitpunkt der Auflegung erhebliche wirtschaftliche und/oder politische Änderungen eingetreten sind, den Fonds jederzeit vor dem vorgesehenen Laufzeitende am 30. November 2012 gemäß Artikel 12, Ziffer 2 des Verwaltungsreglements aufzulösen.

Die Rücknahme von Anteilen ist auch während der Abwicklung möglich. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich jedoch vor, die Rücknahme von Anteilen einzustellen, wenn dies im Interesse der Anteilinhaber und einer ordnungsgemäßen Abwicklung geboten erscheint.

Den bei der Abwicklung ermittelten Anteilwert wird die Verwaltungsgesellschaft am ersten Luxemburger Bankarbeitstag nach dem 30. November 2012 in hinreichend verbreiteten Tageszeitungen veröffentlichen.

Luxemburg, den 14. Dezember 2005.

UNION INVESTMENT LUXEMBOURG S.A. / WGZ-BANK LUXEMBOURG S.A.

Die Verwaltungsgesellschaft / Die Depotbank

Unterschriften / Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 3 janvier 2006, réf. LSO-BM00670. – Reçu 98 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(001215.2//830) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 janvier 2006.

EvE INVEST, Fonds Commun de Placement.

Die konsolidierte Vertragsbedingungen des Fonds EvE INVEST, welcher von der EHINGER & ARMAND VON ERNST FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. verwaltet wird und Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 unterliegt, einregistriert in Luxemburg, am 16. Januar 2006, Ref LSO-BM03996, wurde am 17. Januar 2006 am Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Für EHINGER & ARMAND VON ERNST FUND MANAGEMENT COMPANY S.A.

UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A.

C. Hilbert / I. Asseray

Associate Director / Director

(006216.3//12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 janvier 2006.

GIP INVESTWORLD, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von GIP InvestWorld - International Portfolio, einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02266 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003855.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

GIP INVESTWORLD, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von GIP InvestWorld - Europe Portfolio einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02282 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003858.3//8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

GIP INVESTWORLD, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von GIP InvestWorld - Balance Portfolio einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02290 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003859.3//8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

GIP INVESTWORLD, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von GIP InvestWorld - Special Portfolio einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02286 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003862.3//8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

BG UMBRELLA FUND, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von BG UMBRELLA FUND: BG Global Classic einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02295 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003864.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

IT FUNDS, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2453 Luxembourg, 12, rue Eugène Ruppert.

R. C. Luxembourg B 70.453.

L'an deux mille six, le trois janvier.

Par-devant Maître Léon Thomas dit Tom Metzler, notaire de résidence à Luxembourg-Bonnevoie.

S'est réunie l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de la Société d'Investissement à Capital Variable IT FUNDS, avec siège social à L-2453 Luxembourg, 12, rue Eugène Ruppert,

constituée suivant acte reçu par Maître Edmond Schroeder, alors notaire de résidence à Mersch, en date du 9 juillet 1999, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C numéro 605 du 10 août 1999, dont les statuts ont été modifiés suivant acte reçu par le notaire instrumentant, en date du 9 avril 2001, publié au Mémorial C numéro 356 du 15 mai 2001, et suivant acte reçu par le notaire instrumentant, en date du 10 novembre 2003 publié au Mémorial C numéro 1256 du 27 novembre 2003,

immatriculée au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg sous la section B et le numéro 70.453.

Bureau

La séance est ouverte à 11.00 heures sous la présidence de Monsieur Jean-Michel Gelhay, directeur, demeurant à Halanzy (Belgique).

Monsieur le Président désigne comme secrétaire Mademoiselle Martine Vermeersch, employée privée, demeurant à Libramont (Belgique).

L'assemblée choisit comme scrutateur Mademoiselle Pascale Gendarme, employée privée, demeurant à Metz (France).

Composition de l'assemblée

Les actionnaires présents ou représentés à l'assemblée ainsi que le nombre d'actions possédées par chacun d'eux ont été portés sur une liste de présence, signée par les actionnaires présents et par les mandataires de ceux représentés, et à laquelle liste de présence, dressée par les membres du bureau, les membres de l'assemblée déclarent se référer.

Ladite liste de présence après avoir été signée ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte pour être enregistrée avec lui.

Resteront pareillement annexées au présent acte, avec lequel elles seront enregistrées, les procurations émanant des actionnaires représentés à la présente assemblée, après avoir été signées ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant.

Exposé de Monsieur le Président

Monsieur le Président expose et requiert le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

I.- La présente assemblée a l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

I. Refonte complète des statuts de la Société principalement pour la soumettre à la loi luxembourgeoise du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif, et comprenant des modifications significatives pour adapter les statuts de la Société aux dispositions de la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif et remplacer toutes références à la loi du 30 mars 1988 par des références à la loi du 20 décembre 2002.

II. Divers.

II.- La présente assemblée a été convoquée par des avis de convocation publiés:

- au journal d'Wort des 13 et 22 décembre 2005;

- au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C numéros 1380 du 13 décembre 2005 et 1442 du 22 décembre 2005;

Par convocation contenant l'ordre du jour pour la présente assemblée, adressée aux actionnaires nominatifs par lettre missive, le 22 décembre 2005.

Les numéros justificatifs de ces publications ont été posés au bureau pour inspection.

III.- Il résulte de la liste de présence que sur les cent soixante-treize mille sept cent quatre-vingt-quatorze (173.794) actions actuellement en circulation cent un mille six cent six (101.606) actions sont présentes ou représentées.

Le quorum d'actionnaires présents ou représentés imposé par la loi et les statuts, étant atteint, l'assemblée, régulièrement constituée, peut valablement délibérer sur les points figurant à son ordre du jour.

Constatation de la validité de l'assemblée

L'exposé du Président, après vérification par le scrutateur, est reconnu exact par l'assemblée. Celle-ci se considère comme valablement constituée et apte à délibérer sur les points à l'ordre du jour.

Le Président expose les raisons qui ont motivé les points à l'ordre du jour.

Résolutions

L'assemblée aborde l'ordre du jour et, après avoir délibéré, elle prend à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide de procéder à une refonte complète des statuts de la Société principalement pour la soumettre à la loi luxembourgeoise du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif, et comprenant des modifications significatives pour adapter les statuts de la Société aux dispositions de la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif et remplacer toutes références à la loi du 30 mars 1988 par des références à la loi du 20 décembre 2002.

Deuxième résolution

Suite à la résolution qui précède, l'assemblée décide de donner la teneur suivante aux nouveaux statuts de la Société:

«Titre I^{er}. Dénomination - Siège social - Durée - Objet

Art. 1^{er}. Forme et dénomination. Il existe entre les actionnaires existants et tous ceux qui deviendront actionnaires par la suite, une société constituée sous la forme d'une société anonyme sous le régime d'une société d'investissement à capital variable («SICAV») régie par la partie I de la loi du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif (ci-après la «Loi») sous la dénomination de IT FUNDS (ci-après la «Société»).

Art. 2. Siège social. Le siège social est établi à Luxembourg-Ville. La Société peut établir, par simple décision du conseil d'administration, des succursales ou des bureaux tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

Au cas où le conseil d'administration estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique, militaire, économique ou social de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication avec ce siège ou de ce siège avec l'étranger se présentent ou paraissent imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure provisoire n'aura toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société laquelle, nonobstant ce transfert provisoire, restera luxembourgeoise.

La déclaration de transfert du siège social sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'un des organes de la Société ayant qualité de l'engager pour les actes de gestion journalière.

Art. 3. Durée. La Société est constituée pour une durée illimitée.

Art. 4. Objet. La Société a pour objet exclusif de placer les fonds dont elle dispose dans des valeurs mobilières variées et d'autres avoirs autorisés par la Loi, dans le but de répartir les risques d'investissement et de faire bénéficier ses actionnaires des résultats de la gestion de ses actifs.

La Société peut prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet au sens le plus large autorisé par la Loi.

Titre II. Capital social - actions - Valeur nette d'inventaire

Art. 5. Capital social. Le capital social de la Société est représenté par des actions entièrement libérées sans mention de valeur.

Le capital minimum est celui prévu par la Loi, soit actuellement un million deux cent cinquante mille euros (EUR 1.250.000,-).

Les actions à émettre conformément à l'Article 8 des statuts peuvent être émises, au choix du conseil d'administration, au titre de compartiments distincts de l'actif social, et à l'intérieur de chaque compartiment, de classes d'actions distinctes (ci-après les «classes») tel que prévu ci-dessous. Le produit de toute émission d'actions relevant d'un compartiment d'actifs déterminé sera investi, dans ce compartiment, en actifs autorisés par la définition de l'objet social de la Société et suivant la politique d'investissement déterminée par le conseil d'administration pour le compartiment donné, compte tenu des restrictions d'investissement prévues par la loi et la réglementation applicables ou adoptées par le conseil d'administration.

Dans chaque compartiment, les actions pourront être de différentes classes, suivant la décision du conseil d'administration, dont le produit d'émission sera investi en commun conformément à la politique d'investissement spécifique du compartiment concerné mais où une structure spécifique de frais ou une politique de couverture spéciale ou une autre spécificité est appliquée distinctement à chaque classe d'un compartiment.

Le montant du capital sera, à tout moment, égal à la somme des avoirs nets de tous les compartiments réunis, établie conformément à l'Article 12 des statuts.

Les comptes annuels de la Société, tous compartiments réunis, seront établis dans la devise d'expression du capital social qui sera l'Euro. Les actifs nets de compartiments qui ne seraient pas libellés en euros seront convertis en cette devise au taux de change applicable.

Le conseil d'administration peut décider de liquider un compartiment ou une classe si les actifs nets de ce compartiment ou de cette classe deviennent inférieurs à un montant en dessous duquel le compartiment ou la classe ne peut plus être géré de manière adéquate ou si un changement dans la situation économique ou politique a une influence sur le compartiment ou la classe en question, justifiant une telle liquidation.

La décision de liquidation sera notifiée aux actionnaires du compartiment ou de la classe avant la date effective de liquidation. La notification indiquera les raisons et la procédure de liquidation. La décision et les modalités de clôture du compartiment ou de la classe seront ainsi portées à la connaissance des actionnaires concernés par publication d'un avis dans la presse. Cet avis sera publié dans un ou plusieurs journaux de Luxembourg et dans un ou plusieurs journaux à diffusion nationale des pays où les actions seraient distribuées.

A moins que le conseil d'administration en décide autrement dans l'intérêt des actionnaires ou pour maintenir un traitement équitable entre eux, les actionnaires du compartiment ou de la classe concerné pourront continuer à demander le rachat ou la conversion de leurs actions, sans frais, sur base de la valeur nette d'inventaire applicable, en prenant en compte une estimation des frais de liquidation. La Société remboursera chaque actionnaire proportionnellement au nombre d'actions qu'il détient dans le compartiment ou dans la classe. Les produits de liquidation qui ne pourraient pas être distribués à leurs bénéficiaires lors de la clôture de la liquidation du compartiment ou de la classe seront consignés auprès du Dépositaire pour une période de six mois après la clôture de la liquidation. Passé ce délai, ils seront déposés auprès de la Caisse de Consignation en faveur de leurs bénéficiaires.

Dans les mêmes circonstances que celles décrites précédemment, le conseil d'administration peut décider de clôturer un compartiment ou une classe par fusion avec un autre compartiment ou une autre classe de la Société. Une telle fusion peut encore être décidée par le conseil d'administration si l'intérêt des actionnaires des compartiments ou des classes concernés l'exige. Cette décision sera publiée de la même manière que celle décrite ci-dessus. La publication contiendra des informations se rapportant au nouveau compartiment ou à la nouvelle classe. La publication sera faite au moins un mois avant que la fusion ne devienne effective afin de permettre aux actionnaires de demander le rachat ou la conversion de leurs actions, sans frais, avant que l'opération de fusion ne devienne effective. A la fin de cette période, tous les actionnaires restants seront liés par la décision.

Dans les mêmes circonstances que celles décrites précédemment, le conseil d'administration a le pouvoir de décider la clôture d'un compartiment ou d'une classe par apport à un autre organisme de placement collectif de droit luxembourgeois régi par la Partie I de la Loi. Le conseil d'administration peut d'autre part décider un tel apport si l'intérêt des actionnaires du compartiment ou de la classe en question l'exige. Cette décision sera publiée de la même manière que celle décrite ci-dessus. La publication contiendra des informations se rapportant à cet organisme de placement collectif. La publication sera faite au moins un mois avant la date à laquelle l'apport prendra effet afin de permettre aux actionnaires de demander le rachat ou la conversion de leurs actions, sans frais, avant que l'opération d'apport à cet organisme de placement collectif ne devienne effective. A la fin de cette période, tous les actionnaires restants seront liés par la décision.

Si les actions sont apportées à un organisme de placement collectif établi sous la forme d'un fonds commun de placement de droit luxembourgeois, l'apport ne liera les actionnaires du compartiment ou de la classe concerné que s'ils acceptent expressément l'apport par vote unanime de tous les actionnaires du compartiment ou de la classe concerné. Si cette condition n'est pas remplie, seuls les actionnaires ayant voté pour l'apport seront liés par la décision; les actionnaires restants seront considérés avoir demandé le rachat de leurs actions.

Art. 6. Actions de distribution et de capitalisation. Chaque compartiment et/ou classe d'actions pourra être divisé en deux catégories d'actions (ci-après les «catégories»): les actions de capitalisation et les actions de distribution.

Les actions de distribution confèrent, en principe, à leurs propriétaires le droit de recevoir des dividendes en espèces conformément aux dispositions de l'Article 27 des statuts, prélevés sur la quotité des avoirs nets du compartiment et/ou de la classe d'actions attribuable aux actions de distribution.

Les actions de capitalisation ne confèrent pas le droit de recevoir des dividendes.

A l'intérieur d'un compartiment et/ou d'une classe d'actions donné, la ventilation de la valeur des avoirs nets entre les actions de distribution et les actions de capitalisation se fait conformément aux dispositions de l'Article 12 sub IV des statuts.

Art. 7. Forme des actions

(1) Les actions, quel que soit le compartiment, la classe ou la catégorie d'actions dont elles relèvent, peuvent être émises sous forme nominative ou au porteur, au choix de l'actionnaire et dans la mesure où le prospectus d'émission le permettra. Le conseil d'administration prendra la décision d'émettre telle sorte d'actions et cette décision sera reflétée dans le prospectus ou son annexe.

Les actions au porteur peuvent être émises en titres unitaires ou fractionnaires ou être représentées par des certificats représentatifs de plusieurs actions, dans des formes et coupures à déterminer par le conseil d'administration.

Les actions nominatives émises seront inscrites au registre des actions nominatives qui sera tenu par la Société ou par une ou plusieurs personnes désignées à cet effet par la Société; l'inscription doit indiquer le nom de chaque propriétaire d'actions nominatives, sa résidence ou son domicile élu tel qu'il a été communiqué à la Société, le nombre d'actions nominatives qu'il détient, le compartiment, la classe d'actions, le montant payé sur chacune des actions et la mention s'il s'agit d'actions de capitalisation ou de distribution.

Le conseil d'administration est autorisé à émettre des fractions d'actions jusqu'à trois décimales. Les fractions d'actions n'ont pas de droit de vote aux assemblées générales. Par contre, les fractions d'actions de distribution ont droit aux dividendes ou autres distributions éventuellement mis en paiement.

La propriété de l'action nominative s'établit par une inscription au registre des actions nominatives. Sur demande expresse de l'actionnaire, un certificat constatant cette inscription lui sera délivré; si un propriétaire d'actions nominatives ne demande pas expressément à recevoir un certificat, il recevra une confirmation écrite de sa qualité d'actionnaire.

Si un propriétaire d'actions au porteur demande la conversion de ses actions en actions nominatives, ou vice-versa, ou si un propriétaire d'actions demande l'échange de son ou de ses certificats de coupures différentes, le coût de la conversion ou de l'échange pourra être mis à sa charge.

Les certificats d'actions seront signés par deux administrateurs. Les deux signatures pourront être soit manuscrites, soit imprimées, soit apposées au moyen d'une griffe. Toutefois, l'une des signatures pourra être apposée par une personne déléguée à cet effet par le conseil d'administration; dans ce cas, elle devra être manuscrite. La Société pourra émettre des certificats provisoires dans les formes qui seront déterminées par le conseil d'administration.

(2) Le transfert d'actions au porteur se fera par la délivrance du certificat d'actions correspondant. Le transfert d'actions nominatives se fera, (i) si des certificats ont été émis, par l'inscription du transfert à effectuer à la suite de la remise à la Société des certificats d'actions nominatives et de tous autres documents de transfert exigés par la Société ou bien, (ii) s'il n'a pas été émis de certificat, par une déclaration de transfert écrite, portée au registre des actions nominatives, datée et signée par le cédant et le cessionnaire, ou par leurs mandataires valablement constitués. Le transfert d'actions nominatives sera inscrit au registre des actions nominatives, pareille inscription devant être signée par un ou plusieurs administrateurs ou fondés de pouvoir de la Société ou par une ou plusieurs autres personnes désignées à cet effet par le conseil d'administration.

(3) Tout actionnaire désirant obtenir des certificats d'actions nominatives devra fournir à la Société une adresse à laquelle toutes les communications et toutes les informations pourront être envoyées. Cette adresse sera inscrite à son tour au registre des actions nominatives.

Au cas où un actionnaire en nom ne fournit pas d'adresse à la Société, mention en sera faite au registre des actions nominatives, et l'adresse de l'actionnaire sera censée être au siège social de la Société ou à telle autre adresse fixée par celle-ci, jusqu'à ce qu'une autre adresse soit communiquée par l'actionnaire. Celui-ci pourra à tout moment faire changer l'adresse portée au registre des actions nominatives par une déclaration écrite envoyée à la Société à son siège social ou à telle autre adresse fixée par celle-ci.

(4) Lorsqu'un actionnaire peut justifier à la Société que son certificat d'actions a été égaré ou détruit, un duplicata peut être émis à sa demande aux conditions et garanties que la Société déterminera, notamment sous forme d'une assurance ou d'une lettre de garantie émise par une banque, sans préjudice de toute autre forme de garantie que la Société pourra exiger. Dès l'émission du nouveau certificat sur lequel il sera mentionné qu'il s'agit d'un duplicata, le certificat original n'aura plus de valeur.

Les certificats d'actions endommagés peuvent être annulés par la Société et remplacés par des certificats nouveaux.

La Société peut à son gré mettre en compte à l'actionnaire le coût du duplicata ou du nouveau certificat ainsi que toutes les dépenses justifiées encourues par la Société en relation avec l'émission du certificat de remplacement et avec la destruction de l'ancien certificat.

(5) La Société ne reconnaît qu'un seul propriétaire par action. Si la propriété de l'action est indivise, démembrée ou litigieuse, les personnes invoquant un droit sur l'action devront désigner un mandataire unique pour représenter l'action à l'égard de la Société.

La Société aura le droit de suspendre l'exercice de tous les droits attachés à l'action jusqu'à ce que cette personne ait été désignée.

Art. 8. Emission des actions. A l'intérieur de chaque compartiment, le conseil d'administration est autorisé à tout moment et sans limitation à émettre des actions nouvelles, entièrement libérées, sans réserver aux actionnaires existants un droit préférentiel de souscription.

Les actions ne seront émises que sur acceptation de la souscription et après que l'équivalent du prix d'émission net aura été versé dans les actifs du compartiment concerné.

Lorsque la Société offre des actions en souscription, le prix par action offerte, suivant le compartiment, la classe et la catégorie d'actions dont elle relève, sera égal à la valeur nette d'inventaire par action de ce compartiment, de cette classe et catégorie d'actions telle que déterminée conformément à l'Article 12 des statuts. Ce prix sera majoré des commissions indiquées par les documents de vente des actions. Toute rémunération aux agents intervenant dans le placement des actions sera en principe incluse dans ces commissions. Le prix ainsi déterminé devra parvenir à la Société au plus tard cinq jours ouvrables (ou tel nombre de jours inférieur tel qu'indiqué dans le prospectus) à partir de la date à laquelle la valeur nette d'inventaire applicable aura été déterminée. Toutefois si le jour de paiement ainsi déterminé n'est pas un jour ouvrable dans le pays de la devise d'un compartiment ou d'une classe d'actions, le jour de paiement relatif aux actions de ce compartiment ou de cette classe d'actions sera le jour ouvrable suivant.

La demande de souscription sera exécutée dans la devise d'expression de la valeur nette d'inventaire ainsi qu'en telle autre devise déterminée par le prospectus de la Société.

Le conseil d'administration peut déléguer à tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir ou autre mandataire dûment autorisé à cette fin, la charge d'accepter les souscriptions et de recevoir en paiement le prix des actions nouvelles à émettre.

Le conseil d'administration peut également accepter des souscriptions moyennant l'apport d'un portefeuille existant, tel que prévu par la législation luxembourgeoise, à condition que les titres et les actifs de ce portefeuille soient conformes avec la politique et les restrictions d'investissement applicables au compartiment concerné. Ce portefeuille devra être facile à évaluer. Un rapport d'évaluation dont le coût sera supporté par l'investisseur concerné, sera établi par le réviseur d'entreprises de la Société conformément à l'Article 26-1 de la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales.

Le conseil d'administration est autorisé à procéder à des divisions ou à des consolidations d'actions.

Art. 9. Rachat des actions. Chaque actionnaire a le droit de demander à tout moment à la Société qu'elle lui rachète tout ou partie des actions qu'il détient selon les modalités fixées ci-après et dans les limites imposées par la loi.

Le prix de rachat d'une action suivant le compartiment, la classe et la catégorie d'actions dont elle relève, sera basé sur la valeur nette d'inventaire par action de ce compartiment, de cette classe et catégorie d'actions telle que déterminée conformément à l'Article 12 des statuts. Ce prix sera réduit des commissions indiquées par les documents de vente des actions. Toute demande de rachat doit être présentée par l'actionnaire par écrit au siège social de la Société ou auprès de toute autre personne désignée par la Société comme mandataire pour le rachat des actions.

La demande de remboursement sera exécutée dans la devise d'expression de la valeur nette d'inventaire ainsi qu'en telle autre devise déterminée par le prospectus de la Société.

La demande de rachat doit être accompagnée du ou des certificats d'actions en bonne et due forme et des pièces nécessaires pour opérer leur transfert.

Le prix de rachat sera payé au plus tard cinq jours ouvrables (ou tel nombre de jours inférieur tel qu'indiqué dans le prospectus) à partir de la date à laquelle la valeur nette d'inventaire applicable aura été déterminée, ou à la date à laquelle les certificats d'actions et les documents de transfert auront été reçus par la Société, si cette date est postérieure, le tout sans préjudice des dispositions de l'Article 13 des statuts. Toutefois si le jour de paiement ainsi déterminé n'est pas un jour ouvrable dans le pays de la devise d'un compartiment ou d'une classe d'actions, le jour de paiement relatif aux actions de ce compartiment ou de cette classe d'actions sera le jour ouvrable suivant. Toute demande de rachat est irrévocable, sauf en cas de suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire.

Les actions rachetées seront annulées.

Art. 10. Conversion des actions. Chaque actionnaire a le droit de passer d'un compartiment à un autre et de demander la conversion des actions qu'il détient au titre d'un compartiment donné en actions relevant d'un autre compartiment.

De même à l'intérieur de tout compartiment, un propriétaire d'actions de distribution a le droit de les convertir en tout ou en partie en actions de capitalisation, et vice-versa.

Dans un même compartiment, la conversion des actions d'une classe d'actions en actions d'une autre classe d'actions est possible uniquement dans les circonstances et selon les conditions telles que prévues dans les documents de vente des actions.

La conversion des actions se fait sur la base de la valeur nette d'inventaire respective des actions concernées, établie le même jour d'évaluation, tel que défini à l'Article 13 des statuts.

Le conseil d'administration pourra fixer telles restrictions qu'il estimera nécessaires, notamment quant à la fréquence des conversions, et il pourra soumettre les conversions au paiement des frais et commissions dont il déterminera le montant.

Les actions dont la conversion en d'autres actions a été effectuée seront annulées.

Art. 11. Restrictions à la propriété des actions. La Société pourra édicter les restrictions qu'elle juge utiles en vue d'assurer qu'aucune action de la Société ne sera acquise ou détenue par (i) une personne en infraction avec la législation ou la réglementation d'un quelconque pays ou d'une quelconque autorité gouvernementale ou (ii) une personne dont la situation, de l'avis du conseil d'administration, pourra amener la Société à encourir des charges fiscales ou autres désavantages financiers qu'elle n'aurait pas encourus autrement (ces personnes étant appelées ci-après «personnes non autorisées»).

La Société pourra notamment limiter ou interdire la propriété de ses actions par des ressortissants des Etats-Unis d'Amérique tels que définis ci-après.

Dans le cadre des pouvoirs qui lui sont conférés par cet Article:

1. La Société pourra refuser l'émission d'actions et l'inscription du transfert d'actions lorsqu'il apparaît que cette émission ou ce transfert aurait ou pourrait avoir pour conséquence d'attribuer la propriété d'actions à une personne non autorisée.

2. La Société pourra demander à toute personne figurant au registre des actions nominatives, ou à toute autre personne qui demande à s'y faire inscrire, de lui fournir tous renseignements et certificats qu'elle estime nécessaires, éventuellement appuyés d'une déclaration sous serment, en vue de déterminer si ces actions appartiennent ou vont appartenir économiquement à des personnes non autorisées.

3. La Société pourra procéder au rachat forcé de ses actions s'il apparaît (i) qu'une personne non autorisée, seule ou ensemble avec d'autres personnes, est le propriétaire d'actions de la Société, ou (ii) qu'une ou plusieurs personnes sont propriétaires d'une proportion d'actions de la Société de manière à rendre applicables à la Société des lois étrangères qui ne lui auraient pas été applicables autrement. Dans ce cas, la procédure suivante sera appliquée:

(a) La Société enverra un préavis (appelé ci-après «avis de rachat») à l'actionnaire possédant les titres ou apparaissant au registre des actions nominatives comme étant le propriétaire des actions; l'avis de rachat spécifiera les titres à racheter, le prix de rachat à payer et l'endroit où ce prix sera payable.

L'avis de rachat pourra être envoyé à l'actionnaire par lettre recommandée adressée à sa dernière adresse connue ou à celle inscrite au registre des actions nominatives. L'actionnaire en question sera obligé de remettre à la Société sans délai le ou les certificats représentant les actions spécifiées dans l'avis de rachat.

Dès la fermeture des bureaux au jour spécifié dans l'avis de rachat, l'actionnaire en question cessera d'être propriétaire des actions spécifiées dans l'avis de rachat; s'il s'agit d'actions nominatives, son nom sera rayé du registre des actions nominatives; s'il s'agit d'actions au porteur, le ou les certificats représentatifs de ces actions seront annulés.

(b) Le prix auquel les actions spécifiées dans l'avis de rachat seront rachetées (appelé ci-après «prix de rachat») sera égal à la valeur nette d'inventaire par action déterminée conformément à l'Article 12 des statuts.

(c) Le paiement sera effectué en la devise déterminée par le conseil d'administration; le prix sera déposé par la Société auprès d'une banque telle que spécifiée dans l'avis de rachat, qui le transmettra à l'actionnaire en question contre remise du ou des certificats indiqués dans l'avis de rachat. Dès le dépôt du prix, aucune personne intéressée dans les actions mentionnées dans l'avis de rachat ne pourra faire valoir de droit sur ces actions ni exercer aucune action contre la Société et ses avoirs, sauf le droit de l'actionnaire apparaissant comme étant le propriétaire des actions de recevoir le prix déposé (sans intérêts) à la banque contre remise du ou des certificats.

(d) L'exercice par la Société des pouvoirs conférés au présent Article ne pourra en aucun cas être mis en question ou invalidé pour le motif qu'il n'y aurait pas de preuve suffisante de la propriété des actions dans le chef d'une personne non autorisée, ou qu'une action appartiendrait à une autre personne que ne l'avait admis la Société en envoyant l'avis de rachat, à la condition toutefois que la Société exerce ses pouvoirs de bonne foi.

4. La Société pourra refuser, lors de l'assemblée générale, le droit de vote à toute personne déchue du droit d'être actionnaire de la Société.

Le terme «ressortissant des Etats-Unis d'Amérique» tel qu'il est utilisé dans les statuts signifiera tout ressortissant, citoyen ou résident des Etats-Unis d'Amérique ou d'un territoire, d'une possession ou d'une région sous leur juridiction, ou toute personne y résidant normalement (y inclus les ayants droit de toute personne, société ou association y établie ou organisée).

Art. 12. Calcul de la valeur nette d'inventaire des actions. Dans chaque compartiment et pour chaque classe d'actions, la valeur nette d'inventaire par action sera calculée dans la devise de calcul de la valeur nette d'inventaire du compartiment ou de la classe concerné (telle que fixée dans les documents de vente des actions), par un chiffre obtenu en divisant au Jour d'évaluation (défini à l'Article 13 des statuts) les avoirs nets du compartiment ou de la classe d'actions concerné, constitués des avoirs de ce compartiment ou de cette classe d'actions moins les engagements qui lui sont attribuables, par le nombre d'actions émises et en circulation au titre du compartiment ou de la classe d'actions concerné compte tenu, s'il y a lieu, de la ventilation de la valeur des avoirs nets de ce compartiment ou de cette classe d'actions entre les actions de distribution et les actions de capitalisation relevant de ce compartiment ou de cette classe d'actions, conformément aux dispositions sub IV du présent Article.

L'évaluation des avoirs dans les différents compartiments ou dans les différentes classes d'actions se fera de la manière suivante:

1. Les avoirs de la Société comprendront:

1. toutes les espèces en caisse ou en dépôt y compris les intérêts échus et courus;
2. tous les effets et billets payables à vue et les comptes exigibles, y compris les résultats de la vente de titres dont le prix n'a pas encore été touché;
3. tous les titres, parts, actions, obligations, droits d'option ou de souscription et autres valeurs mobilières et avoirs autorisés par la loi qui sont la propriété de la Société;
4. tous les dividendes et distributions à recevoir par la Société en espèces ou en titres dans la mesure où la Société pouvait raisonnablement en avoir connaissance (la Société pourra toutefois faire des ajustements en considération des fluctuations de la valeur marchande des valeurs mobilières occasionnées par des pratiques telles que la négociation ex-dividende ou ex-droit);
5. tous les intérêts, courus ou échus produits par les titres qui sont la propriété de la Société, sauf si ces intérêts sont compris dans le principal de ces valeurs;
6. les dépenses préliminaires de la Société dans la mesure où elles n'ont pas été amorties;
7. tous les autres avoirs autorisés par la loi de quelque nature qu'ils soient, y compris les dépenses payées d'avance.

La valeur des avoirs dans les différents compartiments ou les différentes classes d'actions sera déterminée de la manière suivante:

- (a) les actions ou les parts des OPC seront évaluées sur base de leur dernière valeur nette d'inventaire disponible;
- (b) la valeur des espèces en caisse ou en dépôt, effets et billets payables à vue et comptes à recevoir, des dépenses payées d'avance, des dividendes et intérêts annoncés ou venus à échéance non encore touchés, consistera dans la valeur nominale de ces avoirs, sauf s'il s'avère improbable que cette valeur puisse être touchée; dans ce cas, la valeur sera déterminée en retranchant tel montant que la Société estimera adéquat en vue de refléter la valeur réelle de ces avoirs;
- (c) la valeur de toutes valeurs mobilières qui sont négociées ou cotées sur une bourse de valeurs sera déterminée suivant leur dernier cours publié disponible le Jour d'évaluation en question;
- (d) la valeur de toutes valeurs mobilières qui sont négociées sur un autre marché réglementé fournissant des garanties comparables sera basée sur leur dernier cours publié disponible le Jour d'évaluation en question;
- (e) dans la mesure où des valeurs mobilières en portefeuille au Jour d'évaluation ne sont pas négociées ou cotées sur une bourse de valeurs ou sur un autre marché réglementé ou, si pour des valeurs négociées ou cotées sur une telle bourse ou sur un tel autre marché, le prix déterminé conformément aux dispositions sub (c) ou (d) ci-dessus n'est pas représentatif de la valeur réelle de ces valeurs mobilières, celles-ci seront évaluées sur base de leur valeur probable de réalisation qui sera estimée avec prudence et bonne foi;
- (f) les instruments du marché monétaire et autres titres à revenu fixe dont l'échéance résiduelle est inférieure à 3 mois pourront être évalués sur base du coût amorti. Si toutefois il existe un prix de marché pour ces titres, l'évaluation selon la méthode décrite précédemment sera comparée périodiquement au prix de marché et en cas de divergence notable, le conseil d'administration pourra adapter l'évaluation en conséquence;
- (g) la valeur des instruments dérivés (options et futures) qui sont négociés ou cotés sur une bourse de valeurs ou sur un marché réglementé sera déterminée suivant leur dernier cours de liquidation disponible le Jour d'évaluation en question sur la bourse de valeurs ou sur le marché réglementé sur lequel sont traités les dits instruments, étant entendu que si un des susdits instruments dérivés ne peut être liquidé au jour pris en compte pour déterminer les valeurs applicables, la valeur de cet instrument dérivé ou de ces instruments dérivés sera déterminée de façon prudente et raisonnable par le conseil d'administration;
- (h) tous les autres avoirs seront évalués sur base de leur valeur probable de réalisation qui sera estimée avec prudence et bonne foi.

Le conseil d'administration pourra à son entière discrétion permettre l'utilisation d'une autre méthode d'évaluation s'il estime que cette évaluation reflète mieux la valeur de marché de tout avoir détenu par un compartiment.

II. Les engagements de la Société comprendront:

1. tous les emprunts, effets échus et comptes exigibles;
2. toutes les obligations connues, échues ou non, y compris toutes les obligations contractuelles venues à échéance qui ont pour objet des paiements en espèces ou en nature, y compris le montant des dividendes annoncés par la Société mais non encore payés;
3. une réserve appropriée pour impôts sur le capital et sur le revenu, courus jusqu'au Jour d'évaluation et fixée par le conseil d'administration et, le cas échéant, toutes autres réserves autorisées ou approuvées par le conseil d'administration;
4. tous autres engagements de la Société de quelque nature que ce soit. Pour l'évaluation du montant de ces autres engagements, la Société prendra en considération toutes les dépenses à supporter par elle, comprenant, sans limitation, les frais de constitution et de modification ultérieure des statuts, les commissions et frais payables à la société de gestion, aux Conseillers en Investissements, Gestionnaires, Distributeurs, Agent administratif, Dépositaire et correspondants, Agent domiciliataire, Agent de transfert, Agents payeurs ou autres mandataires et employés et Administrateurs de la Société, ainsi qu'aux représentants permanents des lieux où la Société est soumise à l'enregistrement, les frais encourus en rapport avec l'assistance juridique et la révision des comptes annuels de la Société, les frais de préparation, de promotion, d'impression et de publication des documents de vente des actions, prospectus et rapports financiers, les frais des déclarations d'enregistrement, tous les impôts et droits prélevés par les autorités gouvernementales et de contrôle et par les bourses de valeurs, les frais de publication des prix d'émission, de rachat et de conversion ainsi que toutes autres dépenses d'exploitation, y compris les frais financiers, bancaires ou de courtage encourus lors de l'achat ou de la vente d'avoirs ou autrement, et tous les autres frais administratifs.

Pour l'évaluation du montant des engagements, la Société pourra tenir compte des dépenses administratives et autres, qui ont un caractère régulier ou périodique, par une estimation pour l'année ou pour toute autre période en répartissant le montant au prorata des fractions de cette période.

III. Compartimentation:

Le conseil d'administration établira pour chaque compartiment une masse distincte d'avoirs nets. Dans les relations des actionnaires entre eux, cette masse sera attribuée aux seules actions émises au titre du compartiment concerné, compte tenu, s'il y a lieu, de la ventilation de la valeur de cette masse entre les différentes classes et catégories d'actions, conformément aux dispositions sub IV du présent Article. La Société constitue une seule et même entité juridique. Toutefois, les actifs d'un compartiment déterminé ne répondent que des dettes, engagements et obligations qui concernent ce compartiment. Dans les relations des actionnaires entre eux, chaque compartiment est traité comme une entité à part.

A l'effet d'établir ces différentes masses d'avoirs nets entre actionnaires:

1. Les produits résultant de l'émission d'actions relevant d'un compartiment donné seront attribués, dans les livres de la Société, à ce compartiment et les avoirs, engagements, revenus et frais relatifs à ce compartiment, seront attribués à ce compartiment;

2. lorsqu'un avoir découle d'un autre avoir, ce dernier avoir sera attribué, dans les livres de la Société, au même compartiment auquel appartient l'avoir dont il découle, et à chaque nouvelle évaluation d'un avoir, l'augmentation ou la diminution de valeur sera attribuée au compartiment auquel cet avoir appartient;

3. lorsque la Société supporte un engagement qui est attribuable à un compartiment déterminé ou à une opération effectuée en rapport avec tous les avoirs d'un compartiment déterminé, cet engagement sera attribué à ce compartiment;

4. au cas où un avoir ou un engagement de la Société ne peut être attribué à un compartiment déterminé, cet avoir ou engagement sera attribué à tous les compartiments à parts égales ou, si les montants en cause le requièrent, au prorata de la valeur respective des avoirs nets de chaque compartiment; étant entendu que tous les engagements, quelle que soit la masse d'avoirs nets à laquelle ils sont attribués, ne pourront engager que cette masse.

Si dans un même compartiment, une ou plusieurs classes d'actions ont été créées, les règles d'attribution mentionnées ci-dessus seront applicables, si approprié, à ces classes.

IV. Ventilation de la valeur des avoirs à l'intérieur d'un compartiment:

Dans la mesure et pendant le temps où parmi les actions correspondant à un compartiment déterminé, des actions de distribution et de capitalisation auront été émises et seront en circulation, la valeur des avoirs nets de ce compartiment, établie conformément aux dispositions sub I à III du présent Article, sera ventilée entre l'ensemble des actions de distribution d'une part, et l'ensemble des actions de capitalisation d'autre part, dans les proportions suivantes:

Au départ, le pourcentage des avoirs nets du compartiment correspondant à l'ensemble des actions de distribution sera égal au pourcentage que représente l'ensemble des actions de distribution dans le nombre total des actions émises et en circulation au titre du compartiment concerné.

Pareillement, le pourcentage des avoirs nets du compartiment correspondant à l'ensemble des actions de capitalisation sera égal au pourcentage que représente l'ensemble des actions de capitalisation dans le nombre total des actions émises et en circulation au titre du compartiment concerné.

A la suite de chaque distribution de dividendes en espèces, annuels ou intérimaires, aux actions de distribution, conformément à l'Article 27 des statuts, la quotité des avoirs nets du compartiment à attribuer à l'ensemble des actions de distribution subira une réduction égale aux montants de dividendes distribués, entraînant ainsi une diminution du pourcentage des avoirs nets du compartiment à attribuer à l'ensemble des actions de distribution; tandis que la quotité des avoirs nets du compartiment à attribuer à l'ensemble des actions de capitalisation restera la même, entraînant ainsi une augmentation du pourcentage des avoirs nets du compartiment attribuable à l'ensemble des actions de capitalisation.

Lorsqu'à l'intérieur d'un compartiment donné des souscriptions ou des rachats d'actions auront lieu par rapport à des actions de distribution, la quotité des avoirs nets du compartiment attribuable à l'ensemble des actions de distribution sera augmentée ou réduite des montants nets reçus ou payés par la Société en raison de ces souscriptions ou rachats d'actions. De même lorsqu'à l'intérieur d'un compartiment donné, des souscriptions ou des rachats d'actions auront lieu par rapport à des actions de capitalisation, la quotité des avoirs nets du compartiment attribuable à l'ensemble des actions de capitalisation sera augmentée ou réduite des montants nets reçus ou payés par la Société en raison de ces souscriptions ou rachats d'actions.

A tout moment, la valeur nette d'inventaire d'une action de distribution relevant d'un compartiment déterminé sera égale au montant obtenu en divisant la quotité des avoirs nets de ce compartiment alors attribuable à l'ensemble des actions de distribution par le nombre total des actions de distribution alors émises et en circulation.

Pareillement, à tout moment, la valeur nette d'inventaire d'une action de capitalisation relevant d'un compartiment déterminé sera égale au montant obtenu en divisant la quotité des avoirs nets de ce compartiment alors attribuable à l'ensemble des actions de capitalisation par le nombre total des actions de capitalisation alors émises et en circulation.

Si dans un même compartiment, une ou plusieurs classes d'actions ont été créées, les règles de ventilation mentionnées ci-dessus seront applicables, si approprié, à ces classes.

V. Pour les besoins de cet Article:

1. chaque action en voie de rachat par la Société suivant l'Article 9 des statuts, sera considérée comme action émise et existante jusqu'après la clôture du Jour d'évaluation auquel le rachat se fait et son prix sera, à partir de ce jour et jusqu'à ce que le prix soit payé, considéré comme engagement de la Société;

2. les actions à émettre par la Société suite aux demandes de souscriptions reçues seront traitées comme étant créées à partir de la clôture du Jour d'évaluation lors duquel leur prix d'émission a été déterminé, et ce prix sera traité comme une créance de la Société jusqu'à ce qu'il soit payé;

3. tous investissements, soldes en espèces ou autres avoirs de la Société exprimés autrement que dans la devise de calcul de la valeur nette d'inventaire du compartiment ou de la classe d'actions concerné seront évalués en tenant compte des taux de change en vigueur à la date et à l'heure de la détermination de la valeur nette d'inventaire par action;

4. il sera donné effet, au Jour d'évaluation, à tout achat ou vente de valeurs mobilières contractés par la Société dans la mesure du possible.

Art. 13. Fréquence et suspension temporaire du calcul de la valeur nette d'inventaire par action, des émissions, rachats et conversion d'actions. Dans chaque compartiment et pour chaque classe et catégorie d'actions, la valeur nette d'inventaire par action ainsi que les prix d'émission, de rachat et de conversion des actions seront déterminés périodiquement par la Société ou son mandataire désigné à cet effet, au moins deux fois par mois, à la fréquence que le conseil d'administration décidera, tel jour ou moment de calcul étant défini dans les statuts comme «Jour d'évaluation».

Si un Jour d'évaluation tombe un jour férié légal ou bancaire à Luxembourg, le Jour d'évaluation sera reporté au premier jour ouvrable suivant.

Sans préjudice des causes légales de suspension, la Société peut suspendre temporairement le calcul de la valeur nette d'inventaire par action ainsi que l'émission, le rachat et la conversion de ses actions d'une manière générale ou en rapport avec un ou plusieurs compartiments seulement, lors de la survenance de l'une des circonstances suivantes:

- a) lorsque la valeur nette d'inventaire des actions ou des parts des OPC sous-jacents représentant une part substantielle des investissements du compartiment ne peut être déterminée avec la rapidité et l'exactitude appropriées;
- b) pendant tout ou partie d'une période pendant laquelle l'une des principales bourses de valeurs ou l'un des principaux marchés réglementés auxquels une partie substantielle du portefeuille d'un ou de plusieurs compartiments est cotée ou négociée, est fermé pour une raison autre que le congé normal ou pendant laquelle les opérations y sont restreintes ou suspendues;
- c) lorsque la Société ne peut pas normalement disposer des investissements d'un ou de plusieurs compartiments ou les évaluer ou ne peut le faire sans porter préjudice grave aux intérêts de ses actionnaires;
- d) lorsque les moyens de communication nécessaires à la détermination du prix ou de la valeur des avoirs d'un ou de plusieurs compartiments sont hors de service ou si pour n'importe quelle autre raison, la valeur des avoirs d'un ou de plusieurs compartiments ne peut être déterminée;
- e) lorsque la réalisation d'investissements ou le transfert de fonds impliqués dans de telles réalisations d'investissements ne peuvent être effectués à des prix ou des taux de change normaux, ou lorsque la Société est incapable de rapatrier des fonds dans le but d'opérer des paiements sur le rachat d'actions;
- f) en cas de demandes importantes de rachat et/ou de conversion, la Société se réservant alors le droit de ne racheter les actions qu'au prix de rachat tel qu'il aura été déterminé après qu'elle aura pu vendre les avoirs nécessaires dans les plus brefs délais, compte tenu des intérêts de l'ensemble des actionnaires, et qu'elle aura pu disposer du produit de ces ventes. Dans un pareil cas, un seul prix sera calculé pour toutes les demandes de rachat, de souscription et de conversion présentées au même moment;
- g) dès la publication de l'avis de réunion de l'assemblée générale des actionnaires convoquée en vue de délibérer sur la dissolution de la Société.

Une telle suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire sera publiée et portée par la Société à la connaissance des actionnaires ayant fait une demande de souscription, de rachat ou de conversion d'actions, conformément aux dispositions des statuts.

Pendant la période de suspension, les actionnaires qui auront présenté une demande de souscription, de rachat ou de conversion pourront révoquer celle-ci. A défaut de révocation, le prix d'émission, de rachat ou de conversion sera basé sur le premier calcul de la valeur nette d'inventaire fait après l'expiration de la période de suspension.

Titre III. Administration et Surveillance

Art. 14. Administrateurs. La Société est administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins, actionnaires ou non. La durée du mandat d'administrateur est de six ans au maximum. Les administrateurs sont nommés par l'assemblée générale qui fixe leur nombre, leurs émoluments et la durée de leur mandat.

Tout administrateur pourra être révoqué avec ou sans motif ou être remplacé à tout moment par décision de l'assemblée générale des actionnaires.

En cas de vacance d'un poste d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas l'assemblée générale procédera à l'élection définitive lors de sa prochaine réunion.

Art. 15. Réunions du Conseil d'Administration. Le conseil d'administration choisira parmi ses membres un président et pourra élire en son sein un ou plusieurs vice-présidents. Il pourra désigner également un secrétaire qui n'a pas besoin d'être administrateur et qui dressera les procès-verbaux des réunions du conseil d'administration ainsi que des assemblées générales des actionnaires. Le conseil d'administration se réunira sur la convocation du Président ou de deux administrateurs au lieu indiqué dans l'avis de convocation.

Le Président du conseil d'administration présidera les assemblées générales des actionnaires et les réunions du conseil d'administration. En son absence l'assemblée générale ou le conseil d'administration désignera à la majorité un autre administrateur et, lorsqu'il s'agit d'une assemblée générale, toute autre personne, pour assumer la présidence de ces assemblées et réunions.

Le conseil d'administration, s'il y a lieu, nommera des directeurs et autres fondés de pouvoir dont les fonctions seront jugées nécessaires pour mener à bien les affaires de la Société. Pareilles nominations peuvent être révoquées à tout moment par le conseil d'administration. Les directeurs et fondés de pouvoir n'ont pas besoin d'être administrateur ou actionnaire de la Société. Pour autant que les statuts n'en décident pas autrement, les directeurs et fondés de pouvoir auront les pouvoirs et les charges qui leur sont attribués par le conseil d'administration.

Avis écrit de toute réunion du conseil d'administration sera donné à tous les administrateurs au moins sept jours avant la date prévue pour la réunion, sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature et les motifs de cette urgence seront mentionnés dans l'avis de convocation. Il pourra être passé outre à cette convocation à la suite de l'assentiment de chaque administrateur par écrit ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou autre moyen de communication similaire. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour une réunion du conseil d'administration se tenant à une heure et à un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le conseil d'administration.

Tout administrateur pourra se faire représenter en désignant par écrit ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire, un autre administrateur comme son mandataire.

Un ou plusieurs des administrateurs peuvent participer à une réunion du conseil d'administration par le moyen du téléphone ou d'autres moyens similaires de communication permettant à tous les administrateurs de s'entendre au même moment. Une telle participation équivalra à une présence personnelle à la réunion.

Les administrateurs ne pourront agir que dans le cadre de réunions du conseil d'administration régulièrement tenues. Les administrateurs ne pourront engager la Société par leur signature individuelle, à moins d'y être autorisés par une résolution du conseil d'administration.

Le conseil d'administration ne pourra délibérer et agir que si au moins trois administrateurs ou tout autre nombre d'administrateurs que le conseil d'administration pourra fixer, sont présents ou représentés. Les décisions sont prises à la majorité des voix des administrateurs présents ou représentés. Au cas où, lors d'une réunion du conseil, il y a égalité de voix pour ou contre une décision, le Président aura voix prépondérante.

Le conseil d'administration pourra, à l'unanimité, prendre des résolutions par voie de circulaires, en exprimant son approbation au moyen d'un ou de plusieurs écrits, ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire, à confirmer par écrit, le tout ensemble constituant le procès-verbal faisant preuve de la décision intervenue.

Art. 16. Pouvoirs du Conseil d'Administration. Le conseil d'administration jouit des pouvoirs les plus étendus pour orienter et gérer les affaires sociales et pour effectuer les actes de disposition et d'administration qui rentrent dans l'objet social, sous réserve de l'observation de la politique d'investissement telle que prévue à l'Article 19 des statuts.

Tout ce qui n'est pas expressément réservé à l'assemblée générale par la loi est de la compétence du conseil d'administration.

Art. 17. Engagements de la Société vis-à-vis des tiers. Vis-à-vis des tiers, la Société sera valablement engagée par la signature conjointe de deux administrateurs ou par la seule signature de toute personne à laquelle pareils pouvoirs de signature auront été délégués par le conseil d'administration.

Art. 18. Société de gestion. Le conseil d'administration conclura un contrat de gestion avec une société de gestion établie au Luxembourg et approuvée conformément au chapitre 13 de la Loi (ci-après la «société de gestion»). En vertu de ce contrat, la société de gestion fournira des services de gestion collective à la Société.

La société de gestion pourra déléguer à des tiers, en vue de mener ses activités de manière plus efficace, l'exercice, pour son propre compte, d'une ou de plusieurs des fonctions visées à l'alinéa précédent.

Art. 19. Politique d'investissement. Le conseil d'administration, appliquant le principe de la répartition des risques, a le pouvoir de déterminer (i) la politique d'investissement de chaque compartiment de la Société ainsi que (ii) les lignes de conduite à suivre dans l'administration de la Société, sous réserve des restrictions d'investissement adoptées par le conseil d'administration conformément aux lois et règlements.

Dans cette approche, dans tous les compartiments, les placements pourront être faits, dans le respect des exigences posées par la Loi, notamment quant au type de marché sur lequel ces avoirs peuvent être acquis ou au statut de l'émetteur ou de la contrepartie:

- (i) en valeurs mobilières et instruments du marché monétaire;
- (ii) en parts d'OPC;
- (iii) en dépôts auprès d'un établissement de crédit;
- (iv) en instruments financiers dérivés.

La Société est en outre autorisée à utiliser des techniques et instruments qui ont pour objet les valeurs mobilières et les instruments du marché monétaire, pourvu que ces techniques et instruments soient utilisés en vue d'une bonne gestion du portefeuille et/ou dans un but de protection de ses actifs et engagements.

La Société pourra notamment acquérir les valeurs mentionnées ci-dessus sur tout Marché Réglementé d'un Etat d'Europe, membre ou non de l'Union Européenne («UE»), d'Amérique, d'Afrique, d'Asie, d'Australie ou d'Océanie.

La Société pourra également investir en valeurs mobilières et instruments du marché monétaire nouvellement émis, sous réserve que les conditions d'émission comportent l'engagement que la demande d'admission à la cote officielle d'un Marché Réglementé mentionné ci-dessus soit introduite et que l'admission soit obtenue au plus tard avant la fin de la période d'un an depuis l'émission.

La Société est autorisée à investir, en respectant le principe de la répartition des risques, jusqu'à 100% des actifs nets attribuables à chaque compartiment en valeurs mobilières ou instruments du marché monétaire émis ou garantis par un Etat membre de l'UE, par ses collectivités publiques territoriales, par un autre Etat membre de l'Organisation pour la Coopération et le Développement Economiques («OCDE») ou par un organisme international à caractère public dont font partie un ou plusieurs Etats membres de l'UE, étant entendu que, si la Société fait usage des possibilités prévues dans la présente disposition, elle doit détenir, pour le compte du compartiment concerné, des valeurs appartenant à six émissions différentes au moins, sans que les valeurs appartenant à une émission ne puissent excéder 30% du montant total des actifs nets attribuables à ce compartiment.

La Société peut à titre accessoire détenir des liquidités.

La Société prend les risques qu'elle juge raisonnables afin d'atteindre l'objectif assigné; toutefois, elle ne peut garantir d'y parvenir compte tenu des fluctuations boursières et des autres risques auxquels sont exposés les placements en valeurs mobilières.

Art. 20. Intérêt opposé des administrateurs. Aucun contrat ni aucune transaction que la Société pourra conclure avec d'autres sociétés ou personnes ne pourront être affectés ou viciés par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs, directeurs ou fondés de pouvoir de la Société auraient un intérêt quelconque dans telle autre société ou personne, ou par le fait qu'ils en seraient administrateurs, associés, directeurs, fondés de pouvoir ou employés. L'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de la Société qui est administrateur, associé, directeur, fondé de pouvoir ou employé d'une société ou personne avec laquelle la Société passe des contrats, ou avec laquelle elle est autrement en relations d'affaires, ne sera pas par là même privé du droit de délibérer, de voter et d'agir en ce qui concerne des matières en relation avec pareils contrats ou pareilles affaires.

Au cas où un administrateur, directeur ou fondé de pouvoir aurait dans quelque affaire de la Société un intérêt opposé à celle-ci, cet administrateur, directeur ou fondé de pouvoir devra informer le conseil d'administration de cet intérêt opposé et il ne délibérera et ne prendra part au vote concernant cette affaire; rapport devra en être fait à la prochaine assemblée générale des actionnaires.

Le terme «intérêt opposé», tel qu'il est utilisé à l'alinéa précédent, ne s'appliquera pas aux relations ou aux intérêts qui pourront exister de quelque manière, en quelque qualité, ou à quelque titre que ce soit, en rapport avec BANQUE DEGROOF S.A., BANQUE DEGROOF LUXEMBOURG S.A. ou l'une de leurs filiales ou le Dépositaire ou le ou les promoteurs et co-promoteurs de la Société ou encore avec toute autre société ou entité juridique que le conseil d'administration pourra déterminer.

Art. 21. Indemnisation des administrateurs. La Société pourra indemniser tout administrateur, directeur ou fondé de pouvoir, ses héritiers, exécuteurs testamentaires et autres ayants droit, des dépenses raisonnablement occasionnées par toutes actions ou procès auxquels il aura été partie en sa qualité d'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de la Société ou pour avoir été, à la demande de la Société, administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de toute autre société dont la Société est actionnaire ou créditriche et par laquelle il ne serait pas indemnisé, sauf au cas où dans pareils actions ou procès il sera finalement condamné pour négligence grave ou mauvaise gestion; en cas d'arrangement extrajudiciaire, une telle indemnité ne sera accordée que si la Société est informée par son avocat-conseil que l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir en question n'a pas commis de manquement à ses devoirs. Le droit à indemnisation n'exclura pas d'autres droits dans le chef de l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir.

Art. 22. Surveillance de la société. Les opérations de la Société et sa situation financière, comprenant notamment la tenue de sa comptabilité, seront surveillées par un réviseur d'entreprises agréé qui devra satisfaire aux exigences légales concernant leur honorabilité et leur expérience professionnelle, et qui accomplira tous les devoirs prescrits par la Loi.

Le réviseur d'entreprises sera élu par l'assemblée générale annuelle des actionnaires pour une période prenant fin le jour de la prochaine assemblée générale annuelle des actionnaires et lorsque son successeur sera élu.

Titre IV. Assemblées générales - Année sociale - Distributions

Art. 23. Représentation. L'assemblée générale représente l'universalité des actionnaires. Elle a les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la Société.

Art. 24. Assemblées générales. L'assemblée générale est convoquée par le conseil d'administration. Elle peut l'être également sur demande d'actionnaires représentant le cinquième du capital social au moins.

L'assemblée générale annuelle se réunit dans la Ville de Luxembourg, à l'endroit indiqué dans les avis de convocation, le quatrième mardi du mois de septembre à 11.00 heures.

Si ce jour est férié, l'assemblée générale se réunit le premier jour ouvrable suivant.

D'autres assemblées générales pourront être tenues aux heures et lieux spécifiés dans les avis de convocation. Dans la mesure requise par la loi, ceux-ci seront publiés au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, dans un ou plusieurs journaux luxembourgeois et dans tels autres journaux que le conseil d'administration déterminera.

Chaque fois que tous les actionnaires sont présents ou représentés et qu'ils déclarent se considérer comme dûment convoqués et avoir eu connaissance préalable de l'ordre du jour soumis à leurs délibérations, l'assemblée générale peut avoir lieu sans convocation.

Le conseil d'administration peut déterminer toutes autres conditions à remplir par les actionnaires pour pouvoir prendre part aux assemblées générales.

Art. 25. Quorum et conditions de majorité. Chaque action, quel que soit le compartiment, la classe ou la catégorie d'actions dont elle relève, donne droit à une voix, conformément à la loi et aux statuts. Les actionnaires peuvent se faire représenter aux assemblées générales par des mandataires qui n'ont pas besoin d'être actionnaires en leur conférant un pouvoir écrit.

L'assemblée générale délibère conformément aux prescriptions de la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou les statuts, les décisions de l'assemblée générale des actionnaires sont prises à la majorité simple des voix des actionnaires présents ou représentés.

Les décisions relatives à un compartiment ou à une classe seront également prises, dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou les statuts, à la majorité simple des actionnaires du compartiment ou de la classe concerné présents ou représentés et votant.

Art. 26. Année sociale. L'année sociale commence le premier juillet et se termine le trente juin de chaque année.

Art. 27. Distributions. Les documents de vente des actions indiqueront la politique de distribution que le conseil d'administration entend suivre. Dans le cas de versement de dividendes, l'assemblée générale annuelle des actionnaires, sur proposition du conseil d'administration, décidera du montant des distributions en espèces dans le respect des dispositions de la Loi.

Le conseil d'administration pourra déclarer et mettre en paiement un dividende intérimaire, sur base d'états financiers intermédiaires et conformément aux dispositions légales en vigueur.

Le paiement des dividendes se fera, pour les actions nominatives, à l'adresse portée au registre des actions nominatives et, pour les actions au porteur, sur présentation du coupon de dividende remis à l'agent ou aux agents désignés par la Société à cet effet.

Les dividendes pourront être payés en toute devise choisie par le conseil d'administration, en temps et lieu qu'il appréciera et aux taux de change qu'il déterminera.

Tout dividende déclaré qui n'aura pas été réclamé par son bénéficiaire dans les cinq ans à compter de son attribution ne pourra plus être réclamé et reviendra à la classe concernée. Aucun intérêt ne sera payé sur un dividende déclaré par la Société et conservé par elle à la disposition de son bénéficiaire.

Titre V. Dispositions finales

Art. 28. Dépositaire. Dans la mesure requise par la loi, la Société conclura un contrat de dépôt avec un établissement bancaire ou d'épargne au sens de la loi modifiée du 5 avril 1993 relative à la surveillance du secteur financier («le Dépositaire»). Toutes les valeurs appartenant à la Société sont détenues par le Dépositaire ou pour son compte.

Si le Dépositaire désire se retirer, le conseil d'administration s'efforcera de trouver un remplaçant dans les meilleurs délais. Le conseil d'administration peut dénoncer le contrat de dépôt, mais ne pourra révoquer le Dépositaire que si un remplaçant a été trouvé.

Art. 29. Dissolution. La Société peut en tout temps être dissoute par décision de l'assemblée générale statuant comme en matière de modification des statuts.

La question de la dissolution de la Société doit être soumise par les administrateurs à l'assemblée générale lorsque le capital social est inférieur aux deux tiers du capital minimum fixé à l'Article 5 des statuts; l'assemblée délibère sans condition de présence et décide à la majorité simple des actions présentes ou représentées à l'assemblée.

La question de la dissolution de la Société doit de même être soumise par le conseil d'administration à l'assemblée générale lorsque le capital social est inférieur au quart du capital minimum fixé à l'Article 5 des statuts; dans ce cas, l'assemblée délibère sans condition de présence et la dissolution peut être prononcée par les actionnaires possédant un quart des actions présentes ou représentées à l'assemblée.

La convocation doit se faire de façon à ce que l'assemblée soit tenue dans le délai de quarante jours à partir de la constatation que l'actif net est devenu inférieur respectivement aux deux tiers ou au quart du capital minimum.

La décision relative à la dissolution de la Société doit être publiée au Mémorial et dans deux journaux à diffusion adéquate dont au moins un journal luxembourgeois. Ces publications sont faites à la diligence du ou des liquidateurs.

Après la dissolution de la Société, la liquidation s'opérera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales, agréés par l'autorité de contrôle et nommés par l'assemblée générale qui détermine leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Après la clôture des opérations de liquidation, les avoirs non réclamés seront déposés à la Caisse de Consignation.

Art. 30. Modification des statuts. Les statuts pourront être modifiés en temps et lieu qu'il appartiendra à une assemblée générale des actionnaires statuant aux conditions de quorum et de vote requises par la loi luxembourgeoise.

Toute modification des statuts affectant les droits des actions relevant d'un compartiment ou d'une classe d'actions donné par rapport aux droits des actions relevant d'autres compartiments ou d'autres classes d'actions, de même que toute modification des statuts affectant les droits des actions de distribution par rapport aux droits des actions de capitalisation, sera soumise aux conditions de quorum et de majorité telles que prévues par l'Article 68 de la loi modifiée du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Art. 31. Matières non régies par les présents statuts. Pour toutes les matières qui ne sont pas régies par les statuts, les parties se réfèrent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales telle que modifiée, ainsi qu'à la Loi.».

Clôture

Plus rien n'étant à l'ordre du jour et personne ne demandant la parole, Monsieur le Président lève la séance.

Frais

Le montant des frais, rémunérations et charges, incombant à la Société en raison des présentes, est estimé sans nul préjudice à la somme de trois mille cinq cents euros (EUR 3.500,-).

Dont procès-verbal, fait et dressé, date qu'en tête des présentes à Luxembourg.

Et après lecture de tout ce qui précède, donnée à l'assemblée en langue d'elle connue, les membres du bureau, tous connus du notaire instrumentant par nom, prénom usuel, état et demeure, ont signé le présent procès-verbal avec Nous, Notaire, aucun autre actionnaire n'ayant demandé à signer.

Signé: J.-M. Gelhay, M. Vermeersch, P. Gendarme, T. Metzler.

Enregistré à Luxembourg, le 9 janvier 2006, vol. 27CS, fol. 17, case 2. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée sur papier libre aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg-Bonnevoie, le 18 janvier 2006.

T. Metzler.

(007650.3/222/712) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 janvier 2006.

BG UMBRELLA FUND, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von BG UMBRELLA FUND: BG Global Dynamic, einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02299 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003865.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

BG UMBRELLA FUND, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von BG UMBRELLA FUND: BG Global Challenge, einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02304 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003867.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

BG UMBRELLA FUND, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von BG UMBRELLA FUND: BG Global Balance, einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02308 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003869.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

WALSER PORTFOLIO, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-1952 Luxemburg, 1-7, rue Nina et Julien Lefèvre.

H. R. Luxemburg B 79.320.

Im Jahre zweitausendfünf, den sechzehnten Dezember.

Vor dem unterzeichneten Notar Frank Baden, mit dem Amtswohnsitz in Luxemburg,

Sind die Aktionäre der Investmentgesellschaft mit Variablem Kapital WALSER PORTFOLIO, mit Sitz in L-1952 Luxemburg, 1-7, rue Nina et Julien Lefèvre, eingetragen im Handelsregister von Luxemburg unter der Nummer B 79.320, zu einer ausserordentlichen Generalversammlung zusammengetreten.

Die Investmentgesellschaft mit Variablem Kapital wurde gegründet gemäss Urkunde des unterzeichneten Notars vom 12. Dezember 2000 veröffentlicht im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, Nummer 19 vom 11. Januar 2001.

Die Versammlung wird um 10.30 Uhr unter dem Vorsitz von Herrn Jürgen Berg, Bankkaufmann, wohnhaft in Igel, eröffnet.

Der Vorsitzende beruft zum Sekretär Frau Silke Büdinger, Bankangestellte, wohnhaft in Ayl.

Die Versammlung wählt einstimmig zum Stimmzähler Frau Birgitta Pamsl, Bankangestellte, wohnhaft in Saarlouis.

Der Vorsitzende stellt unter Zustimmung der Versammlung fest:

I. Dass die Einberufungen zu gegenwärtiger Versammlung erfolgten:

a) Im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations»

am 2. Dezember 2005

am 9. Dezember 2005

b) Im «D'Wort»

am 2. Dezember 2005

am 9. Dezember 2005

c) in der «Börsen-Zeitung»

am 2. Dezember 2005

am 9. Dezember 2005

d) im «Standard»

am 2. Dezember 2005

am 9. Dezember 2005

e) in dem «Lichtensteiner Vaterland»

am 2. Dezember 2005

am 9. Dezember 2005

II.- Dass die Tagesordnung folgenden Worlaut hat:

Tagesordnung:

1.- Beschluss über die Anpassung an das Luxemburger Gesetz vom 20. Dezember 2002. Es wird vorgeschlagen, die Artikel 4, 5, 11, 14, 17, 18, 21, 24, 27 und 32 der Satzung dahingehend anzupassen, dass sie die Bestimmungen von Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen erfüllen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Änderungen:

a) Die Artikel 4, 5, 21, 24, 27 und 32 der Satzung werden dahingehend geändert, dass der Bezug zu dem bisherigen Gesetz vom 30. März 1988 durch den Bezug auf das neue Gesetz vom 20. Dezember 2002 ersetzt wird:

b) Änderung des gesetzlichen Mindestkapitals auf EUR 1.250.000,- im Artikel 5.

c) Änderung des Punktes I. des Artikels 11.

d) Änderung des Artikels 14.

e) Änderung des Artikels 17.

f) Änderung der Abschnitte (i), (ii) und (v) des Artikels 18.

2.- Beschluss über das Inkrafttreten an die gesetzliche Anpassung. Den Aktionären wird vorgeschlagen, den Anpassungen mit Wirkung zum 16. Dezember 2005 zuzustimmen.

III.- Dass die anwesenden oder vertretene Aktionäre, die Bevollmächtigten der vertretenen Aktionäre und die Stückzahl ihrer Aktien auf einer Anwesenheitsliste eingetragen sind; diese Anwesenheitsliste, welche durch die anwesenden Aktionäre, die Bevollmächtigten der vertretenen Aktionäre und den Verwaltungsrat unterschrieben wurde, bleibt gegenwärtiger Urkunde beigelegt um mit derselben einregistriert zu werden. Die Vollmachten, welche durch die Erschienenen ne varietur unterschrieben wurden bleiben ebenfalls gegenwärtiger Urkunde beigelegt.

IV.- Aus der Anwesenheitsliste geht hervor, dass von den 2.512.185 sich im Umlauf befindenden Aktien, 2.441.848 Aktien in gegenwärtiger Versammlung vertreten sind. Somit ist die Versammlung rechtsgültig zusammengesetzt und befugt, über vorstehende Tagesordnung zu beschließen.

Alsdann werden nach Eintritt in die Tagesordnung einstimmig folgende Beschlüsse gefasst:

Erster Beschluss

Die Generalversammlung beschließt die Anpassung an das Luxemburger Gesetz vom 20. Dezember 2002. Die Artikel 4, 5, 11, 14, 17, 18, 21, 24, 27 und 32 der Satzung werden dahingehend angepasst, daß sie die Bestimmungen von Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen erfüllen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Änderungen:

Artikel 4, zweiter Abschnitt der Satzung wird abgeändert und hat nunmehr folgenden Wortlaut:

«Die Gesellschaft kann jegliche Maßnahme ergreifen und Transaktion ausführen, welche sie für die Erfüllung und Ausführung dieses Gesellschaftszweckes für nützlich erachtet, und zwar im weitesten Sinne entsprechend dem Gesetz vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen («Gesetz vom 20. Dezember 2002»).»

Artikel 5, erster und dritter Abschnitt der Satzung werden abgeändert und haben nunmehr folgenden Wortlaut:

Erster Abschnitt «Das Kapital der Gesellschaft wird durch voll einbezahlte Anteile ohne Nennwert vertreten und wird zu jeder Zeit dem gesamten Netto-Vermögenswert der Gesellschaft gemäß Artikel 11 dieser Satzung entsprechen. Das Mindestkapital wird sich auf das gesetzliche Mindestkapital, das heißt den Betrag in Höhe von EUR 1.250.000,- belaufen. Das Erstzeichnungskapital beträgt einunddreißigtausend Euro (EUR 31.000,-) eingeteilt in dreihundertzehn (310) Anteile ohne Nennwert. Das Mindestkapital muß innerhalb von sechs Monaten nach dem Datum, zu welchem die Gesellschaft als Organismus für gemeinsame Anlagen nach Luxemburger Recht zugelassen wurde, erreicht sein.»

Dritter Abschnitt «Der Verwaltungsrat wird ein Portefeuille von Vermögenswerten einrichten, welches einen Teilfonds («Teilfonds») im Sinne des Artikels 133 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 darstellt und für eine oder mehrere Anteilklassen in der in Artikel 11 dieser Satzung beschriebenen Art gebildet wird. Im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander wird jedes Portefeuille ausschließlich zugunsten der jeweiligen Anteilklasse(n) angelegt werden. Im Verhältnis zu Dritten haftet jeder Teilfonds lediglich für solche Verbindlichkeiten, die diesem Teilfonds zuzuordnen sind.»

Im Punkt I des Artikels 11 der Satzung werden die Abschnitte a), b) und f) des Paragraphs (7) abgeändert und haben nunmehr folgenden Wortlaut:

«I. Die Vermögenswerte der Gesellschaft beinhalten

Der Wert dieser Vermögenswerte wird wie folgt bestimmt:

(7) a) Geldmarktinstrumente, Wertpapiere und Optionen darauf, die an einer Wertpapierbörse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet;

b) Geldmarktinstrumente, Wertpapiere und Optionen darauf, die nicht an einer Wertpapierbörse notiert sind, die aber aktiv an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zu dem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Gesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere bzw. Optionen verkauft werden können;

f) hinzugerechnet werden die aufgelaufenen Stückzinsen bei verzinslichen Wertpapieren bzw. Geldmarktinstrumenten, die nicht auf einem geregelten Markt notiert oder gehandelt werden;

Der dritte Abschnitt des Artikels 14 der Satzung wird abgeändert und hat nunmehr folgenden Wortlaut:

«Der Verwaltungsrat kann eine Verwaltungsgesellschaft für die Ausführung der Geschäftsführung und Leitung der Gesellschaft ernennen. Diese Ernennung kann jederzeit vom Verwaltungsrat rückgängig gemacht werden. Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen durch die Satzung hat die Verwaltungsgesellschaft die Rechte und Pflichten, welche ihr vom Verwaltungsrat übertragen wurden. Zu den Aufgaben der Verwaltungsgesellschaft gehören die Anlageverwaltung, administrative Tätigkeiten sowie der Vertrieb. Die Verwaltungsgesellschaft kann diese Aufgaben ganz oder teilweise weiter delegieren.»

Der zweite und dritte Abschnitt des Artikels 17 der Satzung werden abgeändert und haben nunmehr folgenden Wortlaut:

Zweiter Abschnitt. «Die Verwaltungsgesellschaft kann, wie im Einzelnen in den Verkaufsunterlagen zu den Anteilen an der Gesellschaft beschrieben, einen Fondsmanagementvertrag mit einer anderen Gesellschaft («Fondsmanager») abschließen, welche im Hinblick auf die Anlagepolitik der Gesellschaft gemäß Artikel 18 dieser Satzung der Verwaltungsgesellschaft für die Gesellschaft Empfehlungen geben und diese beraten soll und welche, im Rahmen der täglichen Anlagepolitik und unter der Verantwortung und Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft, gemäß den Bestimmungen einer schriftlich zu treffenden Vereinbarung, Entscheidungen zum Erwerb und zur Veräußerung von Wertpapieren und anderen Vermögenswerten der Gesellschaft treffen kann.»

Dritter Abschnitt «Die Verwaltungsgesellschaft kann auch Einzelvollmachten durch notarielle oder privatschriftliche Urkunde übertragen.»

Die Abschnitte (i), (ii) und (v) des Artikels 18 der Satzung werden abgeändert und haben nunmehr folgenden Wortlaut:

«(i) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, welche an einer Börse amtlich notiert oder auf einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist («Geregelter Markt») innerhalb eines Mitgliedstaates der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung («OECD») amtlich notiert oder gehandelt werden;»

«(ii) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, welche an einer Börse oder auf einem sonstigen Geregelteten Markt innerhalb West- oder Osteuropas, Asiens, Ozeaniens, Nord- oder Südamerikas oder Afrikas amtlich notiert oder gehandelt werden;»

«(v) Aktien oder Anteile eines anderen Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA») und/oder sonstigen Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren («OGAW») und daß dann, wenn er mit der Gesellschaft durch gemeinsame Verwaltung oder Kontrolle oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, die Anlage in den Aktien oder Anteilen eines solchen OGA nur dann zulässig ist, wenn keine Gebühren oder Kosten im Zusammenhang mit diesem Erwerb anfallen;»

Der zweite Abschnitt des Artikels 21 der Satzung wird abgeändert und hat nunmehr folgenden Wortlaut:

«Der Wirtschaftsprüfer erfüllt sämtliche Pflichten im Sinne des Gesetzes vom 20. Dezember 2002.»

Der zweite Abschnitt des Artikels 24 der Satzung wird abgeändert und hat nunmehr folgenden Wortlaut:

«Der Verwaltungsrat kann entscheiden, die Vermögenswerte eines Teilfonds auf einen anderen innerhalb der Gesellschaft bestehenden Teilfonds zu übertragen oder in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen, welcher gemäß Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 oder einen anderen Teilfonds innerhalb eines solchen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen («Neuer Teilfonds») einbringen und die Anteile neu bestimmen. Eine solche Entscheidung wird gemäß den gesetzlichen Bestimmungen von der Gesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht, um den Anteilhabern während der Dauer eines Monats zu ermöglichen, den kostenfreien Umtausch ihrer Anteile zu beantragen. Im Falle einer Fusion mit einem offenen Fonds in der Art eines Sondervermögens (fonds commun de placement) ist der Beschluß nur für diejenigen Anteilhaber bindend, die der Fusion ihre Zustimmung erteilt haben.»

Der zweite Abschnitt des Artikels 27 der Satzung wird abgeändert und hat nunmehr folgenden Wortlaut:

«Die Depotbank wird die Pflichten erfüllen und die Verantwortung übernehmen, wie dies im Gesetz vom 20. Dezember 2002 vorgesehen ist.»

Den Artikel 32 der Satzung wird abgeändert und hat nunmehr folgenden Wortlaut:

«**Art. 32. Anwendbares Recht.** Sämtliche in dieser Satzung nicht geregelten Fragen werden durch die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften und das Gesetz vom 20. Dezember 2002 einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen der jeweiligen Gesetze geregelt.»

Zweiter Beschluss

Die Generalversammlung beschließt die gesetzliche Anpassung der Satzung an das Luxemburger Gesetz vom 20. Dezember 2002 und damit die beschlossenen Satzungsänderungen vorzunehmen mit Wirkung zum 16. Dezember 2005.

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft ist, erklärt der Vorsitzende die Versammlung für geschlossen.

Worüber Urkunde aufgenommen in Luxemburg am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, haben dieselben gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: J. Berg, S. Büdinger, B. Pamsl und F. Baden.

Enregistré à Luxembourg, le 21 décembre 2005, vol. 26CS, fol. 77, case 2. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, der Gesellschaft auf Begehrt erteilt, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 10. Januar 2006.

F. Baden.

(004894.3/200/154) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 janvier 2006.

ARROWS INVESTMENTS, S.à r.l. SICAR, Société d'Investissement en Capital à Risque.

Capital social: EUR 1.950.000,-

Registered office: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R. C. Luxembourg B 113.504.

In the year two thousand and six, on the sixteenth of January.

Before Us, Maître Hellinckx, notary residing in Mersch.

There appeared:

1.- Mrs Luce Gendry, residing at 3bis, Square Lamartine, F-75116 Paris, France, here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

2.- Mr Christophe Desprez, residing at 12, rue de l'Abbé de l'Epée, F-75005 Paris, France, here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

3.- Mr Nicolas Bonnault, residing at 98, rue d'Assas, F-75006 Paris, France, here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

4.- Mr Grégoire Chertok, residing at 14, avenue des Sicomores, F-75016 Paris, France,

here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

5.- Mr Pierre Tattevin, residing at 71, avenue de Breteuil, F-75015 Paris, France,

here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

6.- Mr Richard Thil, residing at 43, rue de Richelieu, F-75001 Paris, France,

here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

7.- Mr Gérard Worms, residing at 61 bis, avenue de la Motte Picquet, F-75015 Paris, France,

here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

8.- Mr Lionel Zinsou, residing at 284, boulevard Saint-Germain, F-75007 Paris, France,

here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006; and

9.- Mr Olivier Pecoux, residing at 106, rue de la Faisanderie, F-75016 Paris, France

here represented by Jean-Christian Six, attorney at law, residing at 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, by virtue of a power of attorney, given in Paris on January 6, 2006.

Said proxies, after having been signed ne varietur by the proxyholders of the appearing parties and by the undersigned notary, shall remain annexed to the present deed, to be filed with the registration authorities.

Such appearing parties, in the capacity in which they act, have requested the undersigned notary, to state as follows the articles of association of an investment company in risk capital (société d'investissement en capital à risque), in the form of a private limited liability company (société à responsabilité limitée), which is hereby incorporated.

Chapter I. - Name - Duration - Object - Registered office

Art. 1. Name and duration. There hereby exists an investment company in risk capital (société d'investissement en capital à risque), in the form of a private limited liability company (société à responsabilité limitée) under the name of ARROWS INVESTMENTS, S.à r.l., SICAR (the Company).

The Company shall be governed by the law dated 15 June 2004 on the investment company in risk capital as it may be amended from time to time (the SICAR Law), by the law dated 10 August 1915 on commercial companies as it may be amended from time to time (the Company Law) (to the extent it is not being contradicted by the SICAR Law) as well as by these articles of association (the Articles).

The Company is formed for an unlimited duration.

Art. 2. Corporate object. The purpose of the Company is the investment of the funds available to it in risk capital within the widest meaning permitted under the SICAR Law.

The Company may also invest the funds available to it in any other assets permitted by law and consistent with its purpose.

Furthermore, the Company may take any measures and carry out any transaction which it may deem useful for the fulfilment and development of its purpose to the fullest extent permitted under the SICAR Law.

Art. 3. Registered office. The registered office of the Company is established in Luxembourg-City. It may be transferred to any other place within the Grand Duchy of Luxembourg by a resolution of the general meeting of shareholders of the Company (the General Meeting), deliberating in the manner provided for amendments to the Articles. It may be transferred within the boundaries of the municipality of Luxembourg-City by a resolution of the board of managers of the Company (the Board).

The Board shall further have the right to set up offices, branches and agencies wherever it shall deem fit, either within or outside of the Grand Duchy of Luxembourg, but the registered office and the head office and central administration of the Company must be and remain situated in Luxembourg.

Chapter II. - Share Capital

Art. 4. Capital. The Company's subscribed share capital (the Capital) is set at EUR 1,950,000.- (one million nine hundred and fifty thousand Euro) of which EUR 900,000.- (nine hundred thousand Euro) is A Share Capital and EUR 1,050,000.- (one million and fifty thousand Euro) is B Share Capital, represented by 78,000 (seventy-eight thousand) shares having a nominal value of EUR 25 (twenty-five Euro) per share, of which 36,000 (thirty-six thousand) are A Shares and 42,000 (forty-two thousand) are B Shares.

The Capital may be changed at any time by resolution of the General Meeting deliberating in the manner provided for amendments to the Articles, it being understood that a reduction may not reduce the Capital under the legally required minimum for a SICAR of EUR 1,000,000 (one million Euro).

The A Share Capital and the B Share Capital will be supplemented by a financing subscribed by the SICAR, comprised of a A Loan and of a B Loan, offering a different leverage to the A Shares and to the B Shares, which will be secured by and can only be repaid out of a proportion of the SICAR's assets equal to the proportion of respectively the A Share Capital and the B Share Capital plus the principal amount of the A Loan and the B Loan as compared to the total amount of the SICAR's share capital and of the financing. The total amount of the Capital, the A Loan and the B Loan is the Total Capital at Work, of which the total amount of the A Share Capital and of the A Loan is the A Capital at Work and the total amount of the B Share Capital and of the B Loan is the B Capital at Work.

Art. 5. Shares. Each share of the Company (Share) entitles to a fraction of the corporate assets and profits of the Company in accordance with the provisions of the prospectus of the Company (the Prospectus).

Each A Share will have the same rights within the A Shares and each B Share will have the same rights within the B Shares.

Vis-à-vis the Company, the Shares are indivisible and only one owner is admitted per Share. Joint co-owners have to appoint a sole person as their representative towards the Company.

The death, suspension of civil rights, insolvency or bankruptcy of the single shareholder or of one of the shareholders (the Shareholder(s)) will not bring the Company to an end.

Art. 6. Transfer of Shares - repurchase of Shares. Notwithstanding any and all provisions under this article, the Company reserves its Shares exclusively to well-informed investors, within the meaning of article 2 of the SICAR Law (a Well-informed Investor), subject to due observance of the provisions of the law and the Prospectus to acquire Shares in its own Capital.

The transfer of Shares may, as the issuance of Shares, only be made to Well-informed Investors.

Any transfer of Shares is subject to the purchaser thereof fully and completely assuming in writing, prior to the transfer, all outstanding obligations of the seller vis-à-vis the SICAR, including without limitation the obligation to pay in any remaining balance of commitments to be drawn by the Board of Managers.

In case of plurality of Shareholders, the transfer of Shares to a Well-informed Investor, who is not yet a Shareholder, must be authorised by the General Meeting and with the approval of Shareholders representing at least three-quarters of the subscribed Capital and by the Board. In the case of death of a Shareholder, his/her heirs have to be approved as Shareholders by Shareholders representing at least 75% of the Capital and have to qualify as (a) Well-informed Investor(s). No such authorisation is required for a transfer of Shares amongst existing Shareholders or if all the Shares are held by one single Shareholder.

The Board may at its discretion decide either (a) to repurchase all the Shares held by a Shareholder or (b) to have such Shares transferred to an existing Shareholder or (c) to a third party or (d) not to act at all in the following circumstances:

(i) if a Shareholder does not pay in the remaining nominal amount of the Shares subscribed in the Company, as requested by the Board;

(ii) if the continued participation of a Shareholder is likely to cause the Company to breach any material law, regulation, or interpretation or would result in the Company or any Shareholder suffering material taxation or other economic disadvantages which they would not have suffered had such person ceased to be a Shareholder;

(iii) if a Shareholder has materially breached any provision of the Articles;

(iv) if the Shares were acquired or are being held in violation of the SICAR Law, the Company Law, the Prospectus or the Articles, by in particular any person who is not or ceases to be a Well-informed Investor according to article 2 of the SICAR Law. In that scenario, the Board may not decide to refrain from acting and may decide either to (a) to repurchase all the Shares held by a Shareholder or (b) to have such Shares transferred to an existing Shareholder or (c) to a third party;

(v) such other circumstances as the Board determines acting in good faith where continued ownership would be materially prejudicial to the interests of the Company or its Shareholders;

(vi) insolvency proceedings are commenced against a Shareholder's assets or the start of such proceedings is declined due to lack of insolvent assets;

(vii) a compulsory enforcement is initiated on a Shareholder's Shares and will not be lifted within two months following the request to the Shareholder concerned;

(viii) in the case of death of a Shareholder, where his/her heirs are not approved as Shareholders by Shareholders representing at least 75% of the Capital or do not qualify as (a) Well-informed Investor(s). In that scenario, the Board may not decide to refrain from acting and may decide either to (a) to repurchase all the Shares held by a Shareholder or (b) to have such Shares transferred to an existing Shareholder or (c) to a third party; and

(ix) if the employment of a Shareholder with the Group (as defined in the Prospectus) is terminated, it being understood that the termination of the employment in the case of retirement or disability is not covered by the present sub-clause (ix) (except if otherwise required by applicable law). In the situation addressed by this sub-clause (ix), a unanimous decision of the Board is required, except if the Shareholder whose employment with the Group is terminated is a member of the Board, in which case this Shareholder will not be taken into account for the quorum and for the voting majority for the Board meeting resolving on this matter.

The Company will announce in due time the redemption by way of mail addressed to the Shareholders by the Board.

In the event of the repurchase of Shares under items (ii) to (ix), the purchase price shall equal the net asset value as defined in article 21 of the Articles, to which illiquidity and minority discounts of no more than 20% in aggregate may be applied, should be used.

In the event of the repurchase of Shares under item (i), the purchase price shall be equal to, at the option and sole discretion of the Board, either (i) 50% of the nominal amount of the Shares subscribed and paid in by the Shareholder, or (ii) 50% of the net asset value of the Shares (computed as set out in article 21 of the Articles) at the end of the calendar semester immediately preceding the day the Shareholder did not pay in the remaining nominal amount of the Shares subscribed in the Company, as requested by the Board. Any costs or expenses borne by the Company in connection with the Shareholder not paying in the remaining nominal amount of the Shares will be deducted from such purchase price.

The Shareholder whose participation is at stake will not take part in the vote and not being accounted for the majority rules if this Shareholder sits on the Board at the occasion of the decision of the Board meeting under this article.

If the Board decides that a transfer of Shares should be made to a third party, who is not yet a Shareholder, this transfer must be authorised by the General Meeting and with the approval of Shareholders representing at least three-quarters of the Capital.

If the Board has decided to repurchase the Shares by the Company itself, such Shares may either be cancelled, or sold, at the discretion of the Board of Managers to an other Shareholder or a third party (such transfer to a third party being authorised by the General Meeting and with the approval of Shareholders representing at least three-quarters of the Capital or to keep the Shares as treasury shares, in which case the rights to dividends and to votes are suspended, and these Shares are not supplemented any more by loans, as provided for in the Prospectus.

Art. 7. Redemption of Shares. The Company shall have power, subject to due observance of the provisions of the law, of the Articles and of the Prospectus to acquire Shares in its own Capital.

Except where provided for by article 6 of the Articles, the acquisition and disposal by the Company of Shares held by it in its own Capital shall take place by virtue of a resolution of and on the terms and conditions to be decided upon by the General Meeting deliberating in the manner provided for amendments to the Articles.

Chapter III. - Management - Meetings of the Board - Representation - Authorised signatories

Art. 8. Management. The Company is managed by several managers (the Managers) who constitute a board of managers (the Board). The Manager(s) need not be Shareholder(s). The Managers are appointed by the General Meeting. The General Meeting may at any time and ad nutum (without having to state any reason) revoke and replace the Managers.

The General Meeting shall decide on the remuneration and the terms and conditions of appointment of each of the Managers.

Art. 9. Meetings of the Board. Meetings of the Board are convened by any member of the Board.

The Managers will be convened separately to each meeting of the Board. Except in cases of urgency which will be specified in the convening notice, at least eight days' written notice of Board meetings shall be given.

The meeting will be duly held without prior notice if all the Managers are present or duly represented.

The meetings are held at the place, on the day and at the hour specified in the convening notice and they may be held in any place in Luxembourg.

The notice may be waived by the consent in writing or by facsimile or by any other suitable telecommunication means of each Manager. No separate notice is required for meetings held at times and places specified in a schedule previously adopted by a resolution of the Board.

Any Manager may act at any meeting of the Board by appointing in writing another Manager as his proxy.

A Manager may not represent more than one of his colleagues, provided however that at least two Managers are present at the meeting.

The Board can validly debate and take decisions only if the majority of its members is present or represented.

Decisions of the Board are taken by a majority of the votes cast.

Resolutions signed by all the Managers shall be valid and binding in the same manner as if passed at a meeting duly convened and held. Such signatures may appear on a single document or on multiple copies of an identical resolution and may be evidenced by letter, facsimile or telex.

Art. 10. Representation - Authorised signatories. In dealing with third parties, the Managers shall have the powers to act in the name of the Company in all circumstances and to carry out and approve all acts and operations consistent with the Company's objects. All decisions and actions by the Board not pertaining to the daily management of the Company need to get prior approval by the Board. «Daily management» as used in this context means all decisions and operations concerning the ordinary administration of the Company. In particular, and without limitation «Daily management» shall not include any operation and action pertaining to (i) the acquisition, management, disposal and divestment of investments and participations by the Company, (ii) the management and placement of excess cash, (iii) the obtaining of financing and the reimbursement of financing and the renegotiation of terms of financing.

All powers not expressly reserved by the Company Law or by the Articles to the General Meeting fall within the scope of competence of the Board.

Subject to prior approval by the Board for all decisions and action not pertaining to the daily management of the Company, the Company shall be bound by the joint signatures of any two members of the Board, and the Board may subdelegate its powers for specific tasks to one or several ad hoc agents.

The Board will determine the agent's responsibilities and his remuneration (if any), the duration of the period of representation and any other relevant conditions of his agency.

Art. 11. Liability of Managers. The Managers assume, by reason of their position, no personal liability in relation to any commitment validly made by them in the name of the Company, so long as such commitment is in compliance with the Articles as well as the applicable provisions of the Company Law and the SICAR Law.

The Company shall indemnify any Manager or officer and his/her heirs, executors and administrators for any loss, compensation and cost to be paid by him/her and any expense reasonably incurred by him/her as a consequence of, or in connection with any action, suit or proceeding to which he/she may be a party by reason of him/her being or having been a Manager or officer of the Company, or, at the request of the Company, of any other company of which the Company is a shareholder or creditor, except in relation to matters as to which he/she shall be finally judged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or wilful misconduct or for having committed a criminal offence; in the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by its legal counsel that the person to be indemnified did not commit such breach of duty. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he/she may be entitled.

Chapter IV. - General meetings of shareholders

Art. 12. General meetings of Shareholders. Each Shareholder may take part in collective decisions irrespective of the number of Shares he owns. Each Shareholder has voting rights commensurate to the number of Shares he/she

owns. Collective decisions are validly taken insofar as they are adopted by Shareholders representing more than half of the Capital.

However, resolutions to amend the Articles or to dissolve and liquidate the Company may only be adopted by the majority in number of the Shareholders owning at least three quarters of the Capital, subject to the provisions of the Company Law.

If the Company has more than twenty-five Shareholders, at least one annual general meeting will be held each year on the last Friday of June. If there is less than twenty-five Shareholders, one annual general meeting may, but is not required to be, held each year on that date.

If there is less than twenty-five Shareholders, resolutions of Shareholders - except for the Shareholders meeting approving the annual accounts of the Company - can, instead of being passed at a General Meeting, be passed in writing by all the Shareholders. In this case, each Shareholder shall be sent an explicit draft of the resolution(s) to be passed, and shall sign the resolution. Resolutions passed in writing on one or several counterparts in lieu of General Meetings shall have the force of resolutions passed at a General Meeting and may be evidenced by letter, facsimile or telex.

Whatever be the number of Shareholders, the annual accounts of the Company shall be submitted to the Shareholder(s) for approval. The Shareholder(s) shall also specifically vote as to whether discharge is to be given to the Board.

If all Shares are held by one single Shareholder, the latter will assume all powers conferred to the General Meeting.

Chapter V. - Financial year - Financial statement - Profit sharing

Art. 13. Financial year. The Company's financial year begins on 1 January each year and ends on 31 December of the same year.

Art. 14. Financial statements - Annual Report. Each year the Board prepares an annual report including a balance sheet and profit and loss accounts for the relevant financial year, a report on the activities of the past financial year, as well as any significant information enabling the Shareholders to make an informed judgment on the development of the activities and the results of the Company.

The annual report must be published within six months from the end of the relevant financial year.

Art. 15. Inspection of documents. Each Shareholder may inspect all books and record of the Company at the Company's registered office.

Art. 16. Appropriation of profits - Reserves. The Company shall not be obliged to create a legal reserve.

The sole Shareholder and in case of plurality of Shareholders, the General Meeting shall, subject to the Company Law, the SICAR Law and the Articles, have power to decide upon the distribution of dividends to the Shareholders. Each of the Board and the General Meeting shall have the power to declare one or more interim dividends per financial year.

Dividends and liquidation proceeds shall be distributed in accordance with the provisions of the Prospectus, by application of the following principle: cash and return on investment in any form will be apportioned between the A Shares and the B Shares in view of their respective proportion of the A Capital at Work and of the B Capital at Work, as compared to the Total Capital at Work (respectively, the A Proportion and the B Proportion); the A Proportion and the B Proportion will thus serve as a basis for dividend distribution to each of the A Shares and of the B Shares as well as for repayments of the Loan and of the interest accrued on the Loan.

Each A Share will have the same rights within the A Shares and each B Share will have the same rights within the B Shares.

Chapter VI. - Dissolution - Liquidation

Art. 17. Dissolution. The Company may be dissolved at any time by a resolution of the General Meeting deliberating in the manner provided for amendments to the Articles.

Art. 18. Liquidation. Upon the dissolution of the Company, the liquidation will be carried out by one or several liquidators, whether Shareholders or not, appointed by the Shareholder(s) who will determine their powers and remuneration.

Chapter VII. - Audit

Art. 19. External auditor. The accounts of the Company will be audited by an independent auditor (réviseur d'entreprises) in accordance with the SICAR Law.

Chapter VIII. - Value of the assets

Art. 20. Net asset value. The net asset value of the Shares shall be expressed in EUR as a per Share figure and shall be calculated in good faith in Luxembourg only once a year on the last Luxembourg bank business day of December unless a more frequent calculation is requested by a Shareholder in which case the Company shall have to inform the Shareholders at least every six months of the net asset value of the Shares.

The value of the securities and other assets of the Company shall be determined by the Board according to the following principles:

(i) private equity investments shall be valued at the foreseeable realisation value estimated in good faith, which is deemed the accounting value of such investments except in the case where a reference price resulting from a third party transaction would result in a different valuation or where the Board is of the view that the accounting value has to be depreciated. The Board may however adopt other fair valuation methods, when circumstances or market conditions so warrant. In that respect, valuations of the investments provided by the SICAR's co-investors, if any, and supported by enough evidence or information may be taken into account. The Board will take into account the guidelines and principles for valuation of portfolio companies set out by the European Venture Capital Association (EVCA);

(ii) the value of any cash on hand or on deposit, bills and demand notes and accounts receivable, prepaid expenses, cash dividends and interest declared or accrued, and not yet received shall be the nominal value of these assets, except where it appears improbable that this value can be achieved; in which case their value will be determined by deducting the amount which the Board deems to be sufficient to reflect the true value of these assets; and

(iii) any transferable security and any money market instruments negotiated or listed on a stock exchange or another regulated market shall be valued on the basis of the last known price, unless this price is not representative, in which case the value of this asset shall be determined on the basis of its foreseeable realisation value estimated by the Board with good faith.

If the Board determines that, as a result of particular circumstances, valuations of particular assets based on the above criteria will be impractical or likely to be inaccurate, the value of those assets will be determined on the basis of other generally accepted and valuation criteria that the Board determines are more likely to result in fair valuation of those assets.

The value of the assets denominated in a currency other than the EUR will be translated at the rate of exchange prevailing at the time of calculation of the net asset value.

In determining the net asset value of the Shares held by one Shareholder, the rights to receive distributions as provided for by the provisions of the Prospectus, which may vary from one Shareholder to another one, need to be taken into account.

Art. IX. - Governing law

Art. 21. Reference to legal provisions. Reference is made to the provisions of the Company Law for all matters for which no specific provision is made in the Articles and, as the case may be, the SICAR Law and by the Prospectus, as approved from time to time by the Luxembourg supervisory authority). In case of conflicts between the Company Law and the SICAR Law, the SICAR Law shall prevail.

Subscription and payment

All shares have been subscribed as follows:

Name of subscriber		Number of subscribed shares
1.- Mrs Luce Gendry, prenamed	6,000	(six thousand) class A Shares
2.- Mr Christophe Desprez, prenamed	14,000	(fourteen thousand) class B Shares
3.- Mr Nicolas Bonnault, prenamed	6,000	(six thousand) class A Shares
4.- Mr Grégoire Chertok, prenamed	6,000	(six thousand) class A Shares
5.- Mr Pierre Tattevin, prenamed.	14,000	(fourteen thousand) class B Shares
6.- Mr Richard Thil, prenamed	6,000	(six thousand) class A Shares
7.- Mr Gérard Worms, prenamed	6,000	(six thousand) class A Shares
8.- Mr Lionel Zinsou, prenamed.	14,000	(fourteen thousand) class B Shares
9.- Mr Olivier Pecoux, prenamed.	6,000	(six thousand) class A Shares
Total shares	78,000	(seventy-eight thousand) shares

All shares have been paid-up up to 25% in cash so that the sum of EUR 487,500.- (four hundred eighty seven thousand and five hundred Euro) is at the free disposal of the Company; evidence of which has been given to the undersigned notary.

Transitory provisions

The first financial year shall begin today and it shall end on 31st December 2006.

Estimate of costs

The expenses, costs, remunerations and charges in any form whatsoever, which shall be born by the Company as a result of the present deed are estimated to be approximately EUR 5,000.-

Extraordinary general meeting

Immediately after the incorporation, the shareholders representing the entire subscribed capital of the Company have herewith adopted the following resolutions:

1. the number of managers is set at four. The meeting appoints the following persons as managers of the Company for an unlimited period of time:

Mrs. Luce Gendry, residing at 3bis, Square Lamartine, F-75116 Paris, France;

Mr Christophe Desprez, residing at 12, rue de l'Abbé de l'Epée, F-75005 Paris, France;

Mr Marc Limpens, residing at 34, rue de Vianden L- 2680 Luxembourg, Luxembourg; and

Mr Jean-Robert Bartolini, residing at 66, Cité Schmiedenacht L-4993 Sanem, Luxembourg.

2. the registered office is set at 23, avenue Monterey, L-2086, Luxembourg; and

3. KPMG AUDIT is appointed as independent auditor of the Company for an unlimited period of time.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing party, the present deed is worded in English, followed by a French version; at the request of the same appearing party, in case of discrepancies between the English and the French text, the English version will be prevailing.

Whereof the present notarial deed is drawn in Luxembourg, on the date stated above.

The document having been read to the proxy holder of the appearing parties, the proxyholder of the appearing parties signed together with Us, the notary, the present original deed.

Suit la version française du texte qui précède:

L'an deux mille six, le seize janvier.

Par-devant Maître Hellinckx, notaire résidant à Mersch.

Ont comparu:

- 1.- Mme Luce Gendry, résidant 3bis, Square Lamartine, F-75116 Paris, France, ici représentée par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006,
- 2.- M. Christophe Desprez, résidant 12, rue de l'Abbé de l'Epée, F-75005 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006,
- 3.- M. Nicolas Bonnault, résidant 98, rue d'Assas, F-75006 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006,
- 4.- M. Grégoire Chertok, résidant 14, avenue des Sicomores, F-75016 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006,
- 5.- M. Pierre Tattevin, résidant à 71, avenue de Breteuil, F-75015 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006,
- 6.- M. Richard Thil, résidant à 43, rue de Richelieu, F-75001 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006,
- 7.- M. Gérard Worms, résidant à 61 bis, avenue de la Motte Picquet, F-75015 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006,
- 8.- M. Lionel Zinsou, résidant à 284, boulevard Saint-Germain, F-75007 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006 et
- 9.- M. Olivier Pecoux, résidant 106, rue de la Faisanderie, F-75016 Paris, France, ici représenté par Jean-Christian Six, avocat, résidant à 58, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Paris le 6 janvier 2006.

Lesdites procurations, après avoir été signées ne varietur par le mandataire agissant pour le compte de la partie comparante et par le notaire soussigné, demeurant annexées au présent acte pour être soumises avec lui aux formalités de l'enregistrement.

Les comparantes, aux termes de la capacité avec lesquelles elles agissent, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter ainsi qu'il suit les statuts d'une société d'investissement en capital à risque, sous forme d'une société à responsabilité limitée, qu'elles déclarent constituer comme suit:

Chapitre I^{er}. - Nom - Durée - Objet social - Siège social

Art. 1^{er}. Nom et durée. Est constituée par les présentes une société d'investissement en capital à risque sous forme d'une société à responsabilité limitée du nom de ARROWS INVESTMENTS, S.à r.l., SICAR (la Société).

La Société est régie par la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque, telle que modifiée de temps en temps (la Loi sur les SICAR), par la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée de temps en temps (la Loi sur les Sociétés) (à condition toutefois qu'elle ne soit pas en contradiction avec la Loi sur les SICAR), ainsi que par les présents statuts (les Statuts).

La Société est constituée pour une durée illimitée.

Art. 2. Objet social. L'objet de la Société est le placement des fonds dont elle dispose en valeurs représentatives de capital à risque au sens le plus large autorisé par la Loi sur les SICAR.

La Société peut également investir les fonds dont elle dispose en tout autre actif autorisé par la loi et compatible avec son objet.

Par ailleurs, la Société pourra prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles au développement et à l'accomplissement de son objet au sens le plus large autorisé par la Loi sur les SICAR.

Art. 3. Siège social. Le siège social de la Société est établi dans la ville de Luxembourg. Il peut être transféré en tout autre lieu dans les limites du Grand Duché de Luxembourg par résolution prise par l'assemblée générale des associés de la Société (l'Assemblée Générale), statuant en matière de modification des Statuts. Il peut être transféré dans les limites de la commune de Luxembourg-Ville en vertu d'une résolution du conseil de gérance de la Société (le Conseil de Gérance).

Le Conseil de Gérance a le droit d'ouvrir des bureaux, succursales et agences dans tout endroit qui lui semble convenir, que ce soit au Grand Duché de Luxembourg ou en-dehors du Grand Duché, mais le siège social et l'administration centrale de la Société doivent se trouver et rester à Luxembourg.

Chapitre II. - Capital social

Art. 4. Capital. Le capital social souscrit de la Société (le Capital Social) est fixé à EUR 1.950.000 (un million neuf cent cinquante mille euros), réparti pour EUR 900.000 (neuf cent mille euros) en Capital Social A et pour EUR 1.050.000 (un million cinquante mille euros) en Capital Social B, représenté par 78.000 (soixante dix huit mille) parts sociales d'une

valeur nominale de EUR 25 (vingt cinq euros) chacune, dont 36.000 (trente six mille) sont des Parts Sociales de classe A et 42.000 (quarante deux mille) des Parts Sociales de classe B.

Le Capital Social peut être modifié à tout moment par résolution de l'Assemblée Générale statuant comme en matière de modification des Statuts, étant entendu que le Capital Social ne peut être inférieur au minimum légal requis pour une SICAR, à savoir EUR 1.000.000 (un million d'euros).

Le Capital Social A et le Capital Social B seront augmentés d'un financement souscrit par la SICAR, comprenant un Prêt A et un Prêt B, offrant un effet de levier différent aux Parts Sociales de classe A et aux Parts Sociales de classe B, qui sera garanti par, et ne pourra être remboursé que par, une partie des avoirs de la SICAR égale à la proportion du Capital Social A et du Capital Social B respectivement additionné du montant principal du Prêt A et du Prêt B par comparaison au montant total du capital social de la SICAR et du financement. Le montant total du Capital Social, le Prêt A et le Prêt B représentent l'Entièreté du Capital Utile, dont la somme totale du Capital Social A et du Prêt A représentent le Capital Utile A et la somme totale du Capital Social B et du Prêt B représente le Capital Utile B.

Art. 5. Parts sociales. Chaque part sociale de la Société (Part Sociale) donne droit à un fraction de l'actif social et du bénéfice de la Société, conformément aux dispositions prévues par le prospectus de la Société (le Prospectus).

Chaque Part Sociale de classe A confèrera les mêmes droits au niveau des Parts Sociales de classe A et chaque Part Sociale de Classe B confèrera les mêmes droits au niveau des Parts Sociales de classe B.

Les Parts Sociales sont indivisibles à l'égard de la Société et un seul détenteur est admis par Part Sociale. Les co-détenteurs doivent nommer une seule personne pour les représenter vis-à-vis de la Société.

Le décès, la suspension des droits civils, l'insolvabilité ou la faillite de l'associé unique ou de l'un des associés (les Associés) ne mettront pas un terme à la Société.

Art. 6. Transfert des Parts Sociales - Rachat des Parts Sociales. Nonobstant les dispositions du présent article, les Parts Sociales de la Société sont réservées exclusivement à des investisseurs avertis au sens de la Loi sur les SICAR (les Investisseurs Avertis), sous réserve que les dispositions de la Loi et du Prospectus sont bien respectées en cas d'acquisition de Parts Sociales par la Société.

Tout comme l'émission de Parts Sociales, la cession de Parts Sociales ne peut être effectuée qu'à des Investisseurs Avertis.

Toute cession de Parts Sociales est soumise à la condition que l'acheteur de celles-ci assume par écrit et avant la cession, l'intégralité de toutes les obligations restantes du vendeur vis-à-vis de la SICAR, y incluse, sans restriction, l'obligation de payer le reste des engagements à appeler par le Conseil de Gérance.

Si la Société compte plusieurs Associés, la cession de Parts Sociales à un Investisseur Averti, qui n'est pas encore un Associé de la Société, doit être approuvée lors d'une Assemblée Générale par des Associés représentant au moins les trois quarts du Capital Social souscrit, et par le Conseil de Gérance. En cas de décès de l'un des Associés, l'acceptation de son/ses héritier(s) comme Associé(s) est soumise à l'approbation des Associés représentant au moins 75% du Capital et il(s) doit (doivent) se qualifier en tant qu'Investisseur(s) Averti(s). Une telle autorisation n'est pas requise pour la cession de Parts Sociales entre des Associés existants ou si toutes les Parts Sociales sont détenues par un seul Associé.

Le Conseil de Gérance peut à sa convenance décider soit (a) de racheter les Parts Sociales détenues par un Associé soit (b) de transférer ces Parts Sociales à un Associé existant ou (c) à une tierce partie, soit (d) de ne prendre aucune mesure dans les cas suivants:

(i) si un Associé ne paie pas intégralement la valeur nominale restante des Parts Sociales souscrites dans la Société, tel qu'exigé par le Conseil de Gérance;

(ii) si la participation continue d'un Associé est susceptible de conduire la Société à violer toute loi ou disposition réglementaire, ou aurait pour résultat que la Société ou tout Associé souffre d'imposition matérielle ou de tout autre inconvénient d'ordre économique dont ils n'auraient pas souffert si cette personne n'était plus un Associé;

(iii) si un Associé a violé matériellement toute disposition des Statuts;

(iv) si les Parts Sociales ont été acquises ou sont détenues en violation de la Loi sur les SICAR, la Loi sur les Sociétés, le Prospectus ou les Statuts, en particulier par toute personne qui n'est pas ou qui n'est plus un Investisseur Averti conformément à l'article 2 de la Loi sur les SICAR. Dans ce cas, le Conseil de Gérance doit agir et peut décider soit (a) de racheter toutes les Parts Sociales détenues par un Associé, soit (b) de transférer ces Parts Sociales à un Associé existant ou (c) à une tierce partie;

(v) toute circonstance reconnue de bonne foi par le Conseil de Gérance où un droit de propriété continu porterait matériellement préjudice aux intérêts de la Société ou à ses Associés;

(vi) des procédures de liquidation, de mise en faillite, de redressement économique sont entamées à l'encontre des avoirs détenus par un Associé ou l'initiation de telles procédures est annulée en raison d'un manque d'actifs;

(vii) une procédure d'exécution forcée concernant les Parts Sociales d'un Associé est initiée et ne sera levée que dans les deux mois qui suivent la demande de l'Associé concerné;

(viii) en cas de décès d'un Associé, si la nomination de ses héritiers en tant qu'Associés n'obtient pas l'approbation des Associés représentant au moins 75% du Capital ou s'ils ne se qualifient pas en tant qu'Investisseur(s) Averti(s). Dans ce cas, le Conseil de Gérance ne peut pas s'abstenir d'agir et peut décider soit (a) de racheter toutes les Parts Sociales détenues par l'Associé soit (b) de transférer ces Parts Sociales à un Associé existant ou (c) à une tierce partie; et

(ix) s'il est mis un terme à l'emploi d'un Associé au sein du Groupe (tel que défini dans le Prospectus), étant entendu que la cessation des relations de travail pour des raisons de départ à la retraite ou de maladie n'est pas couverte par la présente sous-clause (ix) (sauf s'il en est requis autrement de par la loi applicable). Si un cas tel que décrit dans la présente sous-clause (ix) devait se présenter, une décision unanime du Conseil de Gérance est requise, sauf si l'Associé dont le contrat de travail est dénoncé est un membre du Conseil de Gérance, auquel cas il ne sera pas tenu compte de cet Associé pour le quorum et pour la majorité votante du Conseil de Gérance délibérant dans cette affaire.

La Société annoncera le rachat en temps utile par courrier adressé par le Conseil de Gérance aux Associés.

En cas de rachat des Parts Sociales tel que prévu sous les points (ii) à (ix), le prix d'achat sera égal à la valeur nette d'inventaire telle que définie dans l'article 21 des Statuts, à laquelle une réduction pour tenir compte de l'illiquidité et d'une éventuelle position minoritaire n'excédant pas 20% au total peuvent être appliquées.

En cas de rachat de Parts Sociales tel que défini sous le point (i), le prix d'achat sera égal, à la discrétion du Conseil de Gérance, soit (i) à 50% de la valeur nominale des Parts Sociales souscrites et payées par l'Associé, soit (ii) à 50% de la valeur nette d'inventaire des Parts Sociales (calculée conformément à l'article 21 des Statuts) à la fin du semestre précédant immédiatement le jour auquel l'Associé n'a pas payé la valeur nominale restante des Parts Sociales souscrites dans la Société, tel que requis par le Conseil de Gérance. Tous les frais et dépenses supportés par la Société résultant du non paiement par l'Associé de la valeur nominale restante des Parts Sociales seront déduits du prix d'achat.

L'Associé dont la participation est en jeu ne participera pas au vote et il ne sera pas tenu compte de sa présence pour les règles de majorité si cet Associé prend part au Conseil de Gérance lors de la prise de résolution par le Conseil de Gérance aux termes du présent article.

Si le Conseil de Gérance décide que des Parts Sociales devraient être cédées à une tierce partie, qui n'est pas encore un Associé, cette cession doit être autorisée par l'Assemblée Générale et être effectuée avec l'approbation des Associés représentant au moins les trois quarts du Capital.

Si le Conseil a pris la décision de faire racheter les Parts Sociales par la Société elle-même, ces Parts Sociales peuvent soit être annulées, soit vendues, à la discrétion du Conseil de Gérance, à un autre Associé ou à une tierce partie (la cession à une tierce partie étant autorisée par l'Assemblée Générale et effectuée avec l'autorisation des Associés représentant au moins les trois quarts du Capital), ou le Conseil peut décider de conserver les Parts Sociales sous forme d'actions propices, dans ce cas les droits aux dividendes et votes sont suspendus, et ces Parts Sociales ne sont plus alimentées par des prêts supplémentaires, tel que prévu dans le Prospectus.

Art. 7. Rachat de Parts Sociales. La Société a le pouvoir, à condition qu'elle respecte les dispositions prévues par la loi, les Statuts et le Prospectus, d'acquérir des Parts Sociales de son propre Capital Social.

A l'exception de ce qui est prévu par l'article 6. des Statuts, l'acquisition et la cession par la Société de Parts Sociales qu'elle détient dans son propre Capital Social sont effectuées suite à une résolution de, et prise selon les termes et conditions fixés par, l'Assemblée Générale statuant de la manière prévue pour les modifications des Statuts.

Chapitre III. - Gestion - Réunions du Conseil - Représentation - Délégation de signatures

Art. 8. Gestion. La Société est gérée par plusieurs gérants (les Gérants) qui constituent un conseil de gérance (le Conseil de Gérance). Les Gérants ne sont pas nécessairement Associés. Les Gérants sont nommés par l'Assemblée Générale. L'Assemblée Générale peut à tout moment et ad nutum (sans devoir motiver sa décision) révoquer et remplacer les Gérants.

L'Assemblée Générale décidera de la rémunération et des termes et conditions de la nomination de chacun des Gérants.

Art. 9. Réunions du Conseil de Gérance. Les réunions du Conseil de Gérance sont convoquées par tout membre du Conseil de Gérance.

Les Gérants seront convoqués séparément à chaque réunion du Conseil de Gérance. Sauf dans les cas d'urgence, qui seront précisés dans l'avis de convocation, il est donné un préavis écrit d'au moins huit jours des réunions du Conseil de Gérance.

La réunion est tenue en bonne et due forme sans préavis si tous les Gérants sont présents ou dûment représentés.

Les réunions se déroulent au lieu, au jour et à l'heure indiqués dans l'avis de convocation et peuvent se tenir en tout lieu au Luxembourg.

Il peut être renoncé à l'avis de convocation avec l'accord de chaque Gérant, exprimé par écrit, par fac-similé ou par tout autre moyen de télécommunication adapté. Aucun avis distinct n'est nécessaire pour les réunions tenues à une date et à une heure indiquées dans un programme adopté préalablement par une résolution du Conseil de Gérance.

Tout Gérant peut agir à une réunion du Conseil de Gérance en choisissant un autre Gérant comme mandataire.

Un Gérant ne représentera qu'un seul de ses collègues, pour autant que deux Gérants au moins assistent à la réunion.

Le Conseil de Gérance ne peut valablement délibérer et prendre des décisions que si la majorité de ses membres sont présents ou représentés.

Les résolutions du Conseil de Gérance sont prises à la majorité des voix.

Les résolutions écrites signées par tous les Gérants sont tout aussi valables et obligatoires que si elles avaient été adoptées lors d'une réunion convoquée et tenue en bonne et due forme. Les signatures peuvent apparaître sur un document unique ou sur plusieurs exemplaires d'une résolution identique, et leur preuve peut être établie par lettre, par fac-simile ou par télex.

Art. 10. Représentation - Délégation de signature. Dans leurs rapports avec les tiers, les Gérants ont le pouvoir d'agir au nom de la Société en toutes circonstances et de faire et d'approuver tous actes et activités conformes à l'objet social de la Société. Toutes les décisions et actions prises par le Conseil de Gérance qui ne font pas partie de la gestion journalière de la Société doivent obtenir l'accord préalable du Conseil de Gérance. On entend par «gestion journalière», dans le présent contexte, toutes les décisions et opérations relative la gestion courante de la Société. En particulier, et sans restriction, ne sont pas incluses dans le terme «gestion journalière» toutes les opérations et actions relatives à (i) l'acquisition, la gestion, la disposition et la cession d'investissements et de participations par la Société, à (ii) la gestion et au placement d'un excès de fonds, à (iii) l'obtention d'un financement, au remboursement de ce financement et à la renégociations des termes du financement.

Tous les pouvoirs qui ne sont pas expressément réservés par la Loi sur les Sociétés ou par les Statuts à l'Assemblée Générale des Associés sont de la compétence du Conseil de Gérance.

Sous réserve de l'accord préalable par le Conseil de Gérance de toutes les décisions et actions n'entrant pas dans le cadre de la gestion journalière de la Société, la Société sera engagée par la signature conjointe de deux membres du Conseil de Gérance, et le Conseil de Gérance peut sous-déléguer ses pouvoirs pour accomplir des missions particulières à un ou plusieurs dirigeant ad hoc.

Le Conseil de Gérance définira les responsabilités et la rémunération (le cas échéant) du dirigeant ad hoc, la durée de sa période de représentation et toutes autres conditions relatives à ses fonctions.

Art. 11. Responsabilité des Gérants. Les Gérants ne sont pas personnellement responsables au titre de tout engagement qu'ils ont pris valablement au nom de la Société, pour autant que cet engagement soit conforme aux Statuts ainsi qu'aux dispositions applicables de la Loi sur les Sociétés et de la Loi sur les SICAR.

La Société dédommagera tout Gérant ou directeur et son/ses héritier(s), exécuteurs et administrateurs pour toute perte, compensation et frais qu'il/elle doit payer et toute dépense qu'il/elle a raisonnablement encourue suite à, ou en relation avec, toute action, plainte ou procédure dans laquelle il/elle est impliqué(e) de part sa fonction passée ou présente de Gérant ou d'employé de la Société, ou, à la demande de la Société, de toute autre société dont la Société est actionnaire ou créancier, à l'exception de tout fait pour lequel il/elle sera finalement jugé(e) responsable de négligence grave, de faute intentionnelle ou d'infraction pénale; en cas de [transaction], une indemnisation ne sera prévue que pour les aspects couverts par cette transaction et seulement si la Société a été informée par ses conseillers légaux que le personne à indemniser n'a pas manqué à son devoir. Le droit à l'indemnisation ne doit pas exclure tout autre droit auquel il/elle a droit.

Chapitre IV. - Assemblées générales des associés

Art. 12. Assemblées Générales des Associés. Chaque Associé peut participer aux décisions collectives quel que soit le nombre de Parts Sociales qu'il détient. Chaque Associé dispose de droits de vote proportionnels au nombre de Parts Sociales qu'il/elle détient. Les décisions collectives sont prises valablement dans la mesure où elles sont adoptées par les Associés représentant plus de la moitié du Capital Social.

Cependant, des résolutions ayant pour but de modifier les Statuts ou de dissoudre et de liquider la Société peuvent uniquement être prises par la majorité en nombre des Associés détenant au moins les trois-quarts du Capital Social, en conformité avec les dispositions de la Loi sur les Sociétés.

Si la Société a plus de vingt cinq Associés, au moins une assemblée générale sera tenue chaque année le dernier vendredi du mois de juin de chaque année. S'il y a moins de vingt cinq Associés, une assemblée générale annuelle peut, mais ne devra pas nécessairement, être tenue chaque année à la même date.

S'il y a moins de vingt cinq Associés, les résolutions des Associés - à l'exception de l'Assemblée Générale des Associés approuvant les comptes annuels de la Société - peuvent, au lieu de leur adoption en Assemblée Générale, être adoptées par écrit par tous les Associés. En pareil cas, il est envoyé à chaque Associé un projet détaillé de la (des) résolution(s) devant être adoptée(s), et l'Associé signe la résolution. Les résolutions adoptées par écrit en un ou plusieurs exemplaires, au lieu de l'Assemblée Générale, ont la même force et produisent les mêmes effets que les résolutions adoptées lors d'une Assemblée Générale, et preuve en sera donnée par lettre, fac-simile ou télex.

Quelque soit le nombre d'Associés les comptes annuels de la Société seront soumis aux Associés pour accord. Le(s) Associé(s) devra (devront) aussi spécialement voter sur la décharge du Conseil de Gérance.

Si un Associé unique détient toutes les Parts Sociales, celui-ci exercera tous les pouvoirs conféré à l'Assemblée Générale.

Chapitre V. - Exercice comptable - Etat financier - Partage du bénéfice

Art. 13. Exercice comptable L'année sociale de la Société commence le 1^{er} janvier et se termine le 31 décembre chaque année.

Art. 14. Etats financiers - Rapport annuel. Chaque année le Conseil de Gérance prépare un rapport annuel comprenant un bilan et un compte de profits et pertes pour l'exercice comptable concerné, un rapport sur les activités l'exercice social écoulé, ainsi que toutes les informations susceptibles de permettre au(x) Gérants(s) de se faire une opinion sur le développement des activités et des résultats de la Société.

Le rapport annuel doit être publié dans les six mois qui suivent la fin de l'exercice comptable concerné.

Art. 15. Inspection des documents. Chaque Associé peut inspecter les livres et comptes de la Société au siège de la Société.

Art. 16. Répartition des bénéfiques - Réserves. La Société n'est pas obligée de constituer une réserve légale.

L'Associé unique, et en cas de pluralité d'Associés, l'Assemblée Générale, a, en conformité avec la Loi sur les Sociétés, la Loi sur les SICAR et les Statuts, le pouvoir de décider de la distribution des dividendes aux Associés. Le Conseil de Gérance et l'Assemblée Générale ont chacun le pouvoir de déclarer un ou plusieurs dividende(s) intermédiaire(s) par exercice comptable.

Le dividendes et les boni de liquidation seront distribués conformément aux dispositions du Prospectus, par application des principes suivants: le retour sur investissement, peu importe sa forme, sera réparti entre les Parts Sociales de classe A et les Parts Sociales de classe B selon leur prorata respectif dans le Capital Utile A et le Capital Utile B, comparé à l'Entièrement du Capital Utile (respectivement le Prorata A et le Prorata B); le Prorata A et le Prorata B serviront par conséquent de base pour la distribution de dividende aux Parts Sociales A et aux Parts Sociales B ainsi que pour les remboursements du Prêt et de l'intérêt échu sur le Prêt.

Chaque Part Sociale de classe A aura les mêmes droits au sein des Parts Sociales de classe A et chaque Part Sociale de classe B aura les mêmes droits au sein des Parts Sociales de classe B.

Chapitre IV. - Dissolution - Liquidation

Art. 17. Dissolution. La Société peut être dissoute et mise en liquidation à tout moment par décision de l'Assemblée Générale des Associés statuant en matière de modification des Statuts.

Art. 18. Liquidation. En cas de dissolution de la Société, un ou plusieurs liquidateurs, nommés par le/les Associé(s) qui déterminera/ont leurs pouvoirs et rétribution, seront en charge de la liquidation, qu'ils soient Associés ou non.

Chapitre VII. - Audit

Art. 19. Réviseur externe. Les comptes de la Société seront audités par un réviseur d'entreprises conformément à la Loi sur les SICAR.

Chapitre VIII. - Valeur des avoirs

Art. 20. Valeur nette d'inventaire. La valeur nette d'inventaire des Parts Sociales sera exprimée en EUR par Part Sociale et sera calculée (de bonne foi) à Luxembourg une fois par an le dernier jour ouvrable bancaire luxembourgeois du mois de décembre à moins qu'un calcul plus fréquent ne soit requis par un Associé, dans ce cas la Société est tenue d'informer les Associés au moins tous les six mois de la valeur nette d'inventaire des Parts Sociales.

La valeur des titres et des autres avoirs de la Société peut être déterminée par le Conseil de Gérance conformément aux principes suivants:

(i) les investissements en private equity seront évalués à leur valeur de réalisation probable estimée de bonne foi, qui devrait être la valeur comptable de ces investissements, sauf dans le cas où si la valeur d'un prix de référence résultant d'une transaction effectuée par une tierce partie était différente ou si le Conseil de Gérance était d'avis que la valeur comptable devait être dépréciée. Le Conseil de Gérance peut cependant adopter des méthodes d'évaluation en juste valeur, si les circonstances et les conditions de marché le justifiaient. Dans ce cas, les évaluations des investissements fournies par les co-investisseurs de la SICAR, s'il y en a, avec suffisamment de preuves et d'informations à l'appui, peuvent être prises en compte. Le Conseil de Gérance tiendra compte les lignes de conduite et principes pour l'évaluation du portefeuille des sociétés reprises par la European Venture Capital Association (EVCA);

(ii) la valeur des espèces en caisse ou en dépôt, des effets et billets payables à vue et des comptes à recevoir, des dépenses payées d'avance et des dividendes en espèces et intérêts annoncés ou venus à échéance mais non encore encaissés, est censée être la valeur nominale de ces avoirs, sauf s'il s'avère peu probable que cette valeur puisse être atteinte; dans ce cas, leur valeur sera déterminée en déduisant le montant que le Conseil de Gérance juge suffisant pour refléter la valeur réelle de ces avoirs; et

(iii) toute valeur mobilière et tous instruments du marché monétaire négociés ou cotés sur une bourse de valeurs ou tout autre marché organisé sont évalués sur base du dernier prix disponible, sauf si ce prix n'est pas représentatif, dans ce cas l'évaluation d'un tel avoir sera basé sur sa valeur de réalisation prévisible que le Conseil de Gérance estimera avec bonne foi.

Si le Conseil de Gérance estime que, suite à des situations particulières, les évaluations d'avoirs précis basées sur les critères décrits ci-dessus ne peuvent pas être réalisées ou sont inexactes, la valeur de ces avoirs sera déterminée sur la base d'autres critères généralement acceptés et de critères d'évaluation que le Conseil de Gérance juge plus à même de résulter en une évaluation juste de ces avoirs.

La valeur des avoirs autres qu'exprimés en EUR sera convertie au taux de change appliqué à la date à laquelle la valeur nette d'inventaire est calculée.

Le droit aux distributions tel que prévu par les dispositions du Prospectus, qui peut varier d'un Associé à un autre, doit également être pris en compte pour le calcul de la valeur nette d'inventaire des Parts Sociales détenues par un Associé.

Art. IX. - Droit applicable

Art. 21. Renvoi aux dispositions légales. Pour toutes les questions que les dispositions des Statuts ne règlent pas spécifiquement, il est renvoyé aux prescriptions de la Loi sur les Sociétés et, le cas échéant, de la Loi sur les SICAR et du Prospectus, tel qu'approuvé en temps opportun par la commission de surveillance du secteur financier. En cas de conflit entre la Loi sur les Sociétés et la Loi sur les SICAR, la Loi sur les SICAR prévaut.

Souscription et libération

Les parts sociales ont été souscrites par:

Nom du souscripteur	Nombre de parts sociales souscrites
1.- Mme Luce Gendry, susmentionnée	6.000 (six mille) parts sociales de la classe A
2.- M. Christophe Desprez, susmentionné	14.000 (quatorze mille) parts sociales de la classe B
3.- M. Nicolas Bonnault, susmentionné	6.000 (six mille) parts sociales de la classe A
4.- M. Grégoire Chertok, susmentionné	6.000 (six mille) parts sociales de la classe A
5.- M. Pierre Tattevin, susmentionné	14.000 (quatorze mille) parts sociales de la classe B

6.- M. Richard Thil, susmentionné	6.000 (six mille) parts sociales de la classe A
7.- M. Gérard Worms, susmentionné	6.000 (six mille) parts sociales de la classe A
8.- M. Lionel Zinsou, susmentionné	14.000 (quatorze mille) parts sociales de la classe B
9.- M. Olivier Pecoux, susmentionné	6.000 (six mille) parts sociales de la classe A
Total	78.000 (soixante-dix huit mille) parts sociales

Toutes les parts ont été libérées à concurrence de 25% par apport en espèces, de sorte que la somme de EUR 487.500,- (quatre cent quatre-vingt sept mille cinq cent euros) se trouve dès maintenant à la disposition de la Société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentaire.

Dispositions transitoires

Le premier exercice social commence aujourd'hui et finit le 31 décembre 2006.

Evaluation des frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit qui incombent à la Société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, s'élève à approximativement EUR 5.000,-.

Assemblée générale constitutive

Immédiatement après la constitution de la Société, les associés représentant la totalité du capital souscrit ont pris les résolutions suivantes:

1. les membres du conseil de gérance sont au nombre de quatre. Sont nommés gérants pour une durée indéterminée: Mrs. Luce Gendry, résidant au 3bis, Square Lamartine, F-75116 Paris, France; Mr Christophe Desprez, résidant au 12, rue de l'Abbé de l'Epée, F-75005 Paris, France; Mr Marc Limpens, résidant au 34, rue de Vianden L- 2680 Luxembourg, Luxembourg; et Mr Jean-Robert Bartolini, résidant au 66, Cité Schmiedenacht L-4993 Sanem, Luxembourg.
2. le siège social de la société est établi au 23, avenue Monterey, L-2086 Luxembourg; et
3. KPMG AUDIT est nommé en tant que réviseur d'entreprises de la Société pour une durée indéterminée.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Le notaire soussigné, qui a personnellement la connaissance de la langue anglaise, déclare que les parties comparantes l'ont requis de documenter le présent acte en langue anglaise, suivi d'une version française, et, en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Et après lecture faite et interprétation donnée au mandataire des parties comparantes, celui-ci a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: J.C. Six, H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 17 janvier 2006, vol. 435, fol. 5, case 4. – Reçu 1.250 euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 20 janvier 2006.

H. Hellinckx.

(08277.3/242/688) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 janvier 2006.

PAMA SOLIDUM, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1461 Luxembourg, 33, rue d'Eich.

R. C. Luxembourg B 110.164.

Extrait du procès-verbal de la réunion du Conseil de gérance tenue le 2 septembre 2005 à 9.00 heures au siège social

Démission de Monsieur Marc Geyskens en tant que gérant de la Société et ce, avec effet immédiat.

Pour extrait sincère et conforme

Signature

Un Gérant

Enregistré à Luxembourg, le 6 octobre 2005, réf. LSO-BJ00837. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(088150.3/817/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 octobre 2005.

BG UMBRELLA FUND, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von BG UMBRELLA FUND: BG Global Discovery, einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02314 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003872.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

BG UMBRELLA FUND, Fonds Commun de Placement.

Das Sonderreglement, von BG UMBRELLA FUND: BG Stable Value, einregistriert in Luxemburg am 9. Januar 2006, ref. LSO-BM02317 wurde am 11. Januar 2006 beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg zur Einsicht hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 11. Januar 2006.

Unterschrift.

(003873.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

MARTIN CURRIE GLOBAL FUNDS, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1736 Senningerberg, 1A, Hoehenhof.
R. C. Luxembourg B 65.796.

In the year two thousand and five, on the thirtieth day of December.

Before Us, Maître Jean-Joseph Wagner, notary residing in Sanem.

Was held an Extraordinary General Meeting (the «Meeting») of the shareholders of MARTIN CURRIE GLOBAL FUNDS (the «Corporation»), a «société d'investissement à capital variable» with its registered office at Aerogolf Center, 1A, Hoehenhof, L-1736 Senningerberg, Luxembourg, incorporated in Luxembourg by notarial deed on the 7th August 1998 published in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations (the «Mémorial») on 16th September 1998. The articles of incorporation were amended for the last time by a deed of the undersigned notary on 26th June 2003 and published in the Mémorial on 19th August 2003.

The Meeting was presided by Mrs Petra Ries, employee, residing in Echternacherbrück (Germany).

The Chairman appointed as secretary Mr Shaun Lee, employee, residing in Mamer.

The Meeting appointed as scrutineer Mrs Candice Derouane, employee, residing in Arlon (Belgium).

I. The board of the meeting having thus been constituted, the Chairman declares and requests the notary to state that: The agenda of the present meeting is as follows:

Agenda:

- Amendment of the articles of incorporation of the Corporation by adding or changing the provisions outlined below in order to submit the Corporation to Part I of the Luxembourg law of 20 December 2002 on undertakings for collective investment, as amended, and in particular amendment of articles 2, 3, 4, 5, 8, 10, 12, 16, 17, 20, 21, 23, 28, 29 and 31 of the articles of incorporation to become effective on 30 December 2005 (or any other date thereafter as the general meeting of shareholders of the Corporation shall decide, upon the chairman's proposal and notified thereafter to shareholders by mail). The new wording of article 3 of the articles of incorporation will be as follows:

«The exclusive object of the Corporation is to place the funds available to it in transferable securities, money market instruments and other permitted assets with the purpose of spreading investment risks and affording its shareholders the results of the management of its portfolio.

The Corporation may take any measures and carry out any operation which it may deem useful in the accomplishment and development of its purpose to the full extent permitted by part I of the law of 20th December 2002 regarding undertakings for collective investment, as amended (the «Law of 2002».)»

II. The shareholders present or represented, the proxies of the represented shareholders and the number of their shares are shown on an attendance list; this attendance list, signed by the shareholders, the proxies of the represented shareholders, the members of the bureau and the undersigned notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

III. The Extraordinary General Meeting convened for 28 November 2005 could not validly deliberate on the agenda of the present Meeting for lack of quorum. This Meeting was reconvened by the publication of a notice containing the agenda in:

- D'Wort on November 29, 2005 and on December 14, 2005,
- Letzebuerger Journal on November 29, 2005 and on December 14, 2005,
- The Mémorial on November 29, 2005 and on December 14, 2005.
- Börsen-Zeitung, Dagens Industri, l'Agefi (Suisse) and Schweizerisches Handelsamtsblatt on December 14, 2005.

IV. It appears from the attendance list that out of forty-five million two hundred eighty-eight thousand five hundred twenty-eight (45,288,528) shares issued and outstanding, eighteen million two hundred fifty thousand three hundred and

three (18,250,303) shares are present or represented at the present Meeting, so that the Meeting is regularly constituted and the shareholders may validly decide on the items of its agenda.

After due deliberation, the following resolution was adopted with an effective date of 30 December, 2005 by the Meeting:

Sole resolution

The Meeting by unanimous vote decides to amend the articles of incorporation in order to submit the Corporation to Part I of the Luxembourg law of 20 December 2002 on undertakings for collective investment, as amended, and to amend the articles 2, 3, 4, 5, 8, 10, 12, 16, 17, 20, 21, 23, 28, 29 and 31 of the articles of incorporation with effect as from 30 December 2005. More specifically the Meeting decides:

* to amend article 2 of the articles of incorporation by replacing «undetermined» by «unlimited».

* to amend article 3 of the articles of incorporation which now will read as follows:

«The exclusive object of the Corporation is to place the funds available to it in transferable securities, money market instruments and other permitted assets with the purpose of spreading investment risks and affording its shareholders the results of the management of its portfolio.

The Corporation may take any measures and carry out any operation which it may deem useful in the accomplishment and development of its purpose to the full extent permitted by part I of the law of 20th December 2002 regarding undertakings for collective investment, as amended (the «Law of 2002».)»

* to amend the first paragraph of article 4 of the articles of incorporation which now will read as follows:

«The registered office of the Corporation is established in Senningerberg, Grand-Duchy of Luxembourg. Wholly-owned subsidiaries, branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad by resolution of the board of directors of the Corporation (the «Board of Directors».)»

* to amend the fifth paragraph of article 5 of the articles of incorporation which now will read as follows:

«Such shares may, as the Board of Directors shall determine, be of different classes and the proceeds of the issue of each class of shares shall be invested pursuant to Article 3 hereof in transferable securities, money market instruments or other permitted assets corresponding to such geographical areas, industrial sectors or monetary zones, or to such specific types of equity or debt securities, as the Board of Directors shall from time to time determine in respect of each class of shares (any portfolio of assets and liabilities then constituted being referred hereafter to as a «Sub-Fund».)»

* to amend article 8 of the articles of incorporation by adding the following paragraph:

«In addition to the foregoing, the Board of Directors may restrict the issue and transfer of shares of a class to the institutional investors within the meaning of Article 129 of the Law of 2002 («Institutional Investor(s)'). The Board of Directors may, at its discretion, delay the acceptance of any subscription application for shares of a class reserved for Institutional Investors until such time as the Corporation has received sufficient evidence that the applicant qualifies as an Institutional Investor. If it appears at any time that a holder of shares of a class reserved to Institutional Investors is not an Institutional Investor, the Board of Directors will convert the relevant shares into shares of a class which is not restricted to Institutional Investors (provided that there exists such a class with similar characteristics) or compulsorily redeem the relevant shares in accordance with the provisions set forth above in this Article. The Board of Directors will refuse to give effect to any transfer of shares and consequently refuse for any transfer of shares to be entered into the register of shareholders in circumstances where such transfer would result in a situation where shares of a class restricted to Institutional Investors would, upon such transfer, be held by a person not qualifying as an Institutional Investor. In addition to any liability under applicable law, each shareholder who does not qualify as an Institutional Investor, and who holds shares in a class restricted to Institutional Investors, shall hold harmless and indemnify the Corporation, the Board of Directors, the other shareholders of the relevant class and the Corporation's agents for any damages, losses and expenses resulting from or connected to such holding circumstances where the relevant shareholder had furnished misleading or untrue documentation or had made misleading or untrue representations to wrongfully establish its status as an Institutional Investor or has failed to notify the Corporation of its loss of such status.»

* to amend the second sentence of the first paragraph of article 10 of the articles of incorporation which now will read as follows:

«If such day is not a bank business day in Luxembourg, the annual general meeting shall be held on the next following bank business day in Luxembourg.»

* to amend the second paragraph of article 12 of the articles of incorporation so as to read as follows:

«If any bearer shares are outstanding, notice shall, in addition, be published in accordance with Luxembourg law, in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations of Luxembourg, in a Luxembourg newspaper and in such other newspaper as the Board of Directors may decide.»

* to amend article 16 of the articles of incorporation which now will read as follows:

«The Board of Directors shall, based upon the principle of spreading of risks, have power to determine the corporate and investment policy and the course of conduct of the management and business affairs of the Corporation.

The Board of Directors shall also determine any restrictions which shall from time to time be applicable to the investments of the Corporation, in accordance with part I of the Law of 2002 including, without limitation, restrictions in respect of

a) the borrowings of the Corporation and the pledging of its assets,

b) the maximum percentage of its assets which it may invest in any form or class of security and the maximum percentage of any form or class of security which it may acquire.

The Board of Directors may decide that investment of the Corporation be made (i) in transferable securities and money market instruments admitted to or dealt in on a regulated market as defined by the Law of 2002, (ii) in transferable securities and money market instruments dealt in on another market in a member state of the European Union which is regulated, operates regularly and is recognised and open to the public, (iii) transferable securities and money

market instruments admitted to official listing on a stock exchange in any other country in Europe, Asia, Oceania (including Australia), the American continents and Africa, or dealt in on another market in the countries referred to above, provided that such market is regulated, operates regularly and is recognised and open to the public, (iv) in recently issued transferable securities and money market instruments provided the terms of the issue provide that application be made for admission to official listing in any of the stock exchanges or other regulated markets referred to above and provided that such admission is secured within one year of issue, as well as (v) in any other transferable securities, instruments or other assets within the restrictions as shall be set forth by the Board of Directors in compliance with applicable laws and regulations and disclosed in the sales documents of the Corporation.

The Board of Directors of the Corporation may decide to invest up to one hundred per cent of the net assets of each class of shares of the Corporation in different transferable securities and money market instruments issued or guaranteed by any member State of the European Union, its local authorities, a non-member state of the European Union, as acceptable by the Luxembourg supervisory authority and disclosed in the sales documents of the Corporation, or public international bodies of which one or more of such member states are members, or by any other member State of the OECD, provided that in the case where the Corporation decides to make use of this provision it must hold, on behalf of the class concerned, securities from at least six different issues and securities from any one issue may not account for more than thirty per cent of the total net assets of such class.

The Board of Directors may decide that investments of the Corporation be made in financial derivative instruments, including equivalent cash settled instruments, dealt in on a regulated market as referred to in the Law of 2002 and/ or financial derivative instruments dealt in over-the-counter provided that, among others, the underlying consists of instruments covered by Article 41 (1) of the Law of 2002, financial indices, interest rates, foreign exchange rates or currencies, in which the Corporation may invest according to its investment objectives as disclosed in the sales documents of the Corporation.

The Board of Directors may decide that investments of a class of the Corporation be made so as to replicate stock indices and/or debt securities indices to the extent permitted by the Law of 2002 provided that the relevant index is recognised as having a sufficiently diversified composition, is an adequate benchmark and is published in any appropriate manner.

The Corporation will not invest more than 10% of the net assets of any class in undertakings for collective investment as defined in article 41 (1) (e) of the 2002 Law.

The Board of Directors may invest and manage all or any part of the pools of assets established for two or more classes of shares on a pooled basis, as described in article 24, where it is appropriate with regard to their respective investment sectors to do so.

When investments of the Corporation are made in the capital of subsidiary companies which, exclusively on its behalf carry on only the business of management, advice or marketing in the country where the subsidiary is located, with regard to the redemption of units at the request of unitholders, paragraphs (1) and (2) of Article 48 of the Law of 2002 do not apply.»

* to amend article 17 of the articles of incorporation by adding the following terms at the end of the last paragraph: «unless such «personal interest» is considered to be a conflicting interest by applicable laws and regulations.»

* to amend article 20 of the articles of incorporation which will now read as follows:

«The Corporation shall appoint an independent auditor who shall carry out the duties prescribed by the Law of 2002. The independent auditor shall be elected by the annual general meeting of shareholders and serve until its successor is elected.»

* to amend article 21 of the articles of incorporation by replacing the terms «Euro 2,500» and «Euro 5,000» by «U.S. Dollars 2,500» and «U.S. Dollars 5,000» respectively.

* to amend the last paragraph of article 21 of the articles of incorporation which will now read as follows:

«The Board of Directors may decide, if the total Net Asset Value of the shares of any class or category of shares is less than U.S. Dollars 10 million (or its equivalent), to redeem all the shares of such class or category at the Net Asset Value applicable on the day on which all the assets attributable to such class category have been realised.»

* to amend article 21 of the articles of incorporation by adding a new eighth paragraph which shall read as follows:

«In exceptional circumstances, the Board of Directors may offer to pay redemption proceeds in kind (i.e. a portion of the portfolio of investments of a value equivalent to the redemption price). In any case, the shareholder will retain the right to require payment of the redemption proceeds in cash in the reference currency of the applicable class. The redemption in kind, if accepted by the shareholder, shall be effected in compliance with the conditions set forth by Luxembourg law, in particular the obligation to deliver a valuation report from an independent auditor («réviseur d'entreprises agréé»).»

* to amend Point A. c) under article 23 of the articles of incorporation which will now read as follows:

«c) all bonds, time notes, shares, stock, debenture stocks, units/shares in undertakings for collective investments, subscription rights, warrants, options and other investments and securities owned or contracted for by the Corporation;»

* to amend Point A. 2) under article 23 of the articles of incorporation which will now read as follows:

«2) The value of securities and/or financial derivative instruments which are quoted or dealt in on any stock exchange is based on the latest available price at the time of the valuation on each Valuation Day.»

* to amend point A. 5) under article 23 of the articles of incorporation which will now read as follows:

«5) In the event that any of the securities held in the Corporation's portfolio on the relevant Valuation Day are not quoted or dealt in on any stock exchange or other regulated market or if, with respect to securities quoted or dealt in on any stock exchange or dealt in any such regulated market, the price as determined pursuant to sub-paragraphs 2), 3) or 4) is not in the opinion of the Board of Directors representative of the fair market value of the relevant securities,

the value of such securities will be determined prudently and in good faith, based on the reasonably foreseeable sales price or any other appropriate valuation principles.»

* to amend point A under article 23 of the articles of incorporation by adding the following items:

«7) The financial derivative instruments which are not listed on any official stock exchange or traded on any other organised market will be valued in a reliable and verifiable manner on a daily basis and verified by a competent professional appointed by the Corporation;

8) Units or shares in underlying open-ended investment funds shall be valued at their last available net asset value reduced by any applicable charges;

9) In the event that the above mentioned calculation methods are inappropriate or misleading, the Board of Directors may adjust the value of any investment or permit some other method of valuation to be used for the assets of the Corporation if it considers that the circumstances justify that such adjustment or other method of valuation should be adopted to reflect more fairly the value of such investments.»

* to amend the second sentence of point B. e) under article 23 of the articles of incorporation which will now read as follows:

«In determining the amount of these liabilities the Corporation will take into account all expenses payable by the Corporation which will comprise formation expenses, the remuneration and expenses of its directors and officers, including their insurance cover, fees payable to its investment advisers or investment managers, fees and expenses payable to its service providers and officers, accountants, custodian and correspondents, domiciliary, registrar and transfer agents, any paying agent and permanent representatives in places of registration, any other agent employed by the Corporation, fees for legal and tax advisers in Luxembourg and abroad, fees for auditing services, promotional, printing, reporting and publishing expenses, including the cost of advertising or preparing, printing, distributing and translating prospectuses, notices, explanatory memoranda, agreements or registration statements, taxes or governmental charges, fees and expenses connected to the registration and maintenance thereof in various jurisdictions and all other operating expenses, including the cost of buying and selling assets, interest, bank charges and brokerage, postage, telephone and telex. The Corporation may calculate administrative and other expenses of a regular or recurring nature and on estimated figure for yearly or other periods in advance, and may accrue the same in equal proportions over any such period.»

* to amend point C. e) under article 23 of the articles of incorporation by adding the following paragraph:

«The Corporation is incorporated with multiple compartments as provided for in article 133 of the Law of 2002. The assets of a specific compartment are exclusively available to satisfy the rights of creditors whose claims have arisen in connection with the creation, the operation or the liquidation of that compartment.»

* to amend article 28 of the articles of incorporation by adding the following paragraph after the first paragraph:

«Alternatively, the Corporation may enter into a management services agreement with a management company authorised under chapter 13 of the Law of 2002 (the «Management Company») pursuant to which it designates such Management Company to supply the Corporation with investment management, administration and marketing services.»

* to amend article 29 of the articles of incorporation by replacing the terms «Euro 10» by «U.S. Dollars 10, or such other amount as may be determined by the Board of Directors».

* to amend article 31 of the articles of incorporation which will now read as follows:

«All matters not governed by these articles of incorporation shall be determined in accordance with the law of 10th August 1915 on Commercial Companies, as amended and the Law of 2002.»

There being no further item on the agenda, the Meeting was then closed and these minutes signed by the members of the bureau and the notary.

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that upon request of the above appearing persons, this deed is worded in English followed by a German translation and that in case of any divergence between the English and the German text, the English text shall be prevailing.

Whereof this notarial deed was drawn up in Luxembourg on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing persons, all of whom are known to the notary by their surnames, name, civil status and residences, the chairman, the secretary and the scrutineer signed together with Us, notary, the present original deed.

Es folgt die deutsche Übersetzung des vorhergehenden Textes:

Im Jahre zweitausendundfünf, dem dreißigsten Dezember.

Vor dem Unterzeichneten, Maître Jean-Joseph Wagner, Notar mit Amtswohnsitz in Sassenheim.

Fand eine außerordentliche Hauptversammlung (die «Hauptversammlung») der Aktionäre von MARTIN CURRIE GLOBAL FUNDS (die «Gesellschaft») statt, eine «société d'investissement à capital variable» mit Gesellschaftssitz im Aerogolf Center, 1A Hoehenhof, L-1736 Senningerberg, Luxemburg, gegründet durch notarielle Urkunde am 7. August 1998 und veröffentlicht im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations (das «Mémorial») am 16. September 1998. Die Satzung der Gesellschaft wurde das letzte Mal durch eine Urkunde des unterzeichneten Notars am 26. Juni 2003 abgeändert und im Mémorial vom 19. August 2003 veröffentlicht.

Die Hauptversammlung fand statt unter dem Vorsitz von Frau Petra Ries, Angestellte, wohnhaft in Echternacherbrück (Deutschland).

Der Vorsitzende bestimmte Herr Shaun Lee, Angestellter, wohnhaft in Mamer zum Sekretär.

Die Hauptversammlung bestimmte Frau Candice Derouane, Angestellte, wohnhaft in Arlon (Belgien) zum Aufsichtsbeauftragten.

Der Vorsitzende stellt unter Zustimmung der Versammlung fest:

I. Die Tagesordnung hat folgenden Wortlaut:

Tagesordnung:

- Abänderung der Satzung der Gesellschaft durch Hinzufügen oder Ändern der unten aufgeführten Bestimmungen um die Gesellschaft Teil 1 des Luxemburgischen Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen, in seiner abgeänderten Form zu unterwerfen, und insbesondere Abänderung der Artikel 2, 3, 4, 5, 8, 10, 12, 16, 17, 20, 21, 23, 28, 29 und 31 der Satzung mit einem Inkrafttretungsdatum 30. Dezember 2005 (oder jedes nachfolgende andere Datum wie die Hauptversammlung, auf Vorschlag des Vorsitzenden, beschließen kann, und welches anschließend den Aktionären per Post bekanntgegeben wird). Der neue Wortlaut des Artikels 3 der Satzung wird wie folgt lauten:

«Ausschließlicher Gegenstand der Gesellschaft ist es, die ihr verfügbaren Mittel nach dem Grundsatz der Risikostreuung in übertragbare Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und andere zulässige Werte anzulegen und ihren Aktionären den Ertrag der Verwaltung ihres Vermögens zugute kommen zu lassen.

Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen ergreifen und Geschäfte tätigen, welche sie für die Erfüllung und Entwicklung ihres Gegenstands für nützlich erachtet, dies im Rahmen von Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen, in seiner abgeänderten Form (das «Gesetz von 2002»).

II. Die anwesenden oder vertretenen Aktionäre, die Vollmachten der vertretenen Aktionäre und die Anzahl ihrer Aktien sind in einer Anwesenheitsliste eingetragen; diese Anwesenheitsliste, die von den Aktionären, von den Bevollmächtigten der vertretenen Aktionäre, vom Vorstand der Versammlung und vom unterzeichnenden Notar unterzeichnet wurde, wird der vorliegenden notariellen Urkunde als Anlage beiliegen und wird gleichzeitig bei den Registrierungsbehörden eingereicht.

III. Die außerordentliche Hauptversammlung, die am 28. November 2005 einberufen worden ist, konnte nicht rechtsgültig über die Punkte auf der Tagesordnung beschließen. Diese Hauptversammlung wurde durch die Veröffentlichung einer Mitteilung, die die Tagesordnung beinhaltet, wie folgt einberufen:

- D' Wort vom 19. November 2005 und vom 14. Dezember 2005,
- Letzebuerger Journal vom 19. November 2005 und vom 14. Dezember 2005,
- Mémorial vom 19. November 2005 und vom 14. Dezember 2005.
- Börsen-Zeitung, Dagens Industri, l'Agefi (Suisse) and Schweizerisches Handelsamtsblatt vom 14. Dezember 2005.

IV. Aus der Anwesenheitsliste ergibt sich, dass von fünfundvierzig Millionen zweihundertachtundachtzigtausend fünfhundertachtundzwanzig (45.288.528) ausgegebenen und sich im Umlauf befindenden Aktien, achtzehn Millionen zweihundertfünfzigtausenddreihundertdrei (18.250.303) Aktien anwesend oder vertreten sind, so dass die Versammlung beschlussfähig ist und die Aktionäre über die Punkte auf der Tagesordnung beschließen können.

Nach angemessener Beratung wurde folgender Beschluss mit einem Inkrafttretungsdatum 30. Dezember 2005 von der Hauptversammlung angenommen:

Einzigter Beschluss

Die Hauptversammlung beschließt mit einstimmigem Beschluss die Satzung abzuändern um die Gesellschaft Teil 1 des Luxemburgischen Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen gemeinsame für Anlagen, in seiner abgeänderten Form zu unterwerfen, und die Artikel 2, 3, 4, 5, 8, 10, 12, 16, 17, 20, 21, 23, 28, 29 und 31 der Satzung abzuändern mit einem Inkrafttretungsdatum 30. Dezember 2005. Insbesondere beschließt die Hauptversammlung:

* die in der englischen Fassung enthaltene Abänderung von der Artikel 2 der Satzung ist für die deutsche Übersetzung nicht relevant.

* Abänderung von Artikel 3 der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Ausschließlicher Gegenstand der Gesellschaft ist es, die ihr verfügbaren Mittel nach dem Grundsatz der Risikostreuung in übertragbare Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und andere zulässige Werte anzulegen und ihren Aktionären den Ertrag der Verwaltung ihres Vermögens zugute kommen zu lassen.

Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen ergreifen und Geschäfte tätigen, welche sie für die Erfüllung und Entwicklung ihres Gegenstands für nützlich erachtet, dies im Rahmen von Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen, in seiner abgeänderten Form (das «Gesetz von 2002»).

* Abänderung von Artikel 4, erster Absatz der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Der Gesellschaftssitz befindet sich in Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg. Vollständig der Gesellschaft gehörende Tochtergesellschaften, Zweigstellen oder Büros können sowohl in Luxemburg als auch im Ausland, durch Beschluss des Verwaltungsrates der Gesellschaft (der «Verwaltungsrat»), errichtet werden.»

* Abänderung von Artikel 5, fünfter Absatz der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Diese Aktien können nach Wahl des Verwaltungsrats verschiedenen Klassen angehören, und der Erlös der Ausgabe einer jeden Klasse wird gemäss Artikel 3 der vorliegenden Satzung in Wertpapiere, Geldmarktinstrumente oder sonstige zulässige Vermögenswerte angelegt, welche solchen geographischen Zonen, Industriesektoren, Währungszone oder solchen spezifischen Arten von Aktien oder Obligationen entsprechen, wie sie jeweils vom Verwaltungsrat für jede einzelne Klasse bestimmt werden. Jedes Portefeuille von Guthaben und Verbindlichkeiten wird nachstehend als «Teilfonds» erwähnt.»

* Abänderung von Artikel 8 der Satzung durch Hinzufügen des folgenden Absatzes:

«Außerdem kann der Verwaltungsrat die Ausgabe und die Übertragung der Aktien einer bestimmten Klasse auf institutionelle Investoren, gemäß Artikel 129 des Luxemburgischen Gesetzes von 2002 («institutionelle(r) Investor(en)») beschränken. Der Verwaltungsrat kann, nach eigenem Ermessen, die Annahme eines Unterzeichnungsantrags für Aktien einer bestimmten Klasse, welche ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, bis zu jenem Zeitpunkt aussetzen, an dem die Gesellschaft über die nötigen Beweise verfügt, dass der Antragsteller ein institutioneller Investor ist. Falls sich zu irgendeinem Zeitpunkt herausstellt, dass ein Aktionär einer Klasse, die ausschließlich für institutionelle In-

vestoren bestimmt ist, kein institutioneller Investor ist, wird der Verwaltungsrat die betreffenden Aktien in Aktien einer Klasse, die nicht ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, umwandeln (unter der Voraussetzung, dass eine Klasse mit ähnlichen Bedingungen existiert), oder Rückkäufe der betreffenden Aktien in Übereinstimmung mit denen in diesem Artikel erläuterten Bestimmungen zwangsweise vornehmen. Der Verwaltungsrat wird die Gültigkeit einer Aktienübertragung ablehnen und daher die Eintragung einer solchen Aktienübertragung im Register der Aktionäre verweigern, sofern eine solche Übertragung zur Folge hätte, dass Aktien einer Aktienklasse, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, nach einer solchen Übertragung von einer Person gehalten werden, welche den Kriterien an einen institutionellen Investor nicht entspricht.

Zusätzlich zu der Haftung gemäß den anwendbaren Gesetzen muss jeder Aktionär, der nicht als institutioneller Investor gilt, und welcher Aktien in einer Klasse hält, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, die Gesellschaft, den Verwaltungsrat, die anderen Aktionäre der betreffenden Klasse und die Vertreter der Gesellschaft für jeden Schaden, jeglichen Verlust und Kosten entschädigen oder schadlos halten, die aus einer solchen Haltung resultieren oder damit zusammenhängen, falls der jeweilige Aktionär täuschende oder falsche Dokumente hinterlegt hat, oder irreführende oder falsche Darstellungen gemacht hat, um fälschlicherweise als institutioneller Investor zu gelten, oder der es versäumt hat, die Gesellschaft schriftlich über den Verlust eines solchen Status in Kenntnis zu setzen.»

* Abänderung des zweiten Satzes des ersten Absatzes von Artikel 10 der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Ist dieser Tag kein Bankgeschäftstag in Luxemburg, so wird die Versammlung auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag in Luxemburg verlegt.»

* Abänderung von Artikel 12, zweiter Absatz der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Falls Inhaberaktien ausgegeben wurden, wird zusätzlich, gemäss dem Luxemburger Recht, eine Mitteilung im Luxemburger Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, in einer luxemburgischen Zeitung, und in sonstigen vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Zeitungen veröffentlicht.»

* Abänderung von Artikel 16 der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Der Verwaltungsrat ist nach dem Grundsatz der Risikostreuung berechtigt, die Gesellschafts- und Anlagepolitik, sowie die Richtlinien für die Verwaltung und Geschäftsführung der Gesellschaft festzulegen.

Der Verwaltungsrat ist berechtigt jegliche Einschränkung zu verfassen, die von Zeit zu Zeit für die Gesellschaftsanlagen gemäss Teil I des Gesetzes von 2002, anwendbar sind, einschliesslich und ohne, Einschränkungen bezüglich:

a) der Mittelaufnahme der Gesellschaft und der Verpfändung des Gesellschaftsvermögens.

b) des maximalen Prozentsatzes ihres Vermögens, welcher die Gesellschaft in eine gleiche Form oder Klasse von Wertpapieren anlegt und der maximale Prozentsatz einer gleichen Form oder Klasse von Wertpapieren, die die Gesellschaft kaufen kann;

Der Verwaltungsrat kann beschließen, dass Anlagen der Gesellschaft bestehen aus (i) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einem geregelten Markt, gemäss dem Gesetz von 2002, notiert bzw. gehandelt werden, (ii) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einem anderen geregelten, anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäss funktionierenden Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gehandelt werden, (iii) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einer Wertpapierbörse eines Staates in Europa, Asien, Ozeanien (einschliesslich Australien), den Amerikanischen Kontinenten und Afrika notiert sind oder die an einem anderen Markt in den obengenannten Ländern gehandelt werden, insoweit dass diese Märkte geregelt sind, ordnungsgemäss funktionieren, anerkannt und für das Publikum offen sind, (iv) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtungen enthalten, die Zulassung zur Notierung bzw. zum Handel an einer oben erwähnten Wertpapierbörse bzw. an einem oben erwähnten geregelten Markt beantragt wurde und diese Zulassung innerhalb eines Jahres nach der Emission erfolgt und (v) sonstigen Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Vermögenswerten gemäß den vom Verwaltungsrat im Einklang mit den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen festgelegten Beschränkungen, wie sie in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt werden.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft ist berechtigt, bis zu 100% der Vermögenswerte einer Aktienklasse der Gesellschaft in unterschiedliche Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, welche von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat, wenn er von der Luxemburger Aufsichtsbehörde anerkannt ist und in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt ist oder von internationalen Organismen öffentlich rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere solche Mitgliedstaaten angehören oder von jedem anderen Mitgliedstaat der OECD, begeben oder garantiert werden, insofern dass in dem Fall wo die Gesellschaft beschliessen sollte, diese Bestimmungen anzuwenden, jede betreffende Aktienklasse Wertpapiere von mindestens sechs verschiedenen Emittenten erhalten muss und die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente eines jeden Emittenten 30% des Nettovermögens einer Aktienkategorie nicht übersteigen dürfen.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, Anlagen der Gesellschaft in abgeleitete Finanzinstrumente, einschliesslich gleichwertige bar abgerechnete Instrumente, die an einem geregelten Markt in Sinne des Gesetzes von 2002 gehandelt werden und/oder in abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden («OTC-Derivate») zu tätigen, sofern es sich, unter anderem, bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikels 41 (1) des Gesetzes von 2002, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihrer Anlagezielen investieren darf und in den Verkaufsunterlagen offen gelegt werden.

Der Verwaltungsrat kann ferner beschließen, Aktienklassen auszugeben, deren Vermögenswerte die Zusammensetzung eines Aktien- oder Obligationenindex nachbilden, sofern der betreffende Index auf der Basis, dass die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist, der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt, auf den er sich bezieht, darstellt und der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird, anerkannt wird.

Die Gesellschaft wird nicht mehr als 10% der Nettovermögenswerte einer Aktienkategorie in Organismen für gemeinsame Anlagen gemäss Artikel 41 (1) (e) des Gesetzes von 2002 anlegen.

Der Verwaltungsrat kann die Vermögensmassen, welche für zwei oder mehr Klassen gebildet wurden, ganz oder teilweise miteinander anlegen und verwalten, wie in Artikel 24 beschrieben, insofern als dies, in Anbetracht der entsprechenden Anlagegebiete, angebracht erscheint.

In dem Falle, wo die Gesellschaft in das Kapital von Tochtergesellschaften investiert, die lediglich und ausschliesslich für die Gesellschaft bestimmte Verwaltungs-, Beratungs-, oder Vertriebstätigkeiten in deren Niederlassungsstaat tätigen, im Hinblick auf den Rückkauf von Anteilen auf Wunsch der Anteilinhaber, sind Paragraphen 1 und 2 des Artikels 48 des Gesetzes von 2002 nicht anwendbar.»

* Abänderung von Artikel 17 der Satzung durch Hinzufügen der folgenden Bestimmungen am Ende des letzten Absatzes:

«ausser solch ein «persönliches Interesse» wird als «widersprüchliches Interesse» im Rahmen von anwendbaren Gesetzen und Bestimmungen betrachtet.»

* Abänderung von Artikel 20 der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Die Gesellschaft bestellt einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer, welchem die durch das Gesetz von 2002 vorgeschriebenen Aufgaben obliegen. Der unabhängige Wirtschaftsprüfer wird von der jährlichen Hauptversammlung der Aktionäre gewählt und bleibt im Amt bis zur Ernennung seines Nachfolgers.»

* Abänderung von Artikel 21 der Satzung durch Ersetzen der Begriffe «Euro 2.500» und «Euro 5.000» durch «US Dollar 2.500» und «US Dollar 5.000» beziehungsweise.

* Abänderung von Artikel 21, letzter Absatz, der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann beschliessen, falls zu irgendeinem Zeitpunkt der Gesamtinventarwert aller Aktien einer Klasse oder Kategorie weniger als US Dollar 10 Millionen beträgt (oder dem Gegenwert), sämtliche Aktien der betreffenden Klasse oder Kategorie zu dem am Tage an welchem sämtliche zu dieser Klasse oder Kategorie gehörenden Guthaben realisiert wurden, anwendbaren Inventarwert zurückzukaufen.»

* Abänderung von Artikel 21 der Satzung durch Hinzufügen eines neuen achten Absatzes, der dann wie folgt lautet:

«In aussergewöhnlichen Umständen kann der Verwaltungsrat Naturalrücknahmen anbieten (d.h. einen Anteil des Investmentportfolios dessen Wert dem Rückkaufpreis entspricht). In jedem Falle behalten die Aktionäre das Recht auf eine Barzahlung der Rückkaufsummen in der Währung der entsprechenden Klasse. Die Naturalrücknahme, soweit durch den Aktionär akzeptiert, wird im Einklang mit den Bestimmungen des Luxemburger Rechts, insbesondere der Verpflichtung einen Berechnungsbericht eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers zu erstellen, ausgeführt.»

* Abänderung von Artikel 23, Punkt A. c), der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«c) sämtliche Obligationen, Nachsichtwechsel, Aktien, Wandel, Schuldverschreibungen, Anteile/Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen, Bezugsrechte, Optionsscheine, Optionen und Geldmarktmittel und Wertpapiere, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder für ihre Rechnung gekauft worden sind;»

* Abänderung von Artikel 23, Punkt A. 2), der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«2) Der Wert der an jedweden Wertpapierbörsen notierten oder gehandelten Wertpapieren und/oder derivativen Finanzinstrumenten gründet auf dem letzten verfügbaren Kurs zum Zeitpunkt der Bewertung an jedem Bewertungsstichtag.»

* Abänderung von Artikel 23, Punkt A. 5), der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«5) Falls die im Portefeuille der Gesellschaft befindlichen Wertpapiere am betreffenden Bewertungsstichtag weder an einer Börse noch auf einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden oder falls der gemäss Abschnitt 2), 3) oder 4) festgelegte Preis nicht, nach Auffassung des Verwaltungsrats, dem realen Wert der an einer Börse oder auf jedwedem sonstigen geregelten Markt notierten oder gehandelten Wertpapiere entspricht, so wird der Wert dieser Wertpapiere nach dem Grundsatz von Treu und Glauben auf der Grundlage des vernünftig voraussichtlichen Verkaufspreises festgelegt, oder jeden anderen angepassten Bewertungsprinzipien.»

* Abänderung von Artikel 23, Punkt A, der Satzung, durch Hinzufügen der folgenden Bestimmungen:

«7) Derivative Finanzinstrumente, welche weder an einer Wertpapierbörse noch auf einem geregelten Markt gehandelt werden, werden in einer zuverlässigen und verlässlichen Art täglich bewertet und gemäß den üblichen Marktusancen durch einen von der Gesellschaft ernannten kompetenten Experten überprüft;

8) Anteile oder Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen werden zu ihrem zuletzt verfügbaren Nettovermögenswert abzüglich etwaiger Kommissionen bewertet;

9) Für den Fall, dass die oben genannten Bewertungsmethoden unangemessen oder irreführend sind, kann der Verwaltungsrat den Wert der Anlagen anpassen oder die Verwendung einer anderen Verwendungsmethode für die Vermögenswerte der Gesellschaft erlauben wenn er erachtet, dass die Umstände eine solche Anpassung rechtfertigen oder dass eine andere Verwendungsmethode angewandt werden sollte, um eine genauere Bewertung der Investitionen zu erreichen.»

* Abänderung von Artikel 23, Punkt B. e), der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«e) sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten jedweder Art der Gesellschaft, mit Ausnahme der durch Gesellschaftsaktien verkörperten Verbindlichkeiten. Bei der Bestimmung der Höhe dieser Verbindlichkeiten hat die Gesellschaft sämtliche von der Gesellschaft zu zahlenden Ausgaben zu berücksichtigen; diese Ausgaben umfassen die Gründungskosten, die Vergütungen und Kosten der Verwaltungsratsmitglieder und Angestellten, insbesondere ihren Versicherungsschutz, die Vergütungen für Anlageberater, Anlageverwalter, Vergütungen und Kosten der Dienstleister und ihrer Angestellten, Buchhalter, die Depotbank, Korrespondenzbanken, Registrierungsdomizil und Übertragungsstellen, jedwede Zahlstellen und ständigen Vertreter an den Registrierungsorten, jedwede sonstige Geschäftsführer der Gesellschaft, Gebühren für Rechtsbeistand und Steuerberater in Luxemburg und im Ausland, Kosten für Buchprüfungsdienstleistungen, die Förderungs-, Druck-, Berichterstellungs- und Veröffentlichungskosten, einschliesslich der Werbekosten, der Kosten für die Ausarbeitung, den Druck, den Vertrieb und die Übersetzung von Prospekten, Notizen, erklärende Memoranden, Verträge oder Registrierungsanträge, die Steuern oder von der Regierung erhobenen Gebühren, die Gebühren und Kosten

die im Zusammenhang mit der Registrierung stehen und die vor den verschiedenen Gerichtsbarkeiten fällig werden, einschliesslich der Kosten für den Kauf und den Verkauf von Vermögenswerten, Zinsen, Bank- und Courtagegebühren, Versandkosten, Telefon- und Telexgebühren. Die Gesellschaft kann die Verwaltungskosten und sonstige regelmässig wiederkehrende Kosten im Voraus für ein Jahr oder jedwede andere Periode veranschlagen und diese gleichmässig über diese Zeitspanne verteilen.»

* Abänderung von Artikel 23, Punkt C. e), zweiter Absatz, der Satzung, durch Hinzufügen des folgenden Absatzes:

«Die Gesellschaft wurde mit mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 133 des Gesetzes von 2002 aufgelegt. Die Vermögenswerte eines Teilfonds haften ausschliesslich im Umfang der Förderungen derjenigen Gläubiger, deren Forderung im Zusammenhang mit der Gründung, der Verwaltung oder der Liquidation des betreffenden Teilfonds entstanden ist.»

* Abänderung von Artikel 28 der Satzung durch Hinzufügen des folgenden Absatzes, nach dem ersten Absatz:

«Die Gesellschaft hat ebenfalls die Möglichkeit mit einer gemäß Kapitel 13 des Gesetzes von 2002 zugelassenen Verwaltungsgesellschaft einen Verwaltungsdienstleistungsvertrag eingehen, in welchem sie eine solche Verwaltungsgesellschaft bestellt um der Gesellschaft Dienstleistungen betreffend Anlageverwaltung, administrativen Tätigkeiten und Vertrieb zur Verfügung zu stellen.»

* Abänderung von Artikel 29 der Satzung durch Ersetzen der Begriffe «Euro 10» durch «US Dollars 10», oder einem anderen Betrag, der vom Verwaltungsrat festgelegt werden kann».

* Abänderung von Artikel 31 der Satzung, der dann wie folgt lautet:

«Sämtliche nicht in der vorliegenden Satzung vorgesehenen Angelegenheiten unterliegen dem Gesetz vom 10. August 1915 betreffend Handelsgesellschaften, in seiner abgeänderten Form und dem Gesetz von 2002.»

Da keine weiteren Punkte auf der Tagesordnung stehen, wird die Hauptversammlung geschlossen und dieses Protokoll wird sodann vom Vorstand der Hauptversammlung und vom Notar unterzeichnet.

Der unterzeichnete Notar, der die englische Sprache spricht und versteht, erklärt hiermit, dass auf Anfrage der oben genannten erschienenen Personen, diese vorliegende Ausfertigung in Englisch abgefaßt ist, welcher eine deutsche Übersetzung beiliegt. Auf Anfrage derselben erschienenen Personen und im Falle einer Abweichung zwischen dem englischen und dem deutschen Wortlaut, wird der englische Wortlaut massgebend sein.

Hierauf wurde die vorliegende notarielle Urkunde in Luxemburg erstellt, an dem Tag wie zu Beginn in diesem Dokument eingetragen.

Nachdem das Dokument den erschienenen Personen vorgelesen wurde, welche dem Notar bekannt sind durch ihre Namen, Vornamen, zivilen Status und ihrer Herkunft, haben der Vorsitzende, der Sekretär und der Aufsichtsbeauftragte zusammen mit Uns, dem Notar, vorliegende Urkunde unterzeichnet.

Gezeichnet: P. Ries, S. Lee, C. Derouane, J.-J. Wagner.

Einregistriert zu Esch-sur-Alzette, am 10. Januar 2006, Band 899, Blatt 26, Feld 6. – Erhalten 12 Euro.

Der Einnehmer (gezeichnet): M. Ries.

Für gleichlautende Ausfertigung, erteilt zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Sondersammlung für Gesellschaften und Vereinigungen.

Beles, den 26. Januar 2006.

J.-J. Wagner.

(009767.3/239/472) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 janvier 2006.

MARTIN CURRIE GLOBAL FUNDS, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1736 Senningerberg, 1A, Hoehenhof.

R. C. Luxembourg B 65.796.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 janvier 2006.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 26 janvier 2006.

J.-J. Wagner.

(009768.3/239/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 janvier 2006.